

PROGRAMM FÜR DAS VOLK

Das Jahr 1982 wird in die Chronik der UdSSR als das erste Jahr der Realisierung des Lebensmittelprogramms eingehen. Wie auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU auch vorgemerkt wurde, dient es dem Ziel, möglichst bald die Bevölkerung zuverlässig mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Auf dem Plenum des ZK der KPdSU am 24. Mai betonte Leonid Breschnew, daß das nicht nur eine erstrangige wirtschaftliche, sondern auch aktuelle sozialpolitische Aufgabe ist.

Bekanntlich scheuen die Gegner des Sozialismus keine Mühe, um die gegenwärtige Agrarpolitik der KPdSU anzuschwärzen. Die bürgerliche Presse überbietet sich in der Schilderung von „Mängeln“ der sowjetischen Landwirtschaft, schweigt sich jedoch darüber aus, daß die UdSSR, was das Ernährungsniveau (Kaloriengehalt) betrifft, zu den bestversorgten Ländern der Welt gehört. In den drei letzten Planjahrfünft (1965—1980) konnten wir trotz aller Wetterunbilden ein wesentliches Wachstum der Agrarproduktion erzielen. Bei einem Bevölkerungszuwachs von 35 Millionen stieg der jahresdurchschnittliche Prokopfumfang der landwirtschaftlichen Bruttoproduktion in der UdSSR in dieser Zeit um 28%.

Wir können uns jedoch nicht mit dem Erzielten zufriedengeben. Wenn die Ernährungsration jedes Sowjetbürgers im Kaloriengehalt den physiologischen Normen entspricht, muß die Ernährungsstruktur verbessert werden. Das Nahrungsmittelproblem ist bei weitem noch nicht von der Tagesordnung abgesetzt. Die Nachfrage nach Fleisch- und Milcherzeugnissen wird nicht befriedigt, es mangelt an Gemüse und Obst.

Besser als jeder unserer bürgerlichen Kritiker wissen wir um die Ursachen dafür. Wir verstehen, warum in der UdSSR die Nachfrage nach den Nahrungsmitteln ihrer Produktion noch immer voraus ist. Zu den Ursachen gehören die steigenden Geldeinkünfte der Bevölkerung, was bei stabilen staatlichen Einzelhandelspreisen für die Grundnahrungsmittel zur Vergrößerung des Verbrauchs führt; die Verminderung des unmittelbar im Agrarsektor beschäftigten Bevölkerungsanteils bei gleichzeitiger Zunahme der städtischen Bevölkerung; ferner die Tat-

sache, daß die Landbevölkerung selbst von Jahr zu Jahr mehr Nahrungsmittel im staatlichen Handelsnetz kauft. Schließlich wirkt sich — das verhehlen wir nicht — der Umstand aus, daß die Effektivität der Landwirtschaft, des gesamten Agrar-Industrie-Komplexes nicht rasch genug steigt.

Deshalb wurde ein spezielles Lebensmittelprogramm für den Zeitraum bis 1990 ausgearbeitet. Seine Aufstellung und Verwirklichung ist ein grundsätzlich neuer Schritt im sozialistischen Planungssystem und in der Wirtschaftsführung. Das Programm verkörpert das zielgerichtete, komplexe Herangehen an das Problem. Es handelt sich erstens darum, die Arbeit der Landwirtschaft und der mit ihr verbundenen Industriezweige, des Verkehrs und des Handels besser miteinander zu koordinieren und ihre ganze Tätigkeit auf das gemeinsame Endziel — Produktion hochwertiger Nahrungsmittel und ihre Heranführung an den Verbraucher — auszurichten. Die zweite äußerst wichtige Forderung besteht darin, die Effektivität sowohl der Landwirtschaft als auch der damit verbundenen Industriezweige zu erhöhen und radikal zu den vorwiegend intensiven Wachstumsfaktoren überzugehen.

Hier nur ein paar Zahlen, die unsere Pläne charakterisieren. Der Verbrauch von Fleisch und Fleischerzeugnissen pro Kopf der Bevölkerung wird von 58 kg im Jahre 1980 auf 70 kg im Jahre 1990 steigen. Die entsprechenden Zahlen für Milch und Molkereierzeugnisse sind 314 bzw. 330—340 kg, bei Gemüse sowie Wasser- und anderen Melonen 97 bzw. 126—135 kg, bei Obst und Beerenobst 38 bzw. 66—70 kg.

Um diese Ziele zu erreichen und den Agrar-Industrie-Komplex gleichmäßiger zu entwickeln, werden große Summen — im 12. Planjahrfünft beinahe ein Drittel aller volkswirtschaftlichen Investitionen — bereitgestellt.

Das Programm sieht Maßnahmen zur sozialen Umgestaltung des Dorfes vor. Damit hängt ja die Produktivität der Bauernarbeit direkt zusammen. Dem Bau von Wohnungen, Kultur- und Folgeeinrichtungen sowie dem Straßenbau auf dem Lande werden in den 80er Jahren rd. 160 Md. Rubel zugeführt. Wie Leonid Breschnew sagte, ist das selbst nach unseren Begriffen ein großer Betrag. Aber darüber hinaus ist das eine große Politik, darauf abzielend, die sozialen Unterschiede zwischen Stadt und Land aufzuheben.

Seinen Dimensionen nach muß das Lebensmittelprogramm nicht nur einen sprunghaften Fortschritt der Landwirtschaft, sondern auch ein Wachstum der gesamten Wirtschaft gewährleisten. Das liegt im Interesse aller Sowjetbürger. Sie wissen genau: Ihre erfolgreiche Arbeit ist die zuverlässigste Quelle für die Erhöhung des Wirtschaftspotentials ihres Heimatlandes und eine wichtige Voraussetzung für die Festigung des Weltfriedens.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 22 MAI 1982

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Programm für das Volk	1
B. Koslow — Jugend der 80er Jahre	5
W. Kusnezow — USA — Westeuropa: Wie weiter!	6
I. Titow — Großbritannien, „Holt sie zurück!“	9
G. Sidorowa — Ein Umgehungsmanöver	10
A. Medwedenko — Spanien, Barometer Andalusien	10
R. Wood — Wenn deine Haut schwarz ist...	12
T. Tairow — Dem Frieden eine Chance	12
L. Shegalow — Auf der Stelle	13
J. Tawrowski — Japan, Kein Hiroshima mehr!	14
Appell des Exekutivbüros des Internationalen Rates der Wissenschaftlichen Vereinigungen an die 2. Abrüstungs-sondertagung der UNO	15
Notizen ♦ Glossen	16
N. Sergejew — Der zweite Anlauf	18
Biographisches: Luis Alberto Monge Alvarez	19
B. Borisow — 50 Jahre Wirken für die Zusammenarbeit (Interview)	20
S. Malkowa — Mütter für den Frieden	22
J. Knor — Kinder brauchen Frieden	22
J. Kusmitschow — Südostasien, Puppen und Puppenspieler im antikampucheanischen Spektakel	24
M. Wladimirow — Westsamoa, Erster unabhängiger Staat Ozeaniens	24
L. Charkow — SFRJ, Lösungen gesucht	26
N. Nagibin — Johan Borgens letzter Glauben	28
R. Andreassian — OPEC: Positive Entscheidung	30
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Die Olympische Stafette „Friedensfackel“ hat ihren Weg durch Europa begonnen. Sie hat zwei Routen: über Europa und den Atlantik nach New York, wo die UNO-Abrüstungs-sondertagung beginnt, und über die Hauptstädte der europäischen sozialistischen Staaten sowie Wien nach Bonn, wo am 10. Juni anlässlich der Eröffnung einer NATO-Ratstagung eine Antikriegsdemonstration durchgeführt wird.

Die Friedensfackel ruft zur Verstärkung der Antikriegsbewegung auf.

Titelbild: N. Stscherbakow

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Ploščad, Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 [Auskünfte], Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Ploščad, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 24. Mai tagte ein Plenum des ZK der KPdSU, auf dem Leonid Breschnew Bericht „Über das Lebensmittelpogramm der UdSSR für die Zeit bis 1990 und über Maßnahmen zu seiner Realisierung“ entgegengenommen wurde. Das Plenum faßte einstimmig einen Beschluß zu dieser Frage und erörterte organisatorische Fragen. Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU Juri Andropow wurde zum Sekretär des ZK der KPdSU, der Sekretär des ZK der KPdSU Wladimir Dolgich zum Kandidaten des Politbüros des ZK der KPdSU gewählt.

Am 21. Mai kam der XIX. Komsomol-Kongreß zum Abschluß. Die Delegierten nahmen ein Grußschreiben an das ZK der KPdSU und an Leonid Breschnew, ferner einen Appell an die Weltjugend an, die Umtriebe des Militarismus entschieden zurückzuweisen und die Bemühungen im Kampf für die Einstellung des Wettrüstens und die Beseitigung der Gefahr eines Nuklearkrieges zu mehrten (S. 5).

Anlässlich des Tages Afrikas, der alljährlich am 25. Mai begangen wird, richtete Leonid Breschnew im Namen des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, der Sowjetregierung, aller Sowjetvölker und in seinem eigenen Namen ein Grußschreiben an die Staaten und Völker Afrikas. Darin heißt es: „Nach Ansicht der UdSSR sind die afrikanischen Länder und Völker berechtigt, selbständig, ohne jede Einmischung von außen über ihren Entwicklungsweg zu entscheiden und muß die Freiheit ihrer Wahl von allen respektiert werden. Wir sind in der Einheitsfront der Kämpfer gegen den Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Rassismus und die Apartheid. Nach wie vor werden wir den gerechten Kampf des Volkes Namibias unter Führung der SWAPO als wahre Vertreterin des namibischen Volkes die notwendige Unterstützung erweisen. Wir stehen auch auf seiten der afrikanischen Staaten, die danach streben, frei, nach eigenem Ermessen über ihre Naturreichtümer zu verfügen sowie wirtschaftliche Selbständigkeit und eine wahre Gleichheit in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu erkämpfen“.

Am 25. Mai traf Dr. Rudolf Kirchschläger, Bundespräsident der Republik Österreich, zu einem offiziellen Besuch in Moskau ein.

Im Rahmen der Sicherung des Funktionierens der Orbitalstation Salut wurde am 23. Mai das automatische Transportschiff Progress 13 gestartet, das der Station die ersetzbaren Material-



Am 24. Mai begann in der UdSSR anlässlich der bevorstehenden zweiten UNO-Abüstungs-sondertagung eine Woche der Massenaktionen für Frieden, gegen die nukleare Gefahr. Im ganzen Lande werden Kundgebungen und Versammlungen gegen den Krieg, Treffen und Arbeitsaufgebote zur Stärkung des Friedens abgehalten. Unsere Bilder: Auf einer Kundgebung in der Moskauer Konfektionsvereinigung „Wypel“; es spricht die Näherin Tatjana Uspenskaja, Delegierte des XIX. Komsomolkongresses (l.).

Fotos: W. Un Da-sin (TASS)

lien und verschiedene Frachten geliefert hat.

Anlässlich des 100. Geburtstages des großen Sohnes des bulgarischen Volkes Georgi Dimitroff, eines flammenden Patrioten und Internationalisten, begannen in der UdSSR am 24. Mai Tage der bulgarischen Kultur.

Am 24. Mai begann in Moskau die Sowjetisch-Französische Kommission für wissenschaftlich-technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit ihre Tagung.

Vom 19. bis zum 21. Mai weilte in der DDR eine Partei- und Staatsdelegation der Demokratischen Republik Afghanistan unter dem Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans Babrak Karmal, Vorsitzender des Revolutionsrates der Republik, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch. Erich Honecker und Babrak Karmal unterzeichneten den Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der DRA und eine gemeinsame Erklärung über die Ergebnisse des Besuchs der DRA-Delegation. Unterzeichnet wurden ferner die Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen der SED und der DVPA 1982 bis 1987, über die wirtschaftliche, industrielle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit beider Staaten und andere Dokumente.

Am 20. Mai stattete eine Partei- und Staatsdelegation Polens unter Wojciech Jaruzelski, Erster Sekretär des ZK der PVAP und Vorsitzender des Ministerrates, Bulgarien einen offiziellen Freundschaftsbesuch ab. Zwischen den Delegationen beider Länder (Delegationsleiter Bulgariens: Todor Shiwkow) fanden Verhandlungen statt. Wie es im Kommuniqué heißt, werden Bulgarien und Polen auch künftig die Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern und somit ihre Einheit und Geschlossenheit im Rahmen des Warschauer Vertrages und des RGW festigen.

Am 21. Mai begann in Bukarest eine Tagung der Großen Nationalversammlung Rumäniens. Es wurden ein neuer Ministerrat der SRR gewählt und Umbesetzungen im Staatsrat vorgenommen. Der neue Ministerpräsident ist Constantin Dăscălescu, Mitglied des Politischen Exekutivkomitees des ZK der Rumänischen KP, die Ersten Stellvertreter des Ministerpräsidenten sind Elena Ceaușescu, Gheorghe Oprea und Ion Dincă, Mitglieder des Politischen Exekutivkomitees des ZK der RPK. Der bisherige Ministerpräsident Ilie Verdeț wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsrates ernannt.

Am 17. und 18. Mai fand in Berlin eine Konferenz der stellvertretenden Außen-

minister Belorusslands, Bulgariens, Ungarns, Vietnams, der DDR, der KDVR, Kubas, Laos', der Mongolei, Polens, Rumäniens, der UdSSR, der Ukraine und der CSSR statt. Sie galt der Vorbereitung auf die zweite UNO-Abüstungs-sondertagung.

Am 20. Mai wurden in Genf die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Einschränkung der Kernwaffen in Europa wiederaufgenommen.

Am 21. Mai kam in Oslo ein Pugwash-Symposium über eine kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa zum Abschluß. Die Teilnehmer waren Wissenschaftler und Experten aus der UdSSR, aus Ungarn, Polen, den USA, Großbritannien, den skandinavischen und anderen Ländern. Zur Erörterung kamen auch Probleme der militärstrategischen und politischen Lage in Nordeuropa und im Nordatlantik.

Am 23. Mai beteiligten sich in Tokio rund 400 000 Japaner aus dem ganzen Land an einer Manifestation gegen die nukleare Gefahr, für Abrüstung und Frieden (S. 14).

Großbritannien begann eine großangelegte Operation zur Eroberung der Falklandinseln (Malwinen). Am 21. Mai wurden nach intensivem Beschuß der argentinischen Stellungen vom Meer und nach Bombenabwürfen Landetrupps auf dem Archipel abgesetzt. Im Landungsraum kam es zu Gefechten. UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar stellte die Unterredungen mit britischen und argentinischen Vertretern ein. Am 21. Mai berief der UNO-Sicherheitsrat eine ad hoc-Dringlichkeitssitzung ein. Am 23. Mai gab die TASS eine Erklärung ab: Die bewaffnete Invasion der Falklandinseln

(Malwinen) durch britische Truppen gefährde den Weltfrieden und die Sicherheit und laufe der UNO-Charta und den grundlegenden Völkerrechtsnormen zuwider. In den sowjetischen führenden Kreisen werde die Anwendung der Militärgewalt durch Großbritannien verurteilt. Nach Angaben der „Times“ (London) gingen seit Ausbruch des britisch-argentinischen Konfliktes auf beiden Seiten mehr als 450 Personen zugrunde, wurden über 50 Flugzeuge und Hubschrauber abgeschossen und 4 Schiffe versenkt (S. 9).

Wie der Sender der Nationalen Befreiungsfront „Farabundo Martí“ mitteilte, unternahmen die patriotischen Kräfte El Salvadors in letzter Zeit mehrere kühne Angriffe auf die Truppen des Regimes. Nach Angaben des Senders kam es in der ersten Maihälfte zu 36 Zusammenstößen mit dem Gegner; seine Militärgarnisonen wurden 8mal überfallen.



Trotz großer Wirtschaftsschwierigkeiten und der Sabotage seitens der Reaktion läßt die Regierung der Nationalen Erneuerung Nikaraguas viele Wohnhäuser für die Werktätigen bauen. ADNTASS-Bild: Diese Familie hat jetzt eine komfortable Neubauwohnung im Zentrum der Hauptstadt Managua.

In Quito (Ecuador) kam am 21. Mai die 64. Ministerkonferenz der OPEC-Länder zum Abschluß. Sie beschloß, die Erdölgewinnung auf dem bisherigen Niveau von 17,5 Mio Barrel am Tag zu behalten sowie die Ölpreise in Höhe von 34 US-Dollar je Barrel einzufrieren (S. 15).

Am 24. Mai begann in Algier eine Außenministerkonferenz der arabischen Länder, die zur Nationalfront der Ständhaftigkeit und des Widerstands gehören (Algerien, Syrien, Libyen, VDR Jemen sowie PLO).

Tel Aviv steigert die Spannungen an der südlibanesischen Grenze. Am 20.

Mai veranstalteten die israelischen Truppen in dem von den Separatisten Major Haddads kontrollierten Gebiet ein großes Angriffsmanöver.

Schwere Kämpfe gingen an der iranisch-irakischen Front weiter. Das irakische Oberkommando teilte am 24. Mai mit, daß die irakischen Truppen bei Khurramshahr die Angriffe des Gegners zurückgeschlagen und ihm große Verluste zugefügt haben. Ein amtlicher militärischer Sprecher Iraks erklärte, in seinem Lande stünden keine regulären Truppen anderer arabischer Länder, es gäbe lediglich Freiwillige aus Jordanien und der Arabischen Republik Jemen. Laut Radio Teheran besetzten die iranischen Truppen Khurramshahr nach einer massiven Offensive.

In Delhi endete am 20. Mai die zweite Runde der indisch-chinesischen Verhandlungen ergebnislos. Die nächste Runde soll in Peking stattfinden (S. 13).

Am 21. Mai entthob der südkoreanische Diktator Chung Doo Hwan 11 Minister (die Hälfte der Regierung) ihres Amtes. Außerdem traten 5 führende Politiker der herrschenden Demokratischen Gerechtigkeitspartei zurück. Die Krise wurde durch eine große Finanzaffäre in der herrschenden Spitzenschicht ausgelöst. In Söul, Kwangju und anderen Städten finden Massendemonstrationen gegen das verfallene Marionettenregime statt.

Am 23. Mai fanden in Andalusien (Spanien) die ersten Wahlen seiner Geschichte zu einem autonomen Parlament statt (S. 10).

Am 24. Mai begann in Taschkent (Usbekische SSR) das VII. Internationale Filmfestival der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Seine Devise lautet: „Für Frieden, sozialen Fortschritt und Freiheit der Völker!“.



Die arabische Bevölkerung Transjordanien kämpft weiter gegen die israelischen Okkupanten. Tel Aviv setzt zur Niederhaltung von Demonstrationen die Polizei und reguläre Truppen ein. APTASS-Bild: Israelische Soldaten wüften gegen Palästinenser in Nablus

Bürgerliche Propagandamacher stellen unsere kranke kapitalistische Gesellschaft als demokratisch, frei, fromm und friedlich dar. Ich bin in dieser Gesellschaft geboren worden und aufgewachsen und kann sagen, daß solche Behauptungen genauso unwahr sind wie die Lügenmärchen von der „sowjetischen militärischen Bedrohung“.

Anders als die Sowjetbürger haben wir Briten nicht einmal die Grundlagen einer Demokratie, nicht einmal eine Verfassung. Wenn wir sie hätten, wenn sie einen Artikel enthielte wie den Artikel 28 Ihrer Verfassung, der die Kriegspropaganda verbietet, so hätten unsere Massenmedien zu einem Großteil einfach nichts zu tun. Darin, was die bürgerliche Presse schreibt und was die BBC sendet, kann man kein einziges gutes Wort von der UdSSR entdecken.

In jedem Bereich des britischen sozialökonomischen Systems sind Anzeichen von Entartung und Niedergang zu sehen. Hunderte, ja Tausende große und kleine Betriebe gehen pleite. Über drei Millionen Menschen können keine Arbeit finden. Schulen werden geschlossen, Lehrer bleiben lange Jahre ohne Einstellung. Das gleiche gilt für Ärzte, da auch Krankenhäuser geschlossen werden. Braucht man sich da noch über den Verfall der Moral, besonders unter den Jugendlichen, zu wundern? Noch bevor sie von der Schule abgehen, wissen sie schon, daß niemand sie braucht.

Dennis MILNER
Newbury, Großbritannien

In El Salvador sind bereits 35 000 Menschen umgekommen. Schuld daran sind neben dem salvadorianischen Regime auch die USA, die eine der scheußlichsten Diktaturen der Welt stützen. Vor kurzem erklärte US-Präsident Reagan, in El Salvador zeichne sich ein Fortschritt beim Schutz der Menschenrechte ab. Der Herr des Weißen Hauses muß eine gigantische Lupe verwendet haben, wenn er es vermochte, besagten Fortschritt in diesem leidgeprüften Land zu entdecken.

W. PETRENKO
Moskau

Jugend der 80er Jahre

Etliche Generationen sowjetischer Menschen haben bereits den Komsomol als Schule des Kampfes und der ethischen Entwicklung durchlaufen. Im Komsomol formt der junge Mensch seine Einstellung zum Leben, entdeckt sich die Welt der großen gesellschaftlichen Betätigung, in die er nicht als unbeteiligter Beobachter, sondern als schöpferische Persönlichkeit eintritt.

Auf dem XIX. Komsomolkongreß repräsentierten 4944 Delegierte 41 700 000 Komsomolzen der Sowjetunion. Die vielfältige Berufszugehörigkeit der Delegierten bietet ein anschauliches Bild der sozialen Zusammensetzung des Komsomol der 80er Jahre. Wohl deshalb ging es auf dem Kongreß um buchstäblich alle Probleme der Gegenwart, um die akuten Interessen des Volkes.

Ein echter Volkswirtschaftszweig der Jugend wurde bei uns das Bauwesen. Es beschäftigt rund 5 Millionen Mädchen und Jungen, unter ihnen mehr als 1,5 Millionen Komsomolzen. 135 Großbaustellen gelten als Komsomol-Unionsbauten. Es scheint noch gar nicht lange her, daß Moskau dorthin die Baurupps des vorangegangenen XVIII. Komsomolkongresses entsandte. Nun brechen schon die Baurupps des XIX. Kongresses auf und machen sich an den Bau neuer Erdöl- und Gasleitungen, der BAM, des „Atommasch“, des Brennstoff- und Energiekomplexes Kansk-Atschinsk, der vielen Objekte der Nichtschwarzerdezone Rußlands. Sie sind es, die z. B. in diesem Planjahr fünf eine Million t sibirisches Erdöl und eine Milliarde m³ Erdgas pro Tag fördern sollen. Was das bedeutet, begreift man, wenn man bedenkt, daß vor nur fünf Jahren alle Petrol- und Gasfelder der Sowjetunion pro Tag etwa das gleiche lieferten.

Zur BAM ist zu sagen, daß seit Baubeginn dort über 40 000 junge Freiwillige eintrafen. Sie haben bereits 2360 km Schienenwege durch die Berge und Wälder Sibiriens gelegt. Im 11. Planjahr fünf wird die Magistrale voll befahrbar werden.

Die auf Initiative Leonid Breshnews ausgearbeitete Agrarpolitik der Partei war Gegenstand starker Aufmerksamkeit der Kongreßteilnehmer. Das Nahrungsmittelprogramm soll alle Stadien der Produktion und des Absatzes der Agrarprodukte in einem Komplex zusammenfassen. Dabei fließen auch viele Jugendinitiativen ein. Mehr als 110 000 Freiwillige sind bereits im Komsomolauftrag

in die Nichtschwarzerdezone aufgebroschen.

Der Komsomol war stets bemüht, der jungen Generation die marxistisch-leninistische Weltanschauung, das klassengemäße Herangehen an die Dinge zu vermitteln sowie die Mädchen und Jungen im Geiste des sowjetischen Patriotismus und der proletarischen Solidarität zu erziehen. Eine wahre Schule des Internationalismus war die Beteiligung von Jugendlichen aus den sozialistischen Ländern am Bau der RGW-Objekte: Erdgasleitung „Sojus“, Energiesystem „Mir“, am gemeinsamen Bau des Atomkraftwerks in Ungarn, an der Erschließung der Erdölfelder Westsibiriens, der Errichtung von Betrieben in Kuba und in der Mongolei.

Die Zusammenarbeit der Jugendorganisationen der Bruderländer ermöglicht es den jungen Menschen, das Beste voneinander zu lernen und in internationalistischen Traditionen eine neue Welt zu erbauen.

Wie wird das Morgen aussehen? Der Komsomolkongreß verlief in einer Zeit wesentlicher Komplikationen in der internationalen Situation, die von der Hinwendung der US-Politik zu „Argumenten der Gewalt“ ausgelöst wurden. Der US-Imperialismus betrachtet die Welt als sein Eigentum. Das Mittelmeer als seine Stützpunktbasis, die NATO als Pentagonsturmtrupp, die Nuklearraketen in Europa als Vorposten für einen neuen Krieg. Die Forderung der Europäer, die Stationierung von nuklearen US-Raketen auf dem Kontinent zu verbieten, wird von der Reagan-Administration mit dem Angebot eines „begrenzten Krieges“ beantwortet.

Unsere Regierung hat bereits mehr als 100 konkrete Vorschläge zur Abrüstung und zur friedlichen Zusammenarbeit unterbreitet. Es liegt ein tiefer Sinn darin, daß das sowjetische Staatsoberhaupt gerade auf dem Komsomolkongreß neue Friedensinitiativen vorbrachte, die überall als realer Beitrag zum Kampf für die Verhütung einer Nuklearkatastrophe aufgenommen wurden. In ihrem Brief an das ZK der KPdSU und an Leonid Breshnew schrieben die Kongreßdelegierten: „Die Komsomolzen und die gesamte Sowjetjugend billigt und unterstützt einhellig die Außenpolitik der KPdSU und des Sowjetstaates, das Friedensprogramm für die 80er Jahre sowie die neuen, vom Genossen Leonid Breshnew vorgetragenen Friedensinitiativen. Die Jungen und Mädchen

des Landes werden stets in den ersten Reihen der Kämpfer für einen dauerhaften Weltfrieden, für die Zügelung des Wettrüstens und für Abrüstung schreiten, werden die Freundschaft und Zusammenarbeit mit der jungen Generation der sozialistischen Länder, mit den Bruderverbänden der Jugend, mit der fortschrittlichen Jugend des Planeten festigen.“

Während des Kongresses wurde dem Leninschen Komsomol unter dem Beifall des ganzen Saales die Goldmedaille des Weltbundes der Demokratischen Jugend „Für ant imperialistische Solidarität im Kampf für Frieden, Entspannung und Abrüstung, für Demokratie und sozialen Fortschritt, gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus“ überreicht. Das ist eine verdiente Auszeichnung!

Dem verstärkten Kampf gegen die Allmacht der Monopole und den zunehmenden Militarismus, für demokratische Rechte und Freiheiten dient auch die neue Initiative des Leninschen Komsomol. Der XIX. Kongreß solidarisierte sich mit dem ant imperialistischen Kampf in allen Ländern und schlug eine internationale Konferenz zu Problemen des ant imperialistischen Kampfes der Jugend für nationale Befreiung und Frieden vor. Er billigte einhellig die Botschaft an die Jugend der Welt, die diese aufruft, die Anschläge des Militarismus zurückzuweisen und die Anstrengungen im Kampf für die Verhütung der Kriegsgefahr zu mehren.

Die UNO hat das Jahr 1985 bekanntlich zum Internationalen Jahr der Jugend erklärt. Das Engagement des Kongresses verdeutlichte sich auch in dem Wunsch, die in diesem Zusammenhang durchgeführten Maßnahmen sollten eine reale Verbesserung der sozialökonomischen Lage der Jugend sichern und den Interessen des Friedens und der Zusammenarbeit der Völker dienen. Der Kongreß erteilte dem Festival in Havanna seine hohe Wertschätzung und setzte sich für die XII. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für ant imperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft ein. In seiner Botschaft an die Jugend der Welt erklärte der Komsomolkongreß:

„Heute bestehen alle Möglichkeiten dafür, den Kräften der Aggression und des Krieges starke Schranken entgegenzusetzen... Im Kampf für diese geheiligten Ziele erklären wir unsere Bereitschaft zu gemeinsamen Aktionen.“

B. KOSLOW

USA — WESTEUROPA: WIE WEITER?

Wladen KUSNEZOW

Anfang Juni werden die Regierungsköpfe der „großen Sieben“ — USA, Kanada, Frankreich, BRD, Großbritannien, Italien, Japan — in Versailles zu einem erneuten „Wirtschaftsgipfel“ zusammentreffen, auf dem wie gewöhnlich auch politische Fragen berührt werden dürften. Danach gehen sie (außer den Japanern) nach Bonn, wo die restlichen NATO-Mitglieder zu ihnen stoßen. Am Rhein wird der NATO-Rat tagen. Außer der „Klärung der Fronten“, die in jüngster Zeit sehr kompliziert liegen, sollen in Versailles und Bonn langfristige Orientierungspunkte der westlichen Politik zum gesamten Komplex der wirtschaftlichen, politischen und militärstrategischen Probleme fixiert werden.

Wie in solchen Fällen üblich, wird auf der atlantischen Szene eine große Schau abgezogen. Die Sache soll mit der entsprechenden Feierlichkeit ausgestattet werden. Da gilt es, jeden Knopf blank zu putzen. Die zerstrittene Allianz will Einheit und die Fähigkeit demonstrieren, die Probleme des ausgehenden Jahrhunderts zu lösen.

Riesige Distanz

Doch zwischen Ambitionen und Prosa der atlantischen Beziehungen besteht eine riesige Distanz. Die führenden kapitalistischen Länder werden unter trostlosen Anzeichen zu der Beratung erscheinen. Die Wirtschaftssituation ist bedrückend: Massenarbeitslosigkeit, Flaute und Depression, Inflation und Währungsgerangel, Protektionismus. Die wirtschaftliche und soziale Instabilität erschüttert auch die politischen Positionen. Manch einer der Staatsmänner befürchtet nicht ohne Grund, aus dem Sattel zu rutschen. Tiefe Beunruhigung bei den Spitzenpolitikern des Westens löst das Mißfallen der Öffentlichkeit an der militärischen, vor allem der nuklearen Politik der NATO aus. Das alles kompliziert die ohnehin gespannten Beziehungen innerhalb der NATO und der EG wie auch im Dreieck USA—Westeuropa—Japan.

Hinzu kommt nun noch die neue Zerreißprobe — die „Falkland-Krise“, die die Kluft in der NATO aufzureißen droht und, wenn es schlimm wird, sie in eine recht riskante Sache hineinschlittern lassen kann. Die NATO-Politiker mit ihrem Hang zu Abenteuern sind drauf und dran, diese Krise auszunutzen, um einen langgehegten Gedanken zu verwirklichen. Der ehemalige Oberkommandierende der NATO-Streitkräfte und jetzige US-Außenminister

Haig formulierte ihn in dem prächtigen Aphorismus: „Die ganze Welt ist Sache der NATO.“ Das koloniale Abenteuer im Südatlantik wird als Testfall für künftige Eingreifoperationen außerhalb der geographischen Zone des Nordatlantikpakts betrachtet. Aber es ist nicht alles so einfach, wie es scheinen könnte. In der NATO gibt es recht einflußreiche Kreise, die sich bewußt sind, welche Gefahren einer derartigen Politik innewohnen. Sie erkennen, daß eine zu verschiedene Unterstützung des britischen Krieges die NATO-Mitglieder mit vielen Entwicklungsstaaten (und nicht nur in Lateinamerika) zerstreiten könnte, die nicht zum Schlachtvieh der Kolonialisten oder Neokolonialisten werden wollen. Nicht umsonst zeigte sich Haig beunruhigt, die Völker könnten die „Kanonendiplomatie“ im Südatlantik als klassischen Konflikt auffassen, in dem Kolonialismus und Imperialismus gegen Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit antreten. So aber ist es. Bezüglich der NATO selbst mußte Haig zugeben, die Falkland-Krise setze die Bündnisbeziehungen innerhalb der NATO in einer Zeit, da dieses Bündnis durch wirtschaftliche und strategische Probleme beunruhigt wird, aufs Spiel.

Woraus ergeben sich diese Probleme? Das zu klären, bedeutet die Erkenntnis, worin, wie das „New York Times Magazine“ es ausdrückte, die „Wurzeln der Zersplitterung des Westens“ bestehen und wohin das führt.

Hört man den Chef des State Department, wird die NATO von nichts so destabilisiert, wie von der „sowjetischen militärischen Bedrohung“. Jedoch keineswegs alle teilen diese Ansicht. BRD-Kanzler Schmidt — und er steht nicht allein da — hat mehrmals geäußert, für die NATO und für die westliche Welt überhaupt sei nichts bedrohlicher als die Wirtschaftskrise. Die Sowjetunion vertieft diese Krise nicht, sondern ermöglicht anderen Staaten den Ausbau ihrer Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR und zu den anderen sozialistischen Ländern, wodurch sie die Konjunkturschläge leichter abfangen können. Realistisch denkende Politiker erkennen den wichtigen Platz der geschäftlichen Zusammenarbeit im Gesamtkomplex der Ost-West-Beziehungen. Ihre Bedeutung besteht auch darin, daß die Wirtschaftszusammenarbeit das Vertrauen und die Verständigung und damit auch die Festigung des Friedens fördert. Deshalb sollten jene,

die für eine Verhärtung der Wirtschafts- und Kreditpolitik gegenüber der UdSSR und ihren Verbündeten sind, noch einmal abwägen, ob sie nicht selbst den Ast absägen, auf dem sie sitzen. Darauf aber drängt Washington gerade in seinem Ärger darüber, daß es ihm nicht gelang, das transeuropäische Gas-Rohre-Geschäft zu durchkreuzen.

Nicht die Sowjetunion betreibt eine Wirtschaftspolitik, die in Westeuropa als „ruinös“ und „aggressiv“ bezeichnet wird. Nicht sie setzt die Zinssätze herauf, die den westeuropäischen Ländern zu schaffen machen. Nicht sie führt einen auszehrenden Wirtschaftskrieg gegen Westeuropa. Nicht sie exportiert die Inflation. Das tun die USA.

Und schon gar nicht schafft die Sowjetunion in Europa das „Gefühl der Unsicherheit“, um in der Ausdrucksweise des dänischen Ministerpräsidenten Joergensen zu bleiben. „Die UdSSR strebt nicht die Welt-herrschaft an“, meint er. „Sie nimmt eine Verteidigungsstellung ein und sie besitzt gewichtige historische Gründe, eine Aggression aus dem Westen zu fürchten. Eben dieses Gefühl der Unsicherheit veranlaßt die Sowjetunion, solche Mittel für ihre Verteidigung auszugeben. Letzten Endes leiden auch die USA an einem solchen Unsicherheitsgefühl. Und dagegen müssen wir etwas unternehmen.“

Aber das ist ja gerade das Schlimme, daß man im Weißen Haus keine gemeinsame Suche nach Möglichkeiten zur Festigung der allgemeinen Sicherheit, die im Nuklearkaltenzeitalter unteilbar ist, mit den eigenen Partnern, mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten betreibt. Dort belastet man lieber andere mit der Unsicherheit und dem Risiko, und zwar ebenso jene, die man als potentielle Gegner ansieht, wie jene, die man als engste Partner bezeichnet. Dieses Kalkül liegt der strategischen Doktrin vom „begrenzten Kernkrieg“ in Europa zugrunde.

Nicht die Sowjetunion fordert Westeuropa heraus. Nicht sie setzt dessen wirtschaftliche und politische Interessen aufs Spiel. Nicht sie zwingt es, am Rande des Krieges zu balancieren. Damit vergnügte sich seinerzeit Dulles, heute tun das seine Nachfolger. Sucht man nach der Antwort auf die Frage, worin denn die wahre Ursache der politischen Querelen und der Zersplitterung beiderseits des Atlantik besteht, sollte man sich auch an einen anderen US-Außenminister, und zwar an General Marshall erinnern, der am 5. Juni 1947 (sollte die Begegnung in Versailles etwa dem 35. Jahrestag dieses Ereignisses gewidmet sein?) seinen Plan für das kriegszerstörte Europa vorlegte, der für Wirtschaftshilfe völlige politische Unterwerfung forderte. Die westeuropäischen Länder wurden damals mit einer neuen Kapitulation konfrontiert. Sie sollten sich für „eine wirksame Durchsetzung jeder von der amerikanischen

Regierung eventuell ergriffenen Maßnahme" zerreißen.

Eine so ultimative Sprache wird heute seltener benutzt. Inzwischen ist das wirtschaftliche Gewicht beider Seiten ausgeglichener. Das aber will man in Übersee nicht anerkennen. Westeuropa hat nicht nur wirtschaftliches, sondern auch politisches Gewicht erlangt. Es erhebt Anspruch darauf, seine Stimme nicht nur im NATO-Chor, sondern auch auf dem Weltchauplatz deutlich hörbar zu machen. Doch man will es noch immer nicht aus den politischen Windeln nehmen.

Wer hat denn nun das Sagen?

Unter den 15 NATO-Ländern dürfte sich kaum eines finden, das sich dem politischen Kurs und der Führungsrolle Washingtons nicht widersetzt oder doch wenigstens dagegen aufmuckt. Die griechische Regierung hat sich bereits mehrfach geweigert, verschiedenen odösen Postulaten in offiziellen NATO-Dokumenten beizupflichten. Die Opposition nimmt zu, und Washington fürchtet diese Eskalation. Am meisten fürchtet es das Entstehen einer gegen sich gerichteten „Einheitsfront“. Ihm gefallen auch die Versuche nicht, andere westeuropäische Gegengewichte zu schaffen, besonders wenn sich daran solche Länder wie die BRD oder Frankreich beteiligen. Man will die Partner weniger bei den Tagungen auf Vordermann bringen, wo sie gegenseitige Unterstützung suchen, als vielmehr im Tête à tête. Das war auch die Taktik vor Versailles und Bonn. Die Partner wurden entweder ins Weiße Haus zitiert, oder man schickte ihnen Washingtons Emissäre auf den Hals.

Washington versichert, niemand sei ein so eifriger Verfechter der Einheit der NATO und des gesamten Westens wie man selbst. Doch die Einheit versteht man dort als vollständige und rückhaltlose Unterwerfung der Interessen anderer unter die eigenen. Als absolute und uneingeschränkte Zustimmung zur eigenen Strategie der europäischen und der globalen Konfrontation mit dem Weltsozialismus und der nationalen Befreiungsbewegung. Allerdings muß Washington begreifen, daß ein solcher Grad der Zustimmung und der Unterwerfung von ihm nie erreicht werden kann. Und was bleibt dann übrig? Verketzerung und Versuche, die Widersprüche der Partner auszuspielen und die Schuld für die Spaltung in der NATO auf die anderen abzuwälzen. So erklären hohe Beamte der Administration bereits wieder, man habe es mit einer in der Größenordnung beispiellosen Propagandaaktivität der Sowjetunion zu tun, die darauf abziele, einen Keil zwischen die USA und ihre europäischen Partner zu treiben.

Aber es ist nicht an der Tatsache zu rütteln, daß kein anderer als Washington selbst die NATO spaltet, während es sich als eifersüchtiger Verfechter ihrer Einheit ausgibt. Die Spaltung vollzieht es mit seinem rücksichtslosen hegemonistischen und imperialen Gehabe, mit der Mißachtung der legitimen Interessen der anderen. Jedes Mißfallen wird schon beinahe als Zeichen von Antiamerikanismus abqualifiziert. Zurückhaltung und eine vernünftige Einstellung gegenüber den sozialistischen Nachbarn im Osten werden als „Befriedungspolitik“, „Pazifismus“ und „Neutralismus“ interpretiert. Die Partner werden ständig damit erpreßt, daß man die „US-Boys“ aus Westeuropa abziehen und es den „Roten“ ausliefern werde.

Wem in der westeuropäischen NATO-Filiale könnte es gefallen, daß offizielle Persönlichkeiten in den USA „der Gefahr eines Kernkriegs zu leichtfertig gegenüberstehen“, da sie glauben, er werde nur Europa betreffen?

Wem in Westeuropa, eingefleischte Falken einmal ausgenommen, könnte es gefallen, daß man es zur militärischen Konfrontation mit den östlichen Nachbarn, zu aussichtslosen Versuchen treibt, einzelne Stücke aus dem „sozialistischen Monolith“ herauszubringen? Die „Westdeutsche Allgemeine“ stellt die Frage, wer an der Destabilisierung der Sowjetunion interessiert sein könne, und antwortet darauf, Westeuropa sei nicht darauf aus. Versuche, die UdSSR in eine kritische Situation zu bringen, seien für jeden gefährlich. Auf die Frage einer holländischen Zeitung, ob man sich in einigen westlichen Kreisen mit dem Plan trage, Polen herauszulösen (und das Spektakel um die „polnische Frage“ soll auch auf dem Treffen in Bonn fortgesetzt werden), erklärte Helmut Schmidt, solchen Leuten müsse man klarmachen, daß sie noch immer in der Vergangenheit leben. In unserer Zeit zu versuchen, irgendein Land aus dem Warschauer Vertrag herauszulösen, wäre, solange zwei Systeme, zwei Pakte existieren, hochgradig gefährlich.

Europa war und ist, wenn wir schon davon reden, ein gemeinsames Haus, wenngleich in zwei Hälften — die sozialistische und die kapitalistische — geteilt. Es hat zwei Hausherren, nicht aber drei.

Wem in der NATO könnte es schließlich gefallen, daß man ihn anblefft. Im Februar publizierte die „Washington Post“ stenographierte Äußerungen Alexander Haigs auf geschlossenen Arbeitssitzungen im State Department. Der General-Diplomat gestattete sich solche Jargonausdrücke gegenüber den Verbündeten wie Bastarde, Schwindler, Feiglinge, Halunken, Irrsinnige. Ist das etwa ein einmaliger Fauxpas? Einige Zeit später begab sich eine bundesdeutsche Parlamentarierdelegation nach Washington und war von der „unglaublichen Ignoranz“, von der tiefen Gleichgültig-

keit ihrer Kollegen und von der „derzeit in den USA herrschenden Stimmung gegen die Europäer“ schockiert. Die Pariser „Libération“ wartete mit einer geheimen Denkschrift des US-Außenministeriums auf, die voller Beleidigungen und Zynismen an die Adresse der höchsten französischen Führung steckte. Weshalb aber sollten sich Leute um eine bessere Ausdrucksweise bemühen, die kaltblütig bereit sind, die Verbündeten in einem „begrenzten Kernkrieg“ zu verheizen?

Die „herzliche Eintracht“, von der man in der ersten Zeit in der NATO redete, ist schon lange passé. Die Partner benehmen sich wie Ehepaare, denen eine Scheidung nicht ansteht, die aber ohne ständiges Gezänk nicht auskommen. Es erfordert offenbar tatsächlich eine Engelsgegend, den Ehebund mit Washington durchzuhalten. Betrachten wir uns einige Paare genauer.

Frankreich, wo Kommunisten in der Regierung sitzen, mag man in USA verständlicherweise gar nicht. Es gibt sich viel zu unabhängig und bezieht in einer Reihe wichtiger Fragen, die die geschäftliche Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern, die Situation in Lateinamerika und überhaupt in der Region der Entwicklungsstaaten sowie die Wirtschaftspolitik im Westen selbst berühren, von Washington abweichende Haltungen. Nach Ansicht Präsident Mitterrands sind die hohen Zinssätze in den USA „Wahnsinn“, und die Bedeutung des westlichen Bündnisses bestehe nicht darin, „die von unserem größten Verbündeten getroffenen Entscheidungen“ hinzunehmen. Solche Reden werden in Übersee ebenso wie das Bemühen, Westeuropa angesichts der Offensive des US-Business zu konsolidieren, vergnagt aufgenommen. Als Trost dient dem Weißen Haus, daß das offizielle Paris seine These von einer Verletzung der Parität in Europa teilt, die als Vorwand zur „Nachrüstung“ der NATO benutzt wird.

Ein besonderes Auge hat Washington in dieser Beziehung auch auf die BRD. Es verkneift sich sogar Eifersuchtsszenen wegen der Wirtschaftskontakte zum Osten und der Ausfälle gegen die antieuropäische Wirtschaftsstrategie der USA, nur damit die BRD keinen Strich durch Washingtons Rechnung macht, sie in den wichtigsten nuklearen Vorposten und in eine Geisel des Pentagon zu verwandeln.

Um die BRD stärker an sich zu binden, hat Washington vor kurzem mit ihr ein neues Verteidigungsabkommen geschlossen, dem zufolge es das Recht erhielt, im Falle einer „Krisensituation“ das Kontingent seiner Land- und Luftstreitkräfte auf bundesdeutschem Territorium mehr als zu verdoppeln. Die militärischen Fesseln sind dort am sichersten, wo die „Bündnistreue“ an Raketen in unmittelbarer Nähe zu fremden Grenzen gemessen wird. Nicht umsonst machen sich in der

BRD immer mehr Menschen Gedanken darüber, ob der Flirt mit dem Militär-Industrie-Komplex der USA nicht zu weit gehe. In einem vom „Spiegel“ veröffentlichten Bericht des Kanzleramts heißt es, man werde dahin gelangen, daß schließlich alles in den letzten Jahren in der Entspannung und Zusammenarbeit Erreichte zunichte werden könne. Eine durchaus richtige Feststellung. Aber wird man auch die Schlußfolgerungen daraus ziehen?

Ein Verteidigungsabkommen für den „Krisenfall“ wurde vor Bonn schon Norwegen aufgedrängt. Zum gleichen Zweck umwirbt man auch Dänemark. Im Mai besuchte Alexander Haig die Türkei, die das Pentagon veranlassen will, einen Stützpunkt für sein Korps der „Eingreiftruppe“ zu schaffen, das für die Intervention im Nahen Osten und in der Mittelmeerregion bestimmt ist. Aus Ankara begab sich der US-Außenminister nach Griechenland, wo er die harte Haltung der sozialistischen Regierung gegenüber der NATO und den US-Militärstützpunkten in diesem Land mildern wollte. Die Kontakte zur Türkei nutzt Washington zum Druck auf Griechenland, die Kontakte zu Griechenland zum Druck auf die Türkei. Das Spekulieren auf zwischenstaatliche Gegensätze ist überhaupt kennzeichnend für den Stil der US-Diplomatie in Westeuropa.

Heftig umgarnt von Washington wird Spanien, das auf der NATO-Ratstagung in Bonn zum vollberechtigten Mitglied der Organisation erklärt werden soll. Mit dem Drängen auf den NATO-Beitritt Madrids verbindet Washington seine Forderung auf „Meistbegünstigung“ bei der Verstärkung seiner militärischen Präsenz auf der Pyrenäen-Halbinsel. Offenbar hat man in Übersee mit dem NATO-Neuling noch mehr vor. In Europa, von Spanien selbst gar nicht zu reden, wurde die Tatsache nicht ohne Besorgnis aufgenommen, daß der spanische Außenminister nach seinem Besuch in der US-Hauptstadt erklärte, in seinem Land könnten Kernwaffen stationiert werden, wenn das notwendig erschiene und die Entscheidung verfassungsgemäß getroffen werde. Vor seinem Besuch hatte der Minister eine solche Möglichkeit vollständig ausgeschlossen.

Kanada wird von den USA in ein Manövergelände zum Test seiner Flügelraketen und anderer Waffenarten verwandelt. Die Kanadier befürchten zu Recht, das Pentagon könnte den kanadischen Boden auch zu Experimenten mit der Neutronenbombe und chemischen Waffen nutzen. Je zugänglicher die Verbündeten werden, desto rücksichtsloser wird der große Partner, gegen den man dann angehen muß. Mißfallen an der US-Politik findet in letzter Zeit Premier Trudeau. Ihm widerstreben die Washingtoner „Verknüpfungen“. Er ist gegen Versuche, die UdSSR zu „isolieren“. Und auch vieles andere paßt ihm nicht. So äußerte er seine

Beunruhigung über die Erklärungen der USA hinsichtlich der „Überlebenschance“ bei einem Kernkrieg, der „Warnexplosionen“ und der Versionen von einem „Erstschlag“. „Als Freunde haben wir die Pflicht, den Spiegel hochzuhalten, in dem ihr euch selbst seht“, wandte er sich an die Amerikaner. Das Bild des NATO-Elfantanten wirkt zwar nicht sehr repräsentativ, aber in Washington glaubt man offenbar allen Ernstes, es sei brilliant.

Doch hat die US-Administration in Westeuropa auch ihre „Lieblinge“. Vor allem ist das Großbritannien, dessen Regierung bereitwillig alle militaristischen Ideen Washingtons aufgreift. Das Weiße Haus zahlt mit gleicher Münze und unterstützt moralisch und materiell die kolonialistische Expedition seines engsten Verbündeten im Südatlantik. Komplimente werden auch an Italien als ein „neues Bollwerk der NATO“ verteilt. Weshalb? Italien unterhält auf seinem Territorium 30 000 US-Militärangehörige. Es steht in vorderster Linie der Befürworter einer Modernisierung des Kernpotentials der NATO“, freut sich ein offizieller Sprecher der US-Administration. „Bei allem Ärger in der NATO war Italien ein Lichtblick, soweit Washington das versteht“, schreibt die „Washington Post“. Das reine Idyll. Aber ach, auch unter italienischen Olivenbäumen ist es mit dem Idyll nicht weit her. Italien ist ein europäisches Land, und wenn Helmut Schmidt und der italienische Regierungschef Spadolini zu der einhelligen Auffassung gelangten, außer den legitimen Interessen der USA gebe es genauso legitime Interessen der Europäer, dann dürfte das wohl mehr als eine bloße Deklaration sein.

Kurs auf Destabilisierung

Diese knappe Übersicht bekräftigt unserer Ansicht nach eindeutig, daß die USA im Grunde keine wirklich partnerschaftlichen, d. h. völlig gleichberechtigten, uneigenützigen Beziehungen zu irgendeinem NATO-Land haben. Und noch eine Schlußfolgerung drängt sich auf: Wer andere mit den übelsten Methoden abbürstet, verdient kaum die Bezeichnung Vorreiter. Denken wir an General de Gaulle und seine bedeutenden Worte: Die USA haben weder die Weisheit noch die Ressourcen, um bei der Gewährleistung der globalen Sicherheit des Westens die Führung zu übernehmen.

Von welcher Gewährleistung der Sicherheit kann die Rede sein, wenn Washington auf die Destabilisierung der Lage in Europa abzielt und auch andere dazu veranlassen will. Das bestätigte auch die Luxemburger NATO-Ratstagung vom Mai auf Außenministerebene, wo Washington mit Hilfe Londons versuchte, das Wort „Détente“ aus dem Schlußkommuniqué herauszukatapultieren. Gleich nach Helsinki begann Washington, da es meinte, der ganze

Westen habe „verspielt“, von dem in der Schlußakte fixierten gemeinsamen Programm der politischen, wirtschaftlichen und anderen Zusammenarbeit der Staaten beider Systeme abzurücken. 1978: Unter dem Druck der USA beschließt die NATO ein langfristiges Aufrüstungsprogramm und die jährliche Erhöhung der Militärausgaben um 3%. 1979: Das Pentagon veranlaßt die NATO zur Zustimmung, Westeuropa zur Waffenkammer für seine Flügelraketen und Pershing 2 zu machen. 1980: Das Pentagon „beglückt“ Europa mit der Doktrin des „begrenzten Kernkriegs“. 1981: Das Weiße Haus verkündet die Herstellung der Neutronenwaffe und ein gigantisches Programm der chemischen „Umrüstung“.

1982: White House, State Department und Pentagon wollen die Beratungen in Versailles und Bonn dazu benutzen, die in gemeinsamen Anstrengungen in Helsinki geschlagenen gesamteuropäischen Brücken abzureißen und die NATO auf den kalten Krieg und die Konfrontation mit dem Osten festzulegen.

In Washington ist man bereit nicht nur von Helsinki abzurücken. Dort will man, wie die Verbündeten befürchten, auch die „Geschäftsgrundlage“ der NATO selbst, die sogenannte „Harmel-Formel“ aufgeben, die bereits 1967 vom damaligen belgischen Außenminister aufgestellt wurde. Sie bezeichnete die „Stärkung der Verteidigung“ und die Entspannung als gleichwertige Aufgabe der Organisation. Nun will man auf die Entspannung pfeifen und die NATO-Politik allein zu einer Hochrüstungspolitik machen.

Im Grunde verzichten die USA auf eine konstruktive Teilnahme bei der Suche nach Übergangswegen zur militärischen Entspannung auf dem Kontinent. Ihr Kurs wird völlig destruktiv. Welche Perspektive bieten die USA ihren Verbündeten? Laut Londoner „Times“ eine apokalyptische Strategie.

Wie man hört, sieht das Weiße Haus als seine vordringliche Aufgabe für 1982 die Wiederherstellung und Stärkung der NATO-Einheit an, um sie wirksamer gegen die Sowjetunion zu richten. Der französische Außenhandelsminister Jobert brachte das auf die einfachen, enthüllenden Worte: „Es geht darum, ob sie mit der Sowjetunion Krieg führen oder zusammenarbeiten wollen.“

Die Sowjetunion unternimmt alles, damit hier eine zweifelsfreie Wahl getroffen werde. Sie möchte fortgesetzt wissen, was so erfolgreich mit der Reihe von friedlichen Abkommen der sozialistischen Länder mit der BRD begann und auf der gesamteuropäischen Konferenz weitergeführt wurde: Sie will endlich das Kriegsbeil in dem vom Blut vieler Generationen getränkten Europa begraben. Sie bietet eine ehrliche, dauerhafte, langfristige Zusammenarbeit an. Sie will nicht Konfrontation, sondern Verständigung und Vertrauen.

„HOLT SIE ZURÜCK!“

Von unserem ständigen Berichterstatter
Igor TITOW

„Holt sie lebendig zurück!": Unter dieser Losung demonstrierten am vorigen Sonntag Tausende Einwohner Londons gegen den Krieg im Südatlantik. Das war die vierte Demonstration der letzten fünf Wochen. Die Zahl der Demonstranten wuchs im direkten Verhältnis zur Eskalation der militärischen Aktivitäten der britischen Schiffe bei den Falklandinseln (Malwinen). Die Behörden hatten sich auf die Manifestation vorbereitet: Whitehall wurde durch Metallgitter abgesperrt, die Zufahrt zur Downing Street und zum Verteidigungsministerium durch dreifache Sperrketten berittener und sonstiger Polizei abgesichert. Am Himmel über der „Straße der Macht" hing ein Hubschrauber der Polizei.

„Nein zum Krieg! Ja zu Verhandlungen!" riefen die Manifestanten im Sprechchor. Namhafte Politiker der Labour Party und der KP, Parlamentarier und bekannte Trade-Union-Vertreter gaben im Namen der Manifestanten bei der Residenz des Premierministers ein Schreiben mit der Forderung ab, die Kampfhandlungen im Südatlantik einzustellen und mit Friedensverhandlungen zu beginnen. Trotz Regenschauern füllten die Demonstranten Trafalgar Square, wo eine Kundgebung stattfand. Die Redner sprachen über die Gefahr der Kampfhandlungen, darüber, das Streitfragen nicht auf diesem Wege gelöst werden dürfen.

Das Donnerrollen über London an jenem Tag erinnerte an das Dröhnen der Geschütze der britischen Schiffe, die in letzter Zeit die Falklandinseln (Malwinen) regelmäßig beschießen.

Bei San Carlos wurden 5000 Marineinfanteristen und Fallschirmjäger abgesetzt. Das nächste Ziel sei Port Stanley, verkündeten die Zeitungen am Sonntag. In erbitterten Gefechten kommen britische und argentinische Flugzeug- und Hubschrauberpiloten um. Nach dem raketenbestückten Zerstörer „Sheffield" mit einem Teil der Besatzung wurde die neueste Raketenfregatte „Ardent" versenkt. Beim Transport der Landetruppen stürzte ein Transporthubschauber „Sea King" ab. Nur einige wenige Personen konnten geborgen werden. Offenbar soll die Operation zur Eroberung Port Stanleys in den nächsten Tagen starten. Da seine Garnison gut bewaffnet und befestigt ist, wird das bestimmt Opfer auf beiden Seiten fordern.

Jetzt ist klar, daß die Verhandlungen der Regierung ein Täuschungsmanöver waren, um die ganze Schuld auf Argentinien abzuwälzen und die Erweiterung des militärischen Konfliktes zu rechtfertigen, wie die hiesige Presse schreibt. In der Situation wie der gegenwärtigen ist ein offener Krieg die unvermeidliche logische Fortsetzung der Strategie der „Verhandlungen" von der Position der Stärke aus.

Zum sechstenmal seit Beginn der Krise fand eine außerordentliche Parlamentsdebatte statt. Sie war stürmisch. Aber die Ergebnisse zeugen davon, daß die Opposition noch nicht bereit ist, sich von der Politik der Tory-Regierung, die das Land in einen militärischen Konflikt gestürzt hat, zu distanzieren. Nur 33 Parlamentarier stimmten gegen den Kurs der herrschenden Partei, wodurch sie nicht nur ihrer eigenen Meinung Ausdruck gaben.

Hiesige Beobachter verweisen auf die Sinnlosigkeit des Krieges im Südatlantik: Selbst ein voller britischer Sieg wäre nicht endgültig. London müßte dort eine große Militärgarnison und einen Teil der Flotte halten sowie die Versorgung der Einwohner mit Wasser, Lebensmitteln und Treibstoff, kurz, mit allem Notwendigen, übernehmen. Das ist unmachbar, denkt man an die 12 000 km, die England von den Inseln trennen. Außerdem hat noch niemand die UNO-Resolution über die Entkolonisierung der Falklandinseln (Malwinen) von 1965 aufgehoben, und die

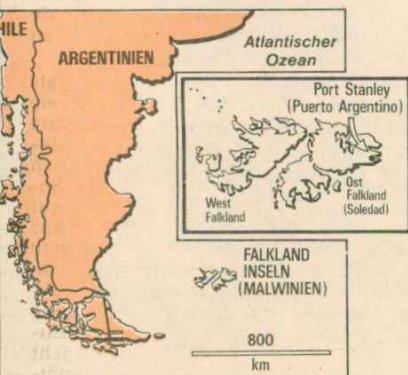
Weltgemeinschaft wird es nicht dulden, daß Großbritannien sie auch weiterhin ignoriert. Der Schluß ist klar: Früher oder später wird es die durch die Kampfhandlungen unterbrochenen Verhandlungen wieder aufnehmen müssen. Warum also eigenes und fremdes Blut vergießen, Hunderte Menschenleben opfern? Die Tories behaupten, die Insulaner möchten Briten sein. Wie rührend! Dabei strichen die gleichen Tories, als sie vor kurzem das Gesetz über die Staatsangehörigkeit annahmen, die Einwohner der heute umstrittenen Inseln aus der Liste der Briten. Und heute zerschmettern britische Raketen und Geschosse ihre Häuser und Kommunikationen.

„Welchen Nutzen können die Falklandinseln den Arbeitslosen bringen?": Mit dieser Frage wurde eine Ansprache Margaret Thatchers in ihrem Wahlbezirk in Nordlondon quittiert. Einerseits ist die konservative Regierung bereit, Hunderte Millionen Pfund Sterling für den Krieg im Südatlantik zu verfeuern. Andererseits weigert sie sich, das Los von mehr als 3 Millionen Arbeitslosen zu erleichtern und die Bedürftigen mit Wohnungen und medizinischer Betreuung zu versorgen. Wenn die Tories es sich leisten können, Zivilschiffe zu beschlagnahmen und in den Krieg zu schicken, warum können sie dann nicht private Spitäler beschlagnahmen, um jenen eine medizinische Behandlung zu gewährleisten, die sie brauchen? Das fragte Anthony Wedgewood Benn auf einer Kundgebung in London. Übrigens wird er wegen seiner Aufrufe, den Konflikt friedlich beizulegen, in der Rechtspresse hemmungslos diffamiert. In dem Land, dessen Regierung ihre Friedensliebe beteuert, aber zugleich — mit Washingtons Segen — im fernen Südatlantik einen blutigen nichterklärten Krieg führt, liebt man es nicht, die Dinge beim Namen zu nennen.

In Whitehall malt man sich schon aus, wie die Kriegspsychose genutzt werden kann. Immer häufiger sprechen hiesige Beobachter über vorfristige Wahlen. Auch in öffentlichen Ansprachen der konservativen Spitzenpolitiker schwingen Wahlkampf motive mit. Mit der Kriegshysterie hoffen die Tories sich die Macht für weitere fünf Jahre zu sichern.

Sie machen aus ihrer Freude über die „militärischen Erfolge" kein Hehl, obwohl jeder davon mit Menschenleben bezahlt wurde. Die Angehörigen derjenigen, die im eiskalten Südatlantik ihr Grab gefunden haben, dürften freilich den Optimismus der Tories kaum teilen.

London, den 24. Mai



EIN UMGEHUNGSMANÖVER

Amerikaner über den Reagan-Plan

Die neuen sowjetischen Initiativen, die Leonid Breschnew auf dem XIX. Komsomolkongreß vortrug, fanden ein Echo in aller Welt. Die Stimme Moskaus hörten an jenem Tag aufmerksam auch jene, an die sich der sowjetische Präsident vor allem wandte.

„Die Geschehnisse von Krieg und Frieden hängen in vielem auch davon ab“, sagte Leonid Breschnew, „ob eine sowjetisch-amerikanische Vereinbarung über die Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen erreicht wird oder nicht.“ Das wird in Washington schon nicht mehr bestritten. Präsident Reagan erklärte im Eureka-College, die USA seien zu einer Wiederauf-

nahme der Verhandlungen bereit, und unterbreitete sogar eigene Vorschläge zur Reduzierung der strategischen Nuklearrüstungen. Doch in Leonid Breschnews Rede klang auch ein anderer Gedanke an. Eine Vereinbarung muß ehrlich und gerecht sein, ohne Interessen einer Seite zu schmälern. „Nicht von ungefähr haben ja kompetente Leute in den Vereinigten Staaten selbst sogleich erklärt, daß dies eine unrealistische, lebensfremde und vielleicht einfach unaufrichtige Haltung ist“, bemerkte Leonid Breschnew.

Kaum hatte Reagan Eureka, genauer gesagt das College, wo er seinerzeit studiert hatte, verlassen, da meldete

die „New York Times“: Der Präsident hat einen kühnen Plan vorgelegt, der verlangt, daß Moskau auf den größeren Teil seiner großen landgestützten Raketen verzichtet, die treffsicher und stark genug sind, um ähnliche amerikanische Raketen in deren unterirdischen Startsilos zu zerstören. Doch hat er nichts oder fast nichts über eine Begrenzung der U-Boot-gestützten Raketen, über Langstreckenbomber und Cruise Missiles gesagt, bei denen die Amerikaner überlegen sind, konstatierte die Zeitung. Das ist die Ausgangsposition.

Der amerikanische Ex-Außenminister Edmund Muskie nannte den Reagan-Plan ein „geheimes Aktionsprogramm zur Umgehung der Abrüstung durch die Präsentierung irrealer Forderungen nach der Beseitigung einer größeren Zahl sowjetischer als amerikanischer Waffensysteme“. Und der ehemalige Vizepräsident Walter Mondale bezeichnete den Vorschlag des Weißen Hauses als „unrealistisch“.

SPANIEN

BAROMETER ANDALUSIEN

Anatoli MEDWEDENKO

Am Sonntag, dem 23. Mai, fanden Wahlen zum Parlament Andalusiens, dem größten Gebiet Spaniens, das die acht südlichen Provinzen vereint, statt. Diese Wahlen sind der erste Schritt auf dem komplizierten Weg zu der von der neuen Verfassung vorgesehenen Autonomie Andalusiens. Einstweilen haben nur drei Gebiete von 15 — das Baskenland, Katalonien und Galicien — diesen Status.

Die Bedeutung der Wahlen in den Provinzen Andalusiens sprengte den regionalen Rahmen. So hatten 17 Parteien, einschließlich der regierenden Union des Demokratischen Zentrums (UCD) sowie der führenden Oppositionsparteien, der Kommunistischen Partei Spaniens (KPS), der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE), ferner der neofranquistischen Volksallianz (AP), ihre Kandidaten für die regionale Volksvertretung nominiert. Die führenden Politiker der Parteien griffen persönlich in den Wahlkampf ein.

Dafür gibt es zwei Gründe. Erstens wollte jede Partei die größte Zahl ihrer Vertreter ins Parlament bringen, um ihre Politik in Andalusien verfolgen und über die Provinz Einfluß auf das politische Leben des ganzen Landes ausüben zu können. Zweitens fanden diese Wahlen zehn Monate vor den gesamtstaat-

lichen Parlamentswahlen statt. Der andalusische Wahlkampf war eine Art Generalprobe, ein Barometer für den Parteieneinfluß.

Die Wahl brachte keine Sensationen. Wie erwartet, blieben viele Wähler den Urnen fern, was sich durch die „politische Müdigkeit“ der Spanier erklärt. Hatten ja die Andalusier in den vergangenen gut fünf Jahren siebenmal diverse Wahlkämpfe erlebt.

Auch die Niederlage der UCD, die 13,9% erhielt, was ihr nur 15% der insgesamt 109 Mandate gab, kam nicht aus heiterem Himmel. Es ist die zweite Niederlage der Regierung in Andalusien. Die erste hatte sie am 28. Februar 1980 einstecken müssen, als eine Mehrheit von 54,5% bei einem Regionalreferendum die von der UCD lancierte Autonomisierungsprozedur ablehnte. Bekanntlich hatte die Regierungspartei und mit ihr die Regierung Leopoldo Calvo Sotelo die Parlamentswahlen im Baskenland (9. März 1980), in Katalonien (20. März 1980) und in Galicien (20. Oktober 1981) verloren. Infolgedessen konnte die UCD nicht nur keine der autonomen Regierungen leiten, sondern hat auch keine soliden Ausgangspositionen für ihre Politik.

Ebendeshalb setzte die UCD ganz auf die Wahlen in Andalusien. Ein Sieg war sowohl für die Partei als

auch für die Regierung auch deshalb dringend notwendig, weil die UCD die Führung mit seiner Hilfe die Lage in der Partei zu stabilisieren, zumindest ihre Reihen etwas zu festigen, hoffte.

Die UCD, eine Koalition unterschiedlicher Gruppierungen, macht jetzt die kritischste Periode ihrer Geschichte durch. Unlängst hat eine große Gruppe von Parlamentariern die UCD verlassen. Die Partei verfügte auch zuvor nicht über die Parlamentsmehrheit (167 von 350 Sitzen) und mußte Kompromisse eingehen um ihre Gesetzesvorlagen durch den Kongreß zu bekommen. Jetzt aber hat die UCD nur noch über 151 Abgeordnete. Das bringt sie in eine noch schwierigeren Lage.

Die andalusischen Wahlen wurden nicht zum rettenden Strohalm für die UCD. Das Scheitern ihrer Politik ist in allen Regionen des Landes spürbar. Doch besonders deutlich wird das in Andalusien, der ärmsten und rückständigsten Region. Hier ist das Prokopfeinkommen das niedrigste und der Anteil der Analphabeten und Arbeitslosen der größte. In Provinzen wie Sevilla, Córdoba und Granada hat die Arbeitslosigkeit 23—25% erreicht.

Ernsthafte Besorgnis bei den Spaniern ruft auch die Außenpolitik der UCD-Regierung hervor, die sich immer mehr auf die USA orientiert. Das zeigte erneut der kürzlich Washington-Besuch des Außenministers José Pedro Pérez Llorca, der entgegen den nationalen Interessen und dem Willen des Volkes überstürzt beschlossene NATO-Beitritt-

„Die Reagan-Administration meint, sie verfüge über überzeugende Argumente für Versuche, eine offenkundig unproportionale Verringerung der Zahl der landgestützten russischen Raketen zu erreichen... Doch wenn die Amerikaner die MX-Rakete und das Raketen-System Trident-D5 besitzen werden, können die sowjetischen strategischen Kräfte, d. h. vor allem die landgestützten, viel verwundbarer für einen Angriff sein, als es theoretisch die amerikanischen Kräfte gegenwärtig verwundbar sind“, meinte M. Marder, Kommentator der „Washington Post“.

„Reagans Vorschlag ist in einem Maße zugunsten der USA formuliert“, konstatierte das Nachrichtenmagazin „Time“, daß „sich Zweifel an dessen Aufrichtigkeit einstellen“. Einige Anhänger der Rüstungskontrolle, schreibt die Zeitschrift, werden sicherlich die Administration bezichtigen, sie unterbreite einen Vorschlag, der „Teil eines Geheimplans von Anhängern des harten

Kurses zur Sabotage der Abrüstung ist, damit die USA ungehindert ihre Umrüstungsprogramme fortführen können“.

Eward Markey, Mitglied des Repräsentantenhauses, Demokrat aus dem Bundesstaat Massachusetts und Initiator eines Resolutionsentwurfes für das Einfrieren der Nuklearrüstungen im Repräsentantenhaus: „Reagans Vorschlag ist gegen die Russen gerichtet und wird sie veranlassen, ihn abzulehnen.“

Alan Cranston, stellvertretender Vorsitzender der demokratischen Minderheitsfraktion im Senat: „Der Präsident führt entweder absichtlich ‚in die Irre‘ oder aber er ist über das Verhältnis der strategischen Kräfte zwischen der Sowjetunion und den USA ‚ernstlich desinformiert‘.“ Die US-Politik im Bereich der Rüstungskontrolle erlangt eine „neue und gefährliche Richtung“.

Averell Harriman, langjähriger US-Diplomat: „Solange wir nicht ein Einfrieren des derzeitigen Rüstungsstandes in irgendwelcher Form erreichen, wird

die Gefahr drohen... Reagan und seine Mitarbeiter könnten bei einem Treffen mit der sowjetischen Führung vieles lernen.“

Randall Kehler, ein Führer der Moratoriumsbewegung: „Entweder hört der Präsident nicht auf die Stimme des amerikanischen Volkes oder aber er ignoriert dessen Meinung, daß das nukleare Wettrüsten gestoppt werden muß.“

Roger Molander, früherer Nuklearkwaffenexperte im Nationalen Sicherheitsrat und jetzt Leiter der Organisation „Ground Zero“: „Der Präsident hat faktisch von den Russen verlangt, ihre Arsenale nach amerikanischem Maß umzustrukturieren.“

Michael Myerson, amtierender Direktor des USA-Friedensrates: „Das Wesen von Reagans ‚Initiative‘ und seiner früheren ‚Null-Lösung‘ läuft darauf hinaus, die Sowjetunion zur einseitigen Abrüstung zu zwingen.“

Die Senatoren **Edward Kennedy** und **Mark Hatfield**: „Reagans Vorschläge für eine Reduzierung der strategischen Rüstungen würden den Beginn einer Runde des nuklearen Wettrüstens in Form der Entwicklung und Aufstellung der MX-Raketen, der Tridents-2 und anderer moderner Arten von Nuklearkwaffen bedeuten. Reagans Plan erlaubt weder irgendwelche Bomber noch die Cruise Missiles. Das ist ein Schlupfloch für eine ganze Bomberflotte.“

Und schließlich **Alexander Haig**, der direkt hinter der „Initiative“ des Weißen Hauses steht: „Im besten Fall bedeutet der Reagan-Plan langwierige Verhandlungen mit den Russen.“

Gary Hart, Senator vom Bundesstaat Colorado: „Reagans Plan erlaubt es, die forcierte Aufstockung solcher Waffensysteme wie der MX-Raketen und der B-1-Bomber während der Verhandlungen zu realisieren.“

Ergänzen wir: nicht nur während der Verhandlungen, sondern auch sogar vor ihrem Beginn. Dieser Tage unterzeichnete der Präsident die „Direktive Nr. 35“ des Nationalen Sicherheitsrates, die den Stationierungsmodus der ballistischen MX-Interkontinentalraketen bestätigt. 100 derartige Raketen werden in gut befestigten Startschächten im Abstand von etwa 600 Metern auf einem Gelände von insgesamt 12 Quadratkilometern konzentriert werden. Einer der mutmaßlichen Stationierungsregionen wird der Luftwaffenstützpunkt Nellis im Bundesstaat Nevada sein.

Der Name der Stadt Eureka, wo Reagan kurz vor der Annahme des MX-Beschlusses die Landsleute leidenschaftlich seines aufrichtigen Strebens nach Reduzierung der Nuklearrüstungen versicherte, wird aus dem Altgriechischen mit „Ich habe gefunden“ übersetzt. Offenbar hat jedoch das Weiße Haus einstweilen keine realen Wege zu einer ehrlichen und direkten Vereinbarung gefunden oder will diese nicht suchen.

G. SIDOROWA



Córdoba, eine der schönsten Städte Andalusiens

Die UCD-Politik findet auch in der nationalen Frage kein Vertrauen.

All diese Faktoren erklären den Wahlerfolg der Linkskräfte in Andalusien, insbesondere der PSOE. Sie erreichte 51,8% der Stimmen und konnte 66 ihrer Vertreter ins hiesige Parlament bringen. An zweiter Stelle lag die Volksallianz, für die 16,2% der Wähler stimmten (17 Sitze). Die kommunistischen Kandidaten errangen 8,5% (8 Mandate).

Der Sieg der PSOE ermöglicht ihr, eine Einparteienregierung zu bilden. Die Wähler sahen in der PSOE eine Alternative zur UCD, was kurz vor

den anstehenden gesamtstaatlichen Parlamentswahlen, die im März 1983 stattfinden sollen, besonders wichtig ist.

Nach Meinung von Beobachtern können die Sozialisten ihren Erfolg wiederholen.

In diesem Zusammenhang vertreten einige Beobachter die Meinung, daß ein Sieg der PSOE oder der Linkskräfte insgesamt erneut die Gefahr eines Militärputsches heraufbeschwören könne. Erinnern wir uns: In Madrid ist der Prozeß gegen die Teilnehmer des Komplotts vom 23. Februar 1981, mit denen ein gewisser Teil der Streitkräfte sympathisiert, noch nicht abgeschlossen.

Wichtig ist auch, daß 1982 der NATO-Anschluß Spaniens wohl endgültig und offiziell erfolgt sein wird. Die Beteiligung des Landes an diesem Aggressionsblock, dessen Verhältnis zu demokratischen Regimes deutlich genug ist, kann gleichfalls die Demokratisierung und die weitere politische Entwicklung in Spanien komplizieren. Die Presse schließt nicht aus, daß die UCD-Niederlage in Andalusien die Führer der Regierungspartei, einschließlich des Regierungschefs Leopoldo Calvo Sotelo, zu vorgezogenen Parlamentswahlen veranlassen kann, um die letzte Möglichkeit zu nutzen, die Lage in der UCD zu retten und sie vor einer endgültigen Spaltung zu bewahren.

Das Barometer Andalusien hat ein weiteres Mal gezeigt, daß Spanien schwere Zeiten durchmacht. Ein Ausweg ist einstweilen nicht klar zu sehen.

RICHARD WOOD: WENN DEINE HAUT SCHWARZ IST...

Der Erzbischof der anglikanischen Kirche Richard James Wood war viele Jahre in der RSA und in Namibia tätig. Wegen seiner mutigen Äußerungen gegen das Apartheidregime und die gesetzwidrige Okkupation Namibias sowie wegen der Unterstützung der Befreiungsbewegungen im Süden Afrikas wurde er verfolgt. Im Sommer 1975 durchsuchte die Polizei das Heim des Geistlichen in Damaraland (Namibia), beschlagnahmte seine gesamten Briefschaften und verwies ihn des Landes. Wood lebt jetzt in Tansania.

Kurz vor dem Tag der Befreiung Afrikas nahm Richard Wood in Moskau an der Weltkonferenz „Geistliche der Welt gegen die nukleare Bedrohung“ teil. In einem Interview für die NZ sagte er unserem Mitarbeiter A. Romanow: „Ich betrachte die Apartheid als Inkarnation des Bösen und des Unrechts. In der RSA und in Namibia geriet ich in Verzweiflung, wenn ich sah, was für prachtvolle Menschen umkommen, was für Talente einfach verlorengehen, wenn Rassisten an der Macht sind.“



Farbige haben in der RSA keinerlei Rechte. Ihr Platz ist hinter dem Drahtzaun, der sie von der weißen Bevölkerung dieses Landes trennt

Foto aus: „Daily World“ (USA)

Was könnte unsinniger und ungerechter sein als eine solche Vergeudung menschlicher Fähigkeiten und Kräfte?

Können Sie sich vorstellen, wie erniedrigend das für den Menschen ist? Wenn du eine schwarze Hautfarbe hast, bist du bereits ein Nichts, hast keinerlei menschliche Rechte. Du bist einfach kein Mensch.

Und irgendwelche Rechte durchsetzen zu wollen ist gefährlich. Die Rassisten schützen ihre Ordnung bei sich in der RSA und in Namibia, das sie gesetzwidrig okkupiert haben. Sie besitzen einen mächtigen Sicherheitsdienst. Sie stecken ihre Informanten überall hin, wo sich Menschen versammeln. Und wenn irgend jemand Unzufriedenheit äußert und von Gerechtigkeit sprechen will, wird er verhaftet, gefoltert, ja kann er umgebracht werden.

Leider malen sich viele im Westen kaum jenes Grauen aus, dem die Afrikaner in der Apartheid ausgesetzt sind. Natürlich wollen die Rassisten die wahre Lage der Dinge verschleiern. Was ist schließlich die Bantustan-Politik beispielsweise? Es ist der Versuch der Machthaber in der RSA, die friedliebende Öffentlichkeit zu verdummern. Sie wollen die Afrikaner in Reservationen treiben, diese Reservationen zu einzelnen Staatswesen erklären und dann der Welt verkünden: Bei uns in der RSA gibt es keine Schwarzen, hier leben nur Weiße. Und in die Angelegenheiten von Bophutatswana, Transkei und anderen selbständigen Staaten mischen wir uns nicht ein.

Das ist ein doppeltes Spiel: Erstens wird dann niemand Pretoria des Rassismus beschuldigen und zweitens werden die Afrikaner in der RSA zu Fremdarbeitern, denn in den Bantustans finden sie nirgends Arbeit. Und aus Fremdarbeitern kann man dann noch mehr herausholen als aus den eigenen.

Unsere Hauptaufgabe besteht heute, so glaube ich, darin, diese Lüge zu entlarven, stärker darüber zu informieren, was Rassismus und Apartheid bedeuten. Diesen Zielen dient das Internationale Komitee gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus im südlichen Afrika (ICSA), in dem ich mitarbeite. Wir organisieren repräsentative internationale Konferenzen. Erfolgreich war die Konferenz im Oktober vorigen Jahres in New York, auf der die „New Yorker Deklaration“ angenommen wurde, die das amerikanische Volk aufruft, die US-Regierung und die Konzerne zu zwingen, nicht mehr mit den Rassisten der RSA zusammenzuarbeiten. Wenn schon die Administration von Präsident Reagan das Stöhnen der unterdrückten Afrikaner nicht hören will, so müßte sie doch auf die Stimme des eigenen Volkes hören. Die Öffentlichkeit des Westens muß sich stärker für die Befreiung der Urbevölkerung

im Süden des afrikanischen Kontinents einsetzen.

Anfang Mai fand in Kanada eine Konferenz der Solidarität mit dem Befreiungskampf der Völker des südlichen Afrika statt. Kanada wurde vor allem deshalb als Konferenzland gewählt, weil viele kanadische Gesellschaften in der Wirtschaft der RSA und Namibias investieren. Vor allem aber, weil Kanada eines der fünf westlichen Länder ist, die der sogenannten Kontaktgruppe für Namibia angehören. Diese „Kontaktgruppe“ versucht auf jede Weise, die Lösung der Namibia-Frage

Am 7. Juni beginnt in New York die 2. Abrüstungs- und Friedenskonferenz der UNO. Friedensfreunde, viele nichtstaatliche Organisationen, neue Verbände und Friedensbewegungen haben intensive Vorbereitungen dazu ergriffen. Die Vertreter breiter Friedenskreise wollen den UN-Mitgliedstaaten einen eindeutigen Auftrag erteilen.

Am 15. Mai entzündeten griechische Friedensfreunde in Olympia eine Friedensfackel, die in einer Stafette durch Jugoslawien, Italien, Frankreich, Spanien und Portugal getragen wird. Auf ihrem Weg wird in der französischen Stadt Nîmes vom 21. bis zum 23. Mai ein Jugendfestival unter der Devise „Für ein Europa ohne Kernwaffen“ stattfinden. Dann wird ein Flugzeug die Fackel nach Montreal bringen, von wo aus sie ihren Weg nach New York zum Eröffnungstag der Sonderversammlung nimmt.

Eine Provokation gegen den Frieden nennen die Europäer die vom 8. bis zum 10. Juni in Bonn bevorstehende NATO-Ratstagung, die am Tag nach Eröffnung der Abrüstungs- und Friedenskonferenz der UNO beginnt. Wir wollen daran erinnern, daß eben gleichzeitig mit der ersten Sonderversammlung in Washington das NATO-Gipfeltreffen stattfand, das den langfristigen Programmen zur Erhöhung der Militärausgaben und der Modernisierung der Rüstungen beschloß.

Mehr als 30 Organisationen der BRD wollen während der NATO-Ratstagung in Bonn eine internationale Friedensdemonstration veranstalten. An ihr werden Bürger aller NATO-Länder teilnehmen. Bedeutende Demonstrationen werden außerdem entlang der Reiseroute Präsident Reagans durch die westeuropäischen Staaten stattfinden, um der Stationierung neuer US-Raketen auf dem Kontinent ein energisches „Nein!“ entgegenzurufen. Diese Forderung ist die Schlüsselfrage für das Schicksal Europas und der ganzen Welt, denn die Stationierung von

hinauszuzögern. Schließlich bringt buchstäblich jeder Tag den Konzernen Riesenprofite. Es kümmert sie nicht, daß jeder weitere Tag der Besetzung Namibias durch die Rassisten der RSA immer neue Leiden für die Menschen mit schwarzer Hautfarbe bedeutet. Wir haben die kanadische Öffentlichkeit aufgefordert, Druck auf ihre Regierung auszuüben, damit diese nicht die Wirtschaftsinteressen der Konzerne, sondern die Menschenrechte der Afrikaner verteidige.

Der Kampf gegen die Apartheid ist Gewissenssache jedes aufrichtigen

Menschen. Die Menschen kommen zur Welt, um glücklich zu sein. Und ihr Glück darf nicht von der Hautfarbe abhängen.

Namibia ist ein sehr schönes Land. Jeder, der dort gewesen ist, erkennt, daß es ein glückliches und gutes Land sein kann. Und so wird es kommen. Doch dafür muß man kämpfen. Die Besetzung Namibias durch die Rassisten der RSA muß aufhören und dann muß auch mit dem südafrikanischen Apartheidregime als der Leidensquelle für die Afrikaner Schluß gemacht werden.

DEM FRIEDEN EINE CHANCE

Prof. Tair TAIROW

464 Flügelraketen und 108 Pershing 2 mit Kernsprengköpfen würde das Kräftegleichgewicht in Europa stören und das Risiko eines Kernkriegs wesentlich erhöhen.

Die breitangelegten Antikriegsaktionen im Herbst v. J. haben die Positionen der Befürworter des Wetrüstens bedeutend geschwächt. Deshalb wollen sie die Friedenskundgebungen unterlaufen. Man verbreitet die Behauptung, „diese Pazifisten“ spielten Moskau in die Hände. Viele Teilnehmer von Antikriegskundgebungen wurden als „peaceniks“ tituiert, womit die Version ihrer angeblichen Kontakte zur Sowjetunion untermauert werden soll.

Man verschenkt auch nicht die Möglichkeit, die Antikriegsbewegung in den Ländern mit unterschiedlicher sozialpolitischer Ordnung gegenüberzustellen. Doch die einheitliche Verurteilung des Kernkriegs durch die Friedensfreunde in den sozialistischen wie in den kapitalistischen Staaten ist eindeutig. Unter den Friedenskämpfern, welche politische oder religiöse Strömung sie auch vertreten mögen, hat sich ein sogenannter moralischer Konsens herausgebildet — das Prinzip des Einverständnisses bei gemeinsamen Aktionen zur Verhütung der Nuklearkatastrophe.

Die Massenbewegung für die Abrüstung und die Meinung der Weltöffentlichkeit können ohne Übertreibung zum wichtigsten Faktor werden, der die Beschlüsse der bevorstehenden UNO-Sondertagung und auch die Haltung jener Regierungen beeinflussen kann, die wichtigste Abrüstungsbeschlüsse bislang verhindern.

Der Zusammenschluß der Antikriegskräfte verläuft nicht glatt. In

Westeuropa stellt man sich die katastrophalen Folgen eines eventuellen Kernkriegs noch immer nicht ganz real vor.

Das Echo der europäischen Friedenskundgebungen hallt auch in den USA wider. Im April beteiligten sich rund 10 Millionen US-Bürger an Demonstrationen gegen die Fortsetzung des nuklearen Wetrüstens. Unter die Bestseller gelangen Bücher, die vor der Gefahr eines nuklearen Konflikts und vor seinen entsetzlichen Folgen nicht nur für die Menschheit, sondern auch für das ökologische System der Erde warnen.

Die Antikriegsbewegung in den USA hat ihre Stimme noch nicht voll erhoben. Doch die vielen Antikriegsorganisationen bereiten sich auf die 2. Abrüstungsversammlung der UNO vor. Vor dem UNO-Gebäude werden sich am 12. Juni 500 000 Demonstranten aus verschiedenen Städten des Landes versammeln.

Gebt dem Frieden eine Chance! forderte die Jugend bei ihrem Protest gegen die US-Aggression in Vietnam. Heute ist der Frieden für alle Generationen, für den gesamten Planeten unteilbar, er liegt in den Händen der Völker selbst. Die von Leonid Breschnew auf dem XVII. Gewerkschaftskongreß und dem XIX. Komsomolkongreß unterbreiteten sowjetischen Vorschläge entspringen der Natur der sowjetischen Gesellschaft und entsprechen den Wünschen von Millionen Menschen auf allen Kontinenten.

Die Zeit drängt. In gemeinsamen Aktionen der Volksmassen, in vernünftigen Schritten der Regierungen vor der UNO-Sondertagung liegt die einzige Chance für uns alle. Sie darf nicht vertan werden.

NZ

KOMMENTAR

AUF DER STELLE

„Das reine Labyrinth. Irgendwo in seiner Mitte liegt die Lösung des Problems versteckt. Die Verhandlungsteilnehmer aber haben den Weg von den verwinkelten Eingängen zum Mittelpunkt nicht gefunden...“ So kennzeichnete ein Sprecher der indischen Regierung vor Journalisten die Ergebnisse der zweiten Runde der indisch-chinesischen Grenzgespräche vom 17. bis zum 20. Mai in Delhi [die erste Runde hatte im Dezember in Peking stattgefunden].

Sicher ist das kein einfaches Problem, das in gewisser Hinsicht aus der kolonialen Vergangenheit stammt. Doch wurde es von den expansionistischen Bestrebungen der Peking-Führung wesentlich verschärft. China hält noch immer 37 500 km² indischen Territoriums besetzt, das bei der Aggression 1962 [im Westsektor der indisch-chinesischen Grenze] okkupiert wurde. Außerdem erhebt es Ansprüche auf indische Gebiete mit einer Gesamtfläche von mehr als 250 000 km².

Bereits früher hat die chinesische Seite einen „Korb“ angeboten. Gegen den Verzicht der VR China auf seine Ansprüche im östlichen Sektor sollte sich Indien mit der chinesischen Okkupation indischen Territoriums im westlichen Sektor abfinden. Ministerpräsidentin Gandhi hatte damals ein Abkommen auf dieser Grundlage öffentlich als unannehmbar bezeichnet.

Wie nach den Verhandlungen mitgeteilt wurde, bestehen auch diesmal in der Grenzfrage zwischen den Seiten nach wie vor „starke Differenzen“. D. h. man tritt auf der Stelle.

Hier fragt man sich, ob China nicht bewußt das Grenzproblem weiterbestehen läßt, um die fehlende Regelung als permanenten Druck auf Indien im Nordosten zu benutzen. Zusammen mit dem Druck aus Washington auf Pakistan vom Nordwesten.

Das Parlamentsmitglied des regierenden INC (I) Syed Asrarul Haque sagte mir dazu:

„Die selbständige und friedliebende Politik des nichtpaktgebundenen Indiens stört die Kalkulationen Washingtons und Pekings. Deshalb haben sie eine Art diplomatischen Krieg inszeniert, um die Lage Delhis zu komplizieren. Im ersten Fall kam das in der Verhinderung des Abschlusses eines indisch-pakistanischen Nichtangriffsvertrags zum Ausdruck. Im zweiten in dem endlosen Hinauszögern einer Grenzregelung, deren Fehlen, wie man in Peking hofft, Indien gefügiger machen werde...“

L. SHEGALOW
Eigenbericht

KEIN HIROSHIMA MEHR!

Von unserem ständigen Berichterstatter
Juri TAWROWSKI

„Schauen wir der Wahrheit ins Auge. Die Menschheit steht heute zum erstenmal in der Geschichte kurz vor der Selbstvernichtung. Keiner von den Tausenden Kriegen, die die Menschen mitmachen mußten, einschließlich der beiden letzten Weltkriege, drohte, alle Vertreter der Art Homo sapiens von der Erde zu tilgen. Sein oder nicht sein? Die Menschheit muß diese Frage beantworten. Und nicht mit Worten, sondern mit Taten.“

Meinem Gesprächspartner fällt das Reden schwer, er sucht Halt an seinem Stock. Der Prof. h. c. der Universität Hiroshima, Ichiro Moritaki, weiß aus eigener Erfahrung, was eine Atombombe bedeutet. Am 6. August 1945 wurde er Zeuge und Opfer des ersten Atombombenabwurfs in der Geschichte. Aus dem Krankenhaus entlassen, beschloß er, sein Leben dem Kampf für die Verhütung einer Kernkatastrophe zu widmen. Prof. Moritaki ist einer von Tausenden Japanern, die sich an der wahrhaft gesamt-nationalen Antikriegs- und Antinuklearebewegung beteiligen.

Millionen Japaner, selbst solche, die der Politik fernstanden, haben begriffen, daß es heute um Leben und Tod geht, daß man für das Recht auf Leben kämpfen muß. Sie haben das heftig ansteigende Militärbudget vor Augen. Sie wissen, daß die amerikanisch-japanische militärische Zusammenarbeit immer enger wird, daß die japanischen Streitkräfte vom Pentagon in seine gefährlichen Kriegsspiele im Fernen Osten einbezogen werden. Besorgt vernehmen die Japaner die Aufrufe namhafter Politiker der Regierungspartei zur Abänderung der Verfassungspunkte, die Japans Kriegsverzicht verkünden, und die Forderung nach Nuklearwaffen für die „Selbstverteidigungskräfte“. Viele Generationen einfacher Japaner haben die Eskapaden ihrer Herrscher mit Blut, Tränen und dem Leben bezahlen müssen. Diese Lehren haben angeschlagen.

Die Antikriegsbewegung ist inzwischen über den Rahmen der bereits existierenden Organisationen hinausgegangen und sucht nach neuen Formen. Starke Resonanz fand die Gründung einer Organisation der Li-

teraturschaffenden, die sich für das Einstellen des Wettrüstens und die Vernichtung der Kernwaffen einsetzen. Angesehene Schriftsteller, Dichter und Publizisten appellierten an die Oberhäupter der Kernmächte, selbst auf den Gedanken einer möglichen Kriegführung unter Einsatz von Kernwaffen zu verzichten. Ich war dabei, als die Antwort aus dem Kreml auf diese bewegende Adresse überreicht wurde. Der Vertreter der Schriftstellerorganisation sowie die anwesenden Journalisten führten den Zeitungen, Fernsehgesellschaften und Nachrichtenagenturen sprachen von der Bedeutung der Botschaft Leonid Breschnews zur Erläuterung der sowjetischen Haltung, zur Aktivierung des Kampfes der japanischen Friedensfreunde.

Die Schriftstellerorganisation ist nur eine der vielen in den letzten Monaten entstandenen. Ihrem Beispiel folgten Musiker, Juristen, Kriegsveteranen, Bühnen- und Filmschauspieler. Sie führen Versammlungen und Kundgebungen durch, publizieren Antikriegsaufrufe in den Zeitungen, sammeln Unterschriften unter Petitionen an die Regierung. Auch Studenten haben sich in die Bewegung eingeschaltet. In einem großen Tokioter Park wurde ein Freiluftkonzert veranstaltet. Die Studenten der Tokioter Universität Meiji und anderer großer Lehranstalten richteten leidenschaftliche Worte an die im Yoyogi-Park Versammelten, verteilten Abzeichen und sangen Antikriegssongs. Ihre Stimme für den Frieden haben die Frauen erhoben. Man ist schon daran gewöhnt, ältere Japanerinnen im traditionellen Kimono zu sehen, die an U-Bahn-Eingängen oder vor Kaufhäusern Antikriegsflugblätter verteilen. Junge Frauen mit dem Kleinkind auf dem Rücken fordern Passanten auf, den Antikriegsappell zu unterschreiben.

Die Mai-Demonstration der Werktätigen stand in diesem Jahr vor allem unter Antikriegslosungen. Plakate mit Fotos von Hiroshima und Nagasaki nach dem Atombombenabwurf, meterhohe Abbildungen der Atomwolke, eine Figur des Präsidenten Reagan, der einen riesigen Hammer mit Kernsprengkopf über der Erdkugel schwingt. Ein Meer von

roten Fahnen mit den Aufschriften: „Nieder mit dem Krieg!“, „Kernwaffen verbieten!“, „Keine US-Basen auf japanischem Boden!“ Das alles bewies die Entschlossenheit der Arbeiter und Angestellten, eine führende Rolle in der nationalen Bewegung für Frieden und nukleare Abrüstung zu spielen.

Fast täglich entsteht eine neue Organisation der Friedenskämpfer, beginnt eine neue Antinuklear-Aktion. Das Land durchziehen 11 Kolonnen des „Friedensmarschs '82“. Die Führungskolonnen brach am 8. Mai in Tokio vor dem Museum des berühmten Fischtrawlers „Fukuryu Maru“ auf, dessen Besatzung Opfer einer ame-



Auch er beteiligte sich an der Kundgebung im Friedenspark von Hiroshima. Für seine Zukunft demonstrierten Millionen Japaner für die nukleare Abrüstung

Foto: TASS

rikanischen Wasserstoffbombe geworden war. Später setzten sich weitere zehn Kolonnen aus anderen Landesteilen in Marsch. Die Teilnehmer legen 8000 Kilometer durch alle Präfekturen zurück, und beenden ihren Marsch am Jahrestag der Tragödie in Hiroshima.

Der „Friedensmarsch '82“ verurteilt den Gedanken eines „begrenzten Kernkriegs“, die Pentagonpläne, US-Kriegsschiffe und -flugzeuge, die in Japan stationiert sind, mit Cruise Missiles auszurüsten. Die Demonstranten fordern die Kürzung des Militärhaushalts, die Auflösung von US-Stützpunkten, die Aufhebung des „Sicherheitsvertrags“ und die gesetzliche Verankerung der „drei Antinukleärprinzipien“.

Eine wichtige Etappe der Entwicklung der antinuklearen und Anti-

APPELL

des Exekutivbüros des Internationalen Rates der Wissenschaftlichen Vereinigungen an die 2. Abrüstungs-sondertagung der UNO

kriegsbewegung wird die bevorstehende 2. Abrüstungs-sondertagung der UNO. Je näher sie rückt, desto zahlreicher werden die Aktionen der Friedensfreunde im Rahmen der „Tokioter Friedensaktion '82“. Ihr Kulminationspunkt waren die antinuklearen Massendemonstrationen vom 23. Mai mit über 400 000 Teilnehmern. Die Bewohner der Hauptstadt und die aus vielen Gegenden Japans angereisten Delegationen örtlicher Antikriegsorganisationen waren sich darin einig, daß eine furchtbare Gefahr über der Welt schwebt, die, solange es noch nicht zu spät ist, mit gemeinsamen Kräften abgewendet werden muß.

„Kein Hiroshima mehr!“ „Kein Nagasaki mehr!“ Mit diesen Worten schließt der von allen Teilnehmern der „Tokioter Friedensaktion '82“ einmütig gebilligte Aufruf. Die konkreten Vorschläge der Öffentlichkeit zur Zügelung des nuklearen Wettbewerbs sind an die japanische Regierung und die Teilnehmer der 2. UNO-Sondertagung gerichtet. Bereits 32 Millionen Japaner haben diesen Aufruf unterschrieben. Zum Ende der Kampagne werden rund 50 Millionen Unterschriften erwartet.

In Japan setzt man große Hoffnungen auf das Weltforum in der Erwartung, es werde ein wirksames Programm beschließen, das die Welt vor einer Kernkatastrophe bewahrt.

„Die Herzen der Japaner sind so voller Abscheu gegen die Atombombe, daß sie alle zusammen eine ewige Antriebskraft bilden, die Hunderte solcher Massendemonstrationen in Bewegung setzen kann“, sagte mir ein alter Lehrer, der Flugblätter und Broschüren an die Teilnehmer der „Tokioter Friedensaktion '82“ verteilte. „Es erschreckt uns nicht, daß die Regierung unsere Aktionen ignoriert, wir fürchten nicht die von Lautsprechern verstärkten schwachen Stimmen der Extremrechten, die überall mit ihren Bussen herumfahren. Nüchtern denkende Menschen lassen sich nicht mit Andeutung auf die ‚Hand Moskaus‘ in der Antikriegsbewegung in die Irre führen. Wir wissen, wer die Atombomben auf schutzlose Menschen abwarf und wer die japanischen Inseln in ein Kernwaffenarsenal und eine Zielscheibe für den Gegenschlag verwandelt. Die Abrüstungsverfechter hatten in diesem Jahr einen heißen Frühling. Doch vor uns liegen ein nicht weniger heißer Sommer, Herbst und Winter. So werden alle Jahre sein, bis zu dem Tage, da Japan und die ganze Welt zu einer kernwaffenfreien Zone werden.“

Tokio

Gemäß dem Beschluß der 1. Abrüstungs-sondertagung der UNO-Vollversammlung (Mai—Juni 1978), in dem die wichtige Rolle internationaler nicht-staatlicher Organisationen bei der Mobilisierung der Weltöffentlichkeit im Interesse der Abrüstung anerkannt wird (10/2, Punkte 99, 100, 106 u. a.), hält es das Exekutivbüro des Internationalen Rates der Wissenschaftlichen Vereinigungen — eine große nichtstaatliche wissenschaftliche Organisation, die namhafte wissenschaftliche Organisationen aus mehr als 70 Ländern der Welt, darunter 36 Akademien der Wissenschaften und viele Internationale Wissenschaftsorganisationen vereint —, für ihre Pflicht, die Aufmerksamkeit der Teilnehmer an der 2. Abrüstungs-sondertagung der UNO-Vollversammlung auf die Besorgnis der Wissenschaftler über die außerordentliche Situation zu lenken, die durch das andauernde Wettbewerben in der Welt entstanden ist.

Uns veranlaßt dazu die tiefe Besorgnis um unser aller Schicksal, das Schicksal der ganzen Menschheit und jedes Menschen, des Erwachsenen wie des Kindes. Wir sind überzeugt, daß über uns allen heute eine tödliche Gefahr schwebt.

Mehr als sonst jemand begreifen wir Wissenschaftler die Gefährlichkeit einer nuklearen Katastrophe. Unser professionelles Wissen gestattet uns, vollverantwortlich zu erklären: Die Menschheit ist zum erstenmal in der Geschichte heute an einem kritischen Punkt angelangt und die Bedrohung ihrer Existenz ist näher und realer als jemals zuvor.

Es gibt Berechnungen, nach denen in der Geschichte aller Kriege die Gesamtmenge des Sprengstoffs zehn Megatonnen TNT nicht übertraf. Heute aber sind in der Welt bereits Kernwaffen mit einer Gesamtsprengkraft von über 50 000 Megatonnen TNT und mit ungeheurer Radioaktivität gelagert! Eine so kolossale Zerstörungskraft kann natürlich nicht nur in Quantität gemessen werden. Es geht um eine qualitativ andere, globale Gefahr, die nicht nur den einen oder anderen Ländern und Völkern, sondern der gesamten Menschheit droht. Die Weltzivilisation steht auf dem Spiel. Man kann mit Gewißheit feststellen, daß ein Kernkrieg zum Tod von vielen Hunderten Millionen Menschen führen und künftigen Generationen einen nicht wiedergutzumachenden Schaden zufügen würde.

Die gesamte Zerstörungskraft der bereits heute existierenden Kernwaffen ist ausreichend, um fast alles Leben, fast alles vom Menschen geschaffene von der Erde zu tilgen und unseren Planeten in eine versengte und radioaktiv infizierte Wüste zu verwandeln.

Wir Wissenschaftler sind der Ansicht, daß es nur einen Weg zur Rettung des menschlichen Lebens vor der so nahen, unmittelbaren und schrecklichsten aller sie bedrohenden Gefahren gibt. Er führt über die Einstellung des Wettbewerbs und die Abrüstung, einschließlich der Reduzierung der Kernwaffenbestände bis zu ihrer vollständigen Vernichtung, und über die Gesundung der internationalen Lage. Nur wenn wir uns fest auf diesen Weg stellen, können wir ruhig und sicher der Zukunft entgegenblicken.

Dringende und energische Maßnahmen sind nötig, um den Widerstand der friedensfeindlichen Kräfte zu brechen und die konstruktiven Verhandlungen wiederaufzunehmen, die das Wettbewerben eindämmen sollen.

Die riesigen materiellen und intellektuellen Ressourcen, die jetzt von den Kriegsvorbereitungen verschlungen werden, können und müssen zur Verbesserung des menschlichen Lebens, zur Lösung unserer nationalen und globalen Probleme, zur ernstlichen Bekämpfung des Hungers von Hunderten Millionen Menschen, zur Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts und zur Sicherung neuer Energie- und Rohstoffquellen verwendet werden.

Die Wissenschaft der Welt befaßt sich heute immer mehr mit Fragen der Leistungen von Wissenschaft und Technik für die Entwicklung der Menschheit. Die Sicherung des Friedens ist eine unabdingbare Voraussetzung für die ersprißliche Entwicklung der Schöpferkraft der Völker, der Leistungen von Wissenschaft und Technik, für die Schaffung und gerechte Verteilung materieller und geistiger Reichtümer für die jetzigen und kommenden Generationen.

Im Bewußtsein unserer hohen Verantwortung wenden wir uns an die UNO-Mitglieder mit dem Aufruf, ein Maximum an Anstrengungen zur Rettung der Menschheit vor der Gefahr ihrer Vernichtung zu unternehmen. Es müssen Sofortmaßnahmen für einen realen Fortschritt beim Verbot der wissenschaftlich-technischen Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Stationierung aller Arten von Massenvernichtungswaffen ergriffen werden.

Der Internationale Rat der Wissenschaftlichen Vereinigungen appelliert an die Tagungsteilnehmer, dafür zu sorgen, daß die zweite Abrüstungs-sondertagung der UNO ihren gewichtigen Beitrag zur Beseitigung der über der Menschheit schwebenden Gefahr eines Kernkriegs leistet.

ZUM EXPERIMENTIEREN

Während die „Sanitäter“ aus dem Weißen Haus und dem Kongreß das Haushaltsspiel spielen, ist der Kranke schon fast abgekratzt. Nach Meinung von 63 Prozent der Amerikaner, die von der Nachrichtenagentur AP und der NBC-Nachrichtenredaktion befragt wurden, hat sich die wirtschaftliche Lage des Landes im letzten Jahr verschlechtert.

Eine begründete Meinung. Die Rezession hält an. Die Zahl der Bankrotte hat den höchsten Stand seit 40 Jahren erreicht. Allein in der ersten Maiwoche machten 530 Konzerne Pleite. Das Haus-

haltsdefizit nähert sich 200 Md. Dollar.

Im Weißen Haus macht man nichtsdestoweniger ganz auf Optimismus. Den 10 Millionen Arbeitslosen werden bessere Zeiten versprochen. Einstweilen aber wird probeweise im laufenden Haushalt ca. 1 Md. Dollar für ein gesamt-nationales Beschäftigungsprogramm bereitgestellt. (Zum Vergleich: Der Rüstungsmoloch wird mit 263 Md. Dollar gefüttert.) Der Präsident erklärte Journalisten stolz, das Programm sehe die Schaffung von 12 000 Arbeitsplätzen (es geht nur um New York) vor. Sein End-



ziel sei es, 15 000 Menschen Arbeit zu geben.

Offenbar beschlossen die Washingtoner Mediziner, von nun an alle Krankheiten durch kleine Infusionen zu heilen — selbst dann, wenn der

Kranke eine Bluttransfusion braucht.

G. BORISSOWA

Zeichnung:
„Times“ (Großbritannien)

FAMILIENSTREIT

Das Außenministerium von Zaire gab Mitte Mai bekannt, Kinshasa verzichte vollständig auf US-Hilfe. Warum? Offenbar war ein Beschluß des auswärtigen Ausschusses des US-Repräsentantenhauses, Kredite für Rüstungslieferungen an Zaire von 20 auf 4 Mio Dollar zu kürzen, der Hauptgrund für diese demonstrative Geste.

Vor dem Ausschuß hatte der Kongreßabgeordnete Stephen Solarz erklärt: „Wenn Zaire Hilfe erhielte, würden diese Gelder auf die Privatkonten von Vertretern der herrschenden Clique des Landes fließen.“ Und die „New York Times“ schrieb: „Die USA ... müssen Mobutu unzweideutig zu verstehen geben, daß Washington, wenn er dem permanenten Mißbrauch kein Ende bereitet, Maßnahmen zur Bildung einer neuen Regierung ergreifen sowie die eigenen strategischen und wirtschaftlichen Interessen in Zaire verteidigen wird.“

Die westliche Presse konstatierte, daß die Regierungskreise Zaires ungeniert Hand an die Staatskasse legen und so bereits ein bedeutendes Vermögen zusammengeklaut haben. Und das zu einer Zeit, da in Zaire jährlich Tausende Kinder verhungern und das Land am Rande des Bankrotts steht.

Bekanntlich waren diese Kreise 1960 nach einem mit Hilfe Washingtons inszenierten Militärputsch an die Macht gekommen. Seitdem haben die USA und andere westliche Länder Zaire erbarmungslos ausgeplündert und dessen herrschende Clique total korrumpiert. Jetzt aber, da der Zeitschrift „Afrique-Asie“ zufolge die Unzufriedenheit der Volksmassen den Siedepunkt erreicht hat, beginnt man in den USA aus Angst vor einem Zusammenbruch des Regimes von dessen Auswechslung zu sprechen. Wohl kaum ist der jetzige Familienstreit zwischen Kinshasa und Washington ernst zu nehmen. Aufhören ließ die arabische Welt eher ein anderer Schritt Zaires Mitte Mai: Die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel, das bekanntlich seine aggressive, expansionistische Politik in nichts abgeschwächt hat, durch Zaire als erstes afrikanisches Land seit 1973 und entgegen den Beschlüssen der Organisation für Afrikanische Einheit. So hat Kinshasa seine Unterstützung für den Kurs des nächsten US-Verbündeten demonstriert.

M. SARIPOW

WESSEN SPION?

Wessen AWACS ist auf dem Flugfeld des US-Luftwaffenstützpunkts in Keflavik [Island] fotografiert? Das sollte eigentlich klar sein. Auf der Maschi-



ne steht mit Großen „U.S. Air Force“ der Begleittext

DIE GLEICHE KURVE

Die Kriminalität in Großbritannien folgt der Arbeitslosigkeit auf dem Fuß. Davon zeugen die dem „Guardian“ entnommenen statistischen Kurven. Könnte das denn anders sein? Ausweglosigkeit und Not — das Schicksal von Millionen arbeitslosen Briten — lassen viele das Gesetz übertreten. Zu diesem Schluß kommen die Verfasser einiger wissenschaftlicher Untersuchungen im Westen: „Die schwankenden Arbeitsmarktbedingungen erklären hinreichend die zunehmende Jugendkriminalität“, schreiben die

US-Ökonomen und Max Bericht. Sie die Kriminalitätszeitraum von nach Erscheinen der Begleittext

Der Jahreslizenzen von (Großbritannien) gleiche. „Zur bringst Kriminalität 1978 bis 1980“ liktrate unter tendieren um rend sie unwerbslosen u Arbeitslosigkeit auch zum Rüttierten die F und Webster. ser Rechtsbre 73% der Fällurteil.

ECKIGE LÜGE

Wilson-
e und in-
ngen an
sität wur-
k Times"
a veran-
war der
hemischer
wjetunion
bekannte
muß ent-
sie ge-
sie muß
werden.
gierungs-
ournalisten
gemein-
Hamilton-
auf, daß
s „Objekt
n Ver-

nichtungskampagne mit belie-
bigen Mitteln geworden“ seien.
Und Beweise? Obskure Be-
hauptungen von Flüchtlingen.
Sie waren es, die der überaus
aufnahmebereiten Journalistin
von „tödlichem Giftregen“ in
fast allen Regenbogenfarben
berichteten. Die „rote Bedro-
hung“, zudem noch chemisch.
Wirkungsvoll.

Dann wurde Gary Crocker,
Mitarbeiter des Aufklärungs-
und Forschungsbüros des State
Department, das Wort erteilt.
Der Herr ist informiert. Doch
vermochte auch er seine Hörer
nicht zu erfreuen. Er kaute
nur wieder, die Russen setzten
chemische Waffen in Laos,
Kampuchea und Afghanistan
ein.

Übrigens äußerte Crocker
auch einen frischen Gedanken.
Der Trommelwirbel soll also
nicht nur große Summen zur
Produktion neuer Arten chemi-
scher Kampfstoffe heraus-
schlagen. „Wir streben da-
nach, die chemischen Waffen
zu beseitigen...“, erklärte
Crocker pathetisch.

Was die finanzielle Seite angeht, so sprach Crocker davon
nicht zufällig. Das Treffen
an der Princeton-Universität
fiel zeitlich mit den Hearings
im Senat zusammen, wo es
um die Bewilligung weiterer
Geldmittel zur chemischen
Kriegsvorbereitung ging. Der
Senat stimmte dafür. So ha-
ben sich Crocker und seines-
gleichen nicht umsonst ge-
müht.

W. PAWLOW



d aus der Zeitung „News
m Iceland“ behauptet,
s Flugzeug werde von

„isländischen Verteidigungs-
kräften“ geflogen.

Woher soll dieser Insel-
staat im Nordatlantik, der
nicht über eine eigene
Armee verfügt, modernste
Flugzeuge, vollgepackt
mit elektronischen Anla-
gen haben!

Zur Erläuterung: Als „is-
ländische Verteidigungs-
kräfte“ bezeichnet Wa-

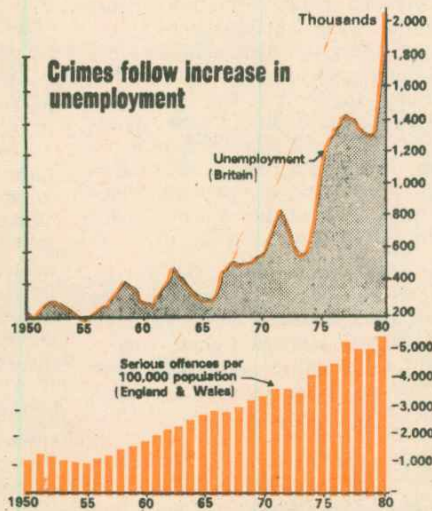
shington sein eigenes
Truppenkontingent auf
Island.

Außer der Bezeichnung
gibt es da nichts Isländi-
sches. Alles stammt aus
den USA: Personal, Waf-
fen und die Service-Sta-
tionen für atomwaffenbe-
stückte U-Boote.

I. MONITSCHEW

Die Lage ist klar. Doch
offenbar weitaus nicht allen
in Großbritannien — so Mi-
nisterpräsidentin Margaret
Thatcher nicht. Sie streitet
kategorisch den Kausalzu-
sammenhang zwischen den
immer länger werdenden
Schlangen vor den Arbeits-
räumern und der zunehmen-
den Kriminalität ab. Der
„Guardian“ erklärt diese
Haltung. Der Kampf gegen
die Kriminalität, schreibt
er, habe zu den wichtigsten
Wahlkampfversprechungen
der Tories gehört. Wenn
man aber eingesteht, daß
jeder Wirtschaftspolitik die
Kriminalität vergrößert,
dann könnten sich viele
Engländer das bei der
nächsten Wahl anders über-
legen.

W. KSEININ

GESAGT,
WAS ANDERE DACHTEN

„Das japanische Volk... betrachtet
den Staat nur als Objekt der Er-
pressung und Nötigung.“ „Man
muß zur Bildung eines neuen Staats-
bewußtseins beitragen, das mit den
Fragen der Verteidigung verbunden
wäre.“

Ito, Chef des Nationalen Verteidi-
gungsamtes, war in seiner Rede vor
Geschäftsleuten nicht sonderlich
wählerisch in seiner Ausdruckswei-
se, um den Landsleuten seine Ver-
achtung zu demonstrieren. Wie er
sagte, denke das Volk nur an seine
Interessen und sei absolut nicht be-
reit, Opfer für die Militarisierung
des Landes zu bringen. Auch die
Opposition, die sich den Rüstungs-
programmen entgegenstellt, rief Ito
Zorn hervor.

Ito's Amtsvorgänger hatten gleich-
falls provokatorische Erklärungen
und offen militaristische Aufrufe
von sich gegeben und ebenfalls einen
erbitterten Kampf gegen die demo-
kratischen Kräfte geführt, die die
Friedensartikel der Verfassung ver-
teidigen. Doch solche Beleidigungen
des eigenen Volkes hatte sich vor Ito
niemand herausgenommen.

Sozialisten und Kommunisten ver-
langten Ito's unverzüglichen Rück-
tritt. Doch Kabinett und Führung
der LDP wiesen diese Forderung
zurück. Ito selbst sagte, Premiermi-
nister Suzuki habe ihn nicht gerügt.
Miyazawa, Generalsekretär des Ka-
binetts, war ratlos: Es gehe doch nur
um die unpassenden Worte. Was sol-
le eigentlich das ganze Theater? Soll
er sich doch entschuldigen, und da-
mit hat's sich. Schließlich sei der
Verteidigungsamtschef kein Philo-
loge, heißt es in Tokio, das könne von
ihm auch nicht verlangt werden.
Doch im Grunde habe er recht.

Ito brachte die Unzufriedenheit
der Tokioter Führung über die zu-
nehmenden Antikriegsaktionen im
Land zum Ausdruck. In LDP-Orts-
gruppen wird eine „Die Lüge der
antinuklearen Friedensbewegung“
betitelte Broschüre verbreitet.
Hauptthese: Die Friedensbestrebun-
gen des japanischen Volkes seien
ein „Ausdruck der Strategie der So-
wjetunion“. Ito hat ja nichts ande-
res gesagt.

L. MLETSCHIN

DER ZWEITE ANLAUF

Nikolai SERGEJEV

In Versailles tagt Anfang Juni ein Gipfel der sieben führenden Westmächte. Zum achten Male werden sie darüber debattieren, wie die Krise, von der die kapitalistische Welt schon das neunte Jahr gewürgt wird, gemildert werden könnte.

Die Geschichte wiederholt sich. Vor sieben Jahren, Mitte 1975, rüstete man wie jetzt in den führenden kapitalistischen Ländern eilig zu einem Wirtschaftsgipfel. Das war ihr erster Versuch, Maßnahmen zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die jäh akuter geworden waren, festzulegen.

In Schloß Rambouillet bei Paris wurden die Staats- und Regierungschefs der USA, der BRD, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Japans (denen sich später bei solchen Treffen Kanada zugesellte) von der beispiellosen Wirtschaftskrise zusammengeführt, die den Westen an der Wende der Jahre 1973 und 1974 heimgesucht hatte und in gewissem Sinne auch eine Vertrauenskrise war.

Der erste Wirtschaftsgipfel war groß aufgemacht. Die bürgerliche Propaganda bezeichnete seine Erklärung als Programm für die Wiederherstellung der Wirtschaft und die Entwicklung der bourgeois Gesellschaft in den kommenden Jahren. Der Erfolg des gemeinsamen Vorgehens der führenden westlichen Länder werde, so wurde in Rambouillet erklärt, „die ganze demokratische“ (lies: kapitalistische) „Gesellschaft konsolidieren und zum Gedeihen der gesamten industriellen Welt und der Entwicklungsländer beitragen“.

Die Erklärung enthielt auch einen Punkt über eine umfangreiche internationale Zusammenarbeit. Die Teilnehmer des Gipfels schrieben nieder, daß sie „fest entschlossen sind, bis zum Schluß unsere Pflicht zu tun und uns um den Ausbau der internationalen Zusammenarbeit sowie um ein konstruktives Gespräch aller Länder zu bemühen, ungeachtet ihrer verschiedenen ... Gesellschafts- und Staatsordnung“.

Auf dem Papier sah das ganz schön aus. Aber die für den Kapitalismus so schwierigen 70er Jahre wurden vom noch tristeren Anfang der 80er abgelöst. Wie jetzt die bürgerliche Presse einräumt, war der Weg aus Rambouillet nach Versailles ein Weg getäuschter Hoffnungen.

Die kapitalistische Welt erlebte seit Anfang der 70er Jahre die dritte Rezession. Die wirtschaftlichen Realitäten wollten und wollten den Beteuerungen der Kapitäne der führenden kapitalistischen Schiffe

nicht entsprechen, und der Ton der Erklärungen wurde allmählich mit der jeweiligen Wirtschaftslage anders.

Auf der dritten Konferenz in London (1977) behaupteten die sieben Staaten: „Wir haben die notwendigen Maßnahmen zur Lösung der Probleme und zum Erzielen einer gesicherten gedeihlichen Zukunft festgelegt... Wir verpflichten unsere Regierungen, sich hinsichtlich einer Förderung der Wirtschaft bestimmte Ziele zu setzen oder eine Stabilisierungspolitik zu bestimmen.“ Drei Jahre danach, auf der sechsten Konferenz in Venedig (1980), umriß ein Chefdelegierter die Aufgabe viel bescheidener: „Wir sitzen alle im selben Boot, und wir müssen uns über Wasser halten.“ Beim siebenten Wirtschaftstreffen von Juli 1981 war auch die letzte Spur von Optimismus verschwunden: „Wir sind zu einer Zeit ernster Gefährdung des wirtschaftlichen Fortschritts zusammengetreten.“

Nach Rambouillet wurden im Hauptquartier der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), die 24 kapitalistische Industrieländer umfaßt, die Richtlinien aus der ersten Erklärung des westlichen Gipfels in die Sprache der Zahlen übertragen und so ein „Szenario für die wirtschaftliche Entwicklung“ in der zweiten Hälfte der 70er Jahre herausgebracht.

Für 1975–1980 sagte die OECD ein Anwachsen des internen Bruttoprodukts der kapitalistischen Industrieländer um 5,5% jährlich voraus und versuchte sogar, das zu begründen. In der zweiten Hälfte der 70er sollte die kapitalistische Wirtschaft die Krisenerscheinungen nicht nur restlos überwinden, sondern zum Beginn der 80er ein höheres Tempo als in den 60ern angeschlagen haben.

Es kam ganz anders. Die durchschnittliche Zuwachsrate machte kaum die Hälfte der vorhergesagten aus. Mehr noch, nach einer kurzen Belebung im Jahre 1976 ging die Geschäftstätigkeit wieder schnell zurück. Nach Angaben der OECD sank die Zuwachsrate des internen Produkts der 24 Länder zwischen 1976 und 1979 von 4,9 auf 3,4 und bis 1980 auf 1,3%. Voriges Jahr hatte das Wachstum der Wirtschaft in den ka-

pitalistischen Industrieländern faktisch aufgehört.

Gleichzeitig trat in den Ländern Westeuropas eine fast ebenso schwere Rezession wie 1975 ein. In den USA geschah das ein Jahr früher: 1980 schrumpfte die industrielle Produktion um 4%. Nach einer kurzen Belebung zu Anfang 1981 geriet die Wirtschaft der USA wieder in eine Krisensträhne: Von Juli v. J. bis April d. J. erreichte der Produktionsrückgang in der Industrie 8%. Eine bislang unbekannte mehrstufige Rezession ist eingetreten: Der Rückgang des Geschäfts wird nur durch kurze Belebungen unterbrochen, wobei die Produktion keimhaft den vorhergehenden Stand erreicht. Laut Schätzungen bürgerlicher Wirtschaftsexperten wird das Brutto sozialprodukt in den USA 1982 ebenso stark zurückgehen wie 1975. Der damalige Rückgang hatte sich aber, wie die westlichen Spitzenpolitiker behaupteten, „nie mehr wiederholen“ sollen.

Die kapitalistische Weltwirtschaftskrise hat also ihre zweite Runde angetreten. Alle Versuche, das Schwungrad der Wirtschaft in der zweiten Hälfte der 70er Jahre schneller in Gang zu bringen, sind gescheitert, in den ersten 80ern ist es sogar fast ganz stehengeblieben.

Nicht minder verschieden als das „Entwicklungsszenario“ und die wirtschaftlichen Realitäten ist auch die Dynamik der Arbeitsproduktivität in den letzten sieben Jahren. Für die zweite Hälfte der 70er hatte die OECD jährlich einen 4prozentigen Zuwachs bei diesem Faktor prophezeit. In Wirklichkeit machte er nur die Hälfte desjenigen der 60er Jahre aus. In den USA beispielsweise hatte die Arbeitsproduktivität in den 70er Jahren einen um 1,3% geringeren Zuwachs, und dieser hörte dann ganz auf.

Ebenso ging die Auslastung der Industriekapazitäten stark zurück. Ende 1981 war der Rückgang in den USA einer Stilllegung jedes vierten Betriebs gleichzusetzen. Manche Branchen standen schlechter als im Krisenjahr 1975. Selbst in Japan, dessen Wirtschaftslage besser als die der USA und Westeuropas war, lag voriges Jahr ein Fünftel der Kapazitäten still.

In Rambouillet hatte man versprochen, „dem Leerlauf menschlicher Arbeitskraft infolge der Arbeitslosigkeit“ ein Ende zu machen. Gegen Ende 1975 aber gab es in den OECD-Ländern schon 15 Mil-

tionen Arbeitslose, doppelt soviel wie Ende der 60er, Anfang der 70er. Ein unerquicklicher Rekord. Im „Entwicklungsszenario“ der OECD war ein Rückgang des Arbeitslosenheers auf 13 Millionen und danach auf noch weniger vorgesehen: Von 6,5% im Jahre 1975 sollte die „potentielle Arbeitslosigkeit“ im Verhältnis zur beschäftigten Bevölkerung bis 1980 auf 4% sinken. Jetzt läßt man diesen Begriff, der auch die verborgene und teilweise Arbeitslosigkeit einschließt, im Westen überhaupt möglichst unerwähnt.

Wie kann denn auch von einer „potentiellen Arbeitslosigkeit“ die Rede sein, wenn in den USA bis Mai 1982 die amtlich eingetragenen Arbeitslosen schon 9,4% der Arbeitskräfte ausmachen! In der Textilindustrie sind es 15 und im Automobilbau 20% aller Arbeiter. Insgesamt gab es Ende v. J. in den OECD-Ländern 26 Millionen Arbeitslose. Nach Ansicht von OECD-Experten werden es in der zweiten Hälfte d. J. 28,5 und 1983 31 Millionen sein.

Die höchste Arbeitslosenzahl seit der „großen Krise“ der 30er Jahre hat sich direkt auf die materielle Lage der Arbeiterklasse ausgewirkt. Laut Statistik des US-Arbeitsministeriums ist der Reallohn der amerikanischen Arbeiter zwischen 1973 und 1980 um 13% gesunken, voriges Jahr noch um 2%. In derselben Zeit stiegen die Reingewinne von 500 US-Konzernen um mindestens 33%. Das war, um mit der Zeitschrift „Fortune“, einem Organ des Big Business, zu sprechen, weitgehend durch das Aufschaukeln der Inflation möglich, die den Lebensstandard der Werktätigen senkt. Zum siebenten Mal verkündete der Wirtschaftsgipfel in Ottawa: „Die Bekämpfung der Inflation muß unsere vorrangige Aufgabe sein.“

Ihr Aufflackern zu Anfang der 80er Jahre, das die Teilnehmer des Treffens in Rambouillet zu verhüten gelobt hatten, ließ die Preise für Massenbedarfsartikel 1980 um 13 und 1981 fast um noch 11% hinaufschellen.

Die kapitalistische Wirtschaft gerät also seit Mitte der 70er immer tiefer in den Morast der Stagflation, wie die westlichen Wirtschaftsexperten das Gemisch aus Wirtschaftstagnation und Massenarbeitslosigkeit bei stetig zunehmender Teuerung benannt haben.

In früheren Jahren wuchs der kapitalistische Welthandel 1,5–2mal so schnell wie die industrielle Produktion. Er war der dynamischste Bereich der kapitalistischen Weltwirtschaft und dehnte sich sogar zu Zeiten eines überall herrschenden Produktionsrückganges aus, was in gewissem Grade zu dessen Milderung beitrug. Doch 1975

schrumpfte der Export um 5 und der Import um 8%. Die Manifeste gegen die Krise bei den wirtschaftlichen Gipfeltreffen begannen also nicht zufällig von Versprechungen zu wimmeln, den regen internationalen Austausch wiederherzustellen und alle Voraussetzungen für eine Ausdehnung des Handels zu schaffen. Für 1975–1980 sagte die OECD eine reale Zunahme des Exports und Imports der kapitalistischen Industrieländer um 8–8,5% jährlich voraus.

Aber die Hoffnung der kapitalistischen Wirtschaftskapitäne darauf, daß ein Anwachsen des Welthandels die Wirtschaft stimulieren werde, war ebenso illusorisch wie das, was sie im Hinblick auf Beschäftigung und Inflation erreichen wollten. Der Außenhandel der kapitalistischen Industrieländer ließ Ende der 70er Jahre allmählich nach, 1981 hörte er überhaupt zu wachsen auf, und dieses Jahr wird ein Rückgang der Umsätze erwartet. Unter Mißachtung ihrer eigenen Erklärungen und geäußerten Absichten verhängen die führenden kapitalistischen Länder um die Wette Handelsbeschränkungen und Verbote gegeneinander und gegen Drittländer.

Folglich hat die zweite Runde der kapitalistischen Wirtschaftskrise auch den Außenhandel erfaßt. Sein Rückgang hat die Entwicklungsländer am meisten betroffen: Der globale Ölexport ist um 14% und der Export anderer Rohstoffe — der wichtigsten Einkunftsquellen der

Entwicklungsländer aus dem Handel — um 50% zurückgegangen. Die kommerziellen und die Valuta- und Finanzdifferenzen zwischen den drei imperialistischen Machtzentren — den USA, der EG und Japan — haben sich im Konkurrenzkampf auf den Weltmärkten sehr verschärft, sie handeln nach der Devise: „den Nachbarn würgen“. Aber obwohl der Außenhandel schrumpft und entgegen der noch in Rambouillet verkündeten Absicht, die Ost-West-Zusammenarbeit auszudehnen, beabsichtigt Washington, den OECD-Partnern in Versailles neue Schritte zur Einschränkung der Geschäftsverbindungen mit den sozialistischen Ländern aufzunötigen. Die Krisenerscheinungen in der kapitalistischen Wirtschaft treiben also die außenpolitische Aggressivität der reaktionären Kreise noch mehr auf die Spitze und feuern diese noch mehr zur Jagd nach dem Trugbild einer militärischen Überlegenheit über die UdSSR an.

Das alles hat in den Hochburgen des Weltkapitalismus eine derart akute wirtschaftliche und soziale Lage entstehen lassen, daß kein nüchtern denkender Wirtschaftsexperte die Frage, ob am Ende des Krisentunnels Licht zu sehen sei, mit ja beantworten kann. Die zweite Runde der Antikrisentreffen beginnt in Versailles in einer Atmosphäre allgemeiner Niedergeschlagenheit und schärfster Gegensätze der Teilnehmer.

BIOGRAPHISCHES



L. A. Monge Alvarez wurde am 29. Dezember 1925 im Dorf Palmares (Provinz Alajuela) in der Familie eines Bauern geboren. Er studierte an der Universität zu Kostarika und an der Genfer Universität.

Seit Anfang der 40er Jahre beteiligt er sich aktiv an der politischen Tätigkeit und an der gewerkschaftlichen Bewegung. Er wurde wieder-

holt zum Abgeordneten der Gesetzgebenden Versammlung gewählt, nahm an der Ausarbeitung der heute geltenden Verfassung von 1949 teil.

In den 50er/60er Jahren arbeitete er im Sekretariat der Internationalen Arbeitsorganisation, in der UNO und in anderen internationalen Organisationen. Er war Minister beim Präsidenten Kostarikas, Botschafter in Israel sowie Vorsitzender der Gesetzgebenden Versammlung.

L. A. Monge Alvarez ist einer der Gründer der Partei der Nationalen Befreiung (PLN) und war ihr Generalsekretär von 1967 bis 1979. Bei den Wahlen im Jahre 1978 kandidierte

er für den Posten des Staatspräsidenten.

Am 7. Februar 1982 wurde er zum Präsidenten Kostarikas für die Jahre 1982–1986 gewählt. Am 8. Mai nahm er seine Funktion auf.

L. A. Monge Alvarez tritt für die Überwindung der schweren wirtschaftlichen Lage des Landes, für die Festigung der Verfassungsordnung ein. Er erklärte, daß seine Regierung eine Politik des Friedens betreiben, Beziehungen zu den anderen Ländern auf der Grundlage der Prinzipien der gegenseitigen Achtung fördern wird. Der neue Präsident betonte, daß Kostarika die Absicht hat, normale Beziehungen mit Nikaragua zu unterhalten.

50 JAHRE WIRKEN FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT



Am 28. Mai begeht die Handels- und Industriekammer der UdSSR ihren 50. Jahrestag. Unser Korrespondent Nikolai Schimmel bat den Präsidiumsvorsitzenden der Kammer Boris BORISSOW, über die Geschichte dieser Organisation, ihre Aufgaben und ihre Tätigkeit zu berichten.

Wodurch war die Gründung der Kammer vor einem halben Jahrhundert bedingt?

Vor allem durch die Notwendigkeit, die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der UdSSR beschleunigt auszubauen: Damals begann unser Land mit der sozialistischen Industrialisierung und der Schaffung eines starken Industriepotentials. Auch der Außenhandel der UdSSR wuchs in jenen Jahren erheblich, denn einerseits erweiterten sich unsere Exportmöglichkeiten, andererseits aber wuchs der Bedarf am Import ausländischer Ausrüstungen. Sie waren nötig, um den sowjetischen Maschinenbau zu schaffen und die Wirtschaft technisch neu auszurüsten. Die Allunionshandelskammer (1972 wurde sie in Handels- und Industriekammer der UdSSR umbenannt) wurde denn auch gegründet, um die Beziehungen der UdSSR zu anderen Staaten in Handel, Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik zu fördern. Es sei daran erinnert, daß diese Beziehungen unter den schweren Bedingungen der kapitalistischen Umkreisung der UdSSR angebahnt wurden. Die imperialistischen Kreise verhöhnten unsere Pläne, die der Welt damals unerfüllbar schienen, und taten alles, um die Entwicklung der UdSSR zu einem starken Industriestaat zu verhindern.

Welche Wirkungsbereiche hatte die Kammer in jener Anfangszeit?

Eine Hauptrichtung waren von Anfang an sowjetische Ausstellungen im Ausland. Ihr Charakter änderte sich mit der Entwicklung der Wirtschaft. In den ersten Jahren zeigten wir der Welt unsere herkömmlichen Exportwaren: Nutzholz, Erdöl, Erze, Kohle und andere Rohstoffe, aber mit jedem neuen Planjahrhundert erweiterte sich das

Sortiment, das die sowjetische Industrie dem Weltmarkt anbot. Hinzu kamen Traktoren, Land-, Werkzeugmaschinen und verschiedene Ausrüstungen.

Vor dem Krieg trug die Handelskammer auch dazu bei, Geschäftskontakte zwischen sowjetischen Außenhandelsvereinigungen und ausländischen Firmen herzustellen, begutachtete Import- und Exportwaren, beteiligte sich an Außenhandels- und Seehandelschiedsgerichten, führte eine Informations- und Verlegertätigkeit durch. Ende der 30er Jahre wurde bei der Kammer eine Patentabteilung gegründet. Sie patentierte ausländische Erfindungen in der UdSSR und sowjetische Erfindungen im Ausland. Heute sorgen wir auch für den Schutz der Urheberrechte und der Interessen der sowjetischen Vereinigungen vor ausländischen Schiedsgerichten.

Berichten Sie bitte etwas ausführlicher über die Ausstellungen der Kammer. Das ist um so interessanter, als sie allen zugänglich sind.

Wir begannen mit sowjetischen Ausstellungen im Ausland schon vor dem Krieg. Am bedeutendsten waren damals die Expositionen bei den Weltausstellungen in Paris 1937 und New York 1939. Sie veranschaulichten vielen Menschen die sowjetischen Errungenschaften jener Jahre. Außerdem beteiligte sich die UdSSR praktisch ständig an den internationalen Messen in Leipzig, Paris, Lyon und Mailand.

Nach dem Krieg begannen wir ausländische und dann auch internationale Ausstellungen in der UdSSR zu veranstalten. Dazu gründete die Kammer die Unionsvereinigung „Expocentr“ in ihrem Rahmen. Bei den in den letzten 18 Jahren durchgeführten internationalen zweigebundenen und spezialisierten Ausstellungen demon-

strierten Firmen und Organisationen aus 43 Ländern und Westberlin ihre Erzeugnisse. Vertreten waren faktisch alle Industrie- und Wissenszweige. In diesem Jahr wird „Expocentr“ seine 250. internationale Ausstellung veranstalten. Allein 1981 fanden in der UdSSR 25 internationale Ausstellungen unter Beteiligung von 4277 Firmen aus mehr als 30 Ländern statt. Auch 464 sowjetische Betriebe stellten aus. Früher wurden die Ausstellungen hauptsächlich in Moskau und Leningrad, 1981 aber schon in 31 sowjetischen Städten organisiert.

Die Zahl sowjetischer Expositionen in anderen Ländern wächst wohl ebenfalls?

Ja, sogar beträchtlich. In den 40er Jahren wurden im Jahresdurchschnitt 5 Ausstellungen durchgeführt, jetzt sind es bis zu 30. Außerdem beteiligt sich die UdSSR ständig an den internationalen Handelsmessen in Brno, Budapest, Zagreb, Plozd, Poznań, Algier, Damaskus, Izmir u. a. Regelmäßig finden sowjetische nationale Ausstellungen im Ausland statt. In den 50 Jahren machten sie rd. 640 Millionen Besucher mit unseren Errungenschaften auf allen Gebieten der Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur und mit unserer sozialistischen Lebensweise bekannt.

In diesem Jahr veranstalten wir eine große nationale Ausstellung in Düsseldorf (BRD). Ferner werden wir in der DDR, in Polen, der ČSSR, Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, Algerien, der Türkei und anderen Ländern ausstellen.

Betont sei auch das rein Geschäftliche. Die Ausstellungen helfen der Industrie, den Grad der Konkurrenzfähigkeit der sowjetischen Waren festzustellen, und geben Aufschluß über die Entwicklungstendenzen einzelner Industriezweige und über die Konjunktur auf den Auslandsmärkten.

Welche internationalen Ausstellungen stehen in der UdSSR 1982 bevor?

Es sind drei große Zweigaustellungen — „Inlegmash“, die am 20. Mai eröffnet wurde, die „Electro“ und die „Chemie“ — sowie 14 spezialisierte Ausstellungen.

Stimmen die kapitalistischen Länder der Durchführung sowjetischer Ausstellungen dort stets gern zu?

Nun, ich denke nicht, daß sie es sich angelegen sein lassen, die Errungenschaften des Landes des siegreichen Sozialismus zu popularisieren. Aber Handel und Wirt-

schaftsbeziehungen beruhen auf gegenseitigem Nutzen, und die Geschäftskreise der kapitalistischen Länder sind daran nicht weniger als wir interessiert. Deshalb stoßen wir sehr selten auf Hindernisse für unsere Ausstellungen. So wollte uns seinerzeit US-Präsident Carter solche Hindernisse bereiten. Aber nur Australien gab seinem Druck nach, so daß unsere Ausstellung dort nicht stattfand. Allerdings mußte es uns dafür eine erkleckliche Vertragsstrafe zahlen.

Sie sprachen vom Patentschutz für sowjetische Erfindungen. Welchen Umfang hat diese Arbeit?

Die sowjetischen Betriebe und Forschungsstätten patentieren heute Erfindungen in 60 Ländern. Dabei führten wir diese Arbeit erst vor einem Vierteljahrhundert nur in 12 Ländern durch. Über unsere Kammer werden alljährlich rd. 3500 Patentanmeldungen für sowjetische Erfindungen und Anmeldungen für die Eintragung von Warenzeichen ins Ausland gerichtet. Im vorigen Jahr erteilten wir 54 Ländern rd. 3000 Patente für sowjetische Erfindungen. Ebenfalls 1981 richtete die Kammer über 2600 Patentanmeldungen von Firmen aus 41 Ländern an das Staatliche Komitee für Erfindungswesen. Insgesamt werden im Ausland beinahe 21 000 Patente für sowjetische Erfindungen und in der UdSSR etwa 12 000 Patente ausländischer Firmen geschützt.

Die Patentierung von Erfindungen ist sehr wichtig, geht es doch dabei um die neuesten wissenschaftlich-technischen Erkenntnisse. Das fördert die Qualität und Konkurrenzfähigkeit von Erzeugnissen der sowjetischen Betriebe und hilft uns, im Ausland die besten Ausrüstun-

gen und das modernste Know-how auszuwählen.

Kommt es vor, daß ausländische Firmen unsere Patentrechte verletzen?

Doch, wenn auch nicht oft. Wir passen da genau auf. Dazu zwei Beispiele. Das Institut für organische Synthese der AdW der Lettischen SSR entwickelte das wirksame Präparat Phthorafurum. Es wurde in mehreren Ländern, darunter in Japan, patentiert. Das Präparat erfreute sich großer Nachfrage, worauf einige japanische Firmen es reproduzierten und in den Verkauf brachten. Wir protestierten dagegen, riefen die Gerichte an und setzten letzten Endes unser Recht durch. Der Absatz von Phthorafurum sowjetischer Herstellung wurde in Japan und anderen Ländern gewährleistet.

Ein anderes Beispiel. Die österreichische Firma Gebrüder Böhler begann insgeheim mit Produktion und internationalem Absatz von Ausrüstungen für elektrisches Unterschlackeschweißen, die am Paton-Institut für Elektroschweißen der AdW der Ukrainischen SSR erfunden und patentiert worden war. Wir erhoben Klage in Österreich und Ländern, wo die Ausrüstungen abgesetzt wurden. Das Gericht ließ die Firma unserer Seite einen recht hohen Schadenersatz zahlen.

Bekanntlich wurde in Moskau vor kurzem ein Zentrum für internationalen Handel und wissenschaftlich-technische Beziehungen zum Ausland gebaut. Womit befaßt sich das Zentrum?

Es hat mehrere Funktionen. Die im Rahmen unserer Kammer 1979 gegründete Vereinigung Sovincentr hilft ausländischen Vertretungen, Firmen, Banken und Geschäftsleuten bei der Herstellung von Geschäftskontakten zu Vertretern des sowjetischen Außenhandels und bei der Erforschung des sowjetischen Marktes. Ihren Vertretern werden zahlreiche Dienste erwiesen und diverse kommerzielle, wirtschaftliche und sonstige Informationen zur Verfügung gestellt. In diesem Zentrum können sie stets die neuesten Ausgaben des „Informationsammelbandes der Handels- und Industriekammer der UdSSR“, der „Übersicht der Neuheiten der Handels- und Industriekammer der

UdSSR“ sowie die Publikation „Internationale und ausländische Ausstellungen in der UdSSR“ erhalten. Dort gibt es auch Informationsbulletins der Verwaltung für Warengutachten und verschiedene Werbeprospekte.

Das Moskauer Zentrum ist noch relativ neu, aber dort wurden schon zahlreiche Treffen, Seminare, Konferenzen und Ausstellungen unter Teilnahme von Vertretern der Geschäftskreise vieler Länder abgehalten. Zuerst versuchten einige amerikanische und andere westliche Firmen, das Zentrum zu boykottieren, sahen aber bald die Aussichtslosigkeit dieses Unterfangens ein. Im Juni 1981 fand in unserem Zentrum die 12. Vollversammlung der Assoziation der Welthandelszentren statt. Daran beteiligten sich über 300 Vertreter aus 40 Ländern.

Unsere Kammer unterhält Verbindungen mit den Partnerorganisationen von mehr als 80 Ländern, darunter mit 50 auf langfristiger Grundlage in Form gemischter Handelskammern, bilateraler Komitees und auf der Basis von Abkommen über die Zusammenarbeit. In 12 Ländern bestehen ständige Vertretungen unserer Kammer.

Nach Ihren Ausführungen zu urteilen, muß die Tätigkeit der Kammer wesentlich zum Ausbau des Außenhandels, zur wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der UdSSR mit anderen Ländern beitragen.

Wie wir arbeiten, sollen andere beurteilen. Doch können wir darauf stolz sein, daß die Tätigkeit der Kammer gewöhnlich mit der Entwicklung des sowjetischen Außenhandels Schritt hielt. Belief sich der Außenhandelsumsatz der UdSSR 1946 auf rd. 1,3 Md. Rubel, so waren es 10 Jahre später 5mal soviel, 1970 betrug er über 22 Md. Rubel, 1980 über 94 Md. und 1981 beinahe 110 Md. Rubel — all das trotz Boykott, Sanktionen und sonstigen Wühlaktionen der reaktionärsten Kräfte des Westens.

Wir folgen in unserer Arbeit dem Hinweis des XXVI. Parteitages der KPdSU, der betonte, wie enorm wichtig es ist, die wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen zu anderen Ländern auszubauen und die für alle Beteiligten nützliche internationale Arbeitsteilung für die UdSSR rationell zu gestalten. Das ist der prinzipielle Kurs der UdSSR, der das Streben der sowjetischen Außenpolitik nach Frieden, größerer Entspannung und Völkerverständigung widerspiegelt.

Moskau. Zentrum für internationalen Handel und wissenschaftlich-technische Beziehungen zum Ausland

Foto TASS



MÜTTER FÜR DEN FRIEDEN

Prof. Soja MALKOWA

Schon bei den ersten Begegnungen, Gesprächen und Fragen, die an uns, Mitglieder einer Delegation des Komitees der Sowjetfrauen, gerichtet wurden, spürte man die gespannte politische Lage in Großbritannien.

Albion macht schwere Zeiten durch. Die Inflation bricht in das Leben jeder Familie ein und zerstört die Stabilität, auf die die Briten so stolz waren. „Jetzt müssen wir alle uns als Wirtschaftswissenschaftler ausbilden lassen, um noch irgendwie über die Runden zu kommen“, scherzen sie. „Um nicht bankrott zu gehen, müssen wir genau wissen, wie voll wir die Badewanne laufen lassen können und ob wir häufiger als einmal die Woche Fleisch oder Butter kaufen können.“

Doch die Hauptaufmerksamkeit der Briten gilt jetzt der Erhaltung des Friedens. Die US-Militaristen wollen die Inseln in ihre Nuklearbasis verwandeln.

Und die Tories unter Margaret Thatcher unterstützen entgegen den nationalen Interessen die amerikanischen Pläne. Überdies lassen sie sich selbst in militärische Abenteuer ein. Und junge Briten sterben Tausende Kilometer von der Heimat entfernt.

Die Friedensbewegung in Großbritannien hat jetzt große Dimensionen angenommen. In der Kampagne für nukleare Abrüstung, die verschiedene Organisationen vereint, sind alle Bevölkerungsschichten — Lords und Studenten, realistisch denkende Tories und Liberale, Labouranhänger und Kommunisten, Parlamentsabgeordnete und Einwohner ferner Ortschaften — vertreten.

Frauen wirken aktiv in der Bewegung mit. Sie haben das Vereinigte Komitee der Frauenorganisationen für den Frieden gebildet.

Zwei 85jährige Engländerinnen über-

trugen ihr Vermögen an die Organisation „Mütter für den Frieden“, was die Reise von sechs britischen Müttern in die UdSSR ermöglichte. Sie besuchten Moskau, Kiew, Leningrad und trafen mit sowjetischen Menschen in Betrieben, Universitäten, Schulen und Familien zusammen.

Im Mai statteten sowjetische Mütter Großbritannien einen Gegenbesuch ab. Zugleich lud die Organisation „Mütter für den Frieden“ auch Mütter aus der USA ein. Wir besuchten Südengland, Schottland, Wales und Yorkshire und hatten auf unserer ganzen Fahrt Begegnungen mit lokalen Friedensgruppen. „Eltern für das Überleben“, „Liga für Frieden und Gerechtigkeit“, „Ärzte für nukleare Abrüstung“ und „Mütter für den Frieden“ — all diese Gruppen haben Sektionen in großen und kleinen Städten. Unsere Gesprächspartnerinnen berichteten von Kundgebungen, von Briefen an das Parlament. Sie verbreiten Informationsbroschüren über die Gefahren eines Nuklearkrieges, halten Vorträge, führen Filme vor, entwerfen Flugblätter und Plakate.

...Durch Peebles, eine Kleinstadt in Schottland, fließt die Tweed. Sie hat dem bekannten Tweedstoff ihren Na-

KINDER BRAUCHEN FRIEDEN

Jelena KNORRE

„Du solltest dieses Lager einmal mit eigenen Augen sehen. Worte können das nicht vermitteln... Einfache Frauen — Hausfrauen, Mütter mit Kindern und Großmütter — hausen jetzt bereits viele Monate in Zelten und Wohnwagen. Sie halten eine Mahnwache vor US-Nuklearstützpunkten. Und dieser Winter war bei uns kalt und schneereich. In London froren viele in den Wohnungen. Diese Menschen aber campen in leichten Zelten, in offenem Gelände. Und immer mehr Gleichgesinnte schließen sich ihnen an.“

Connie Seifert berichtet mit bewegter Stimme, fast zu Tränen gerührt. Unwillkürlich überträgt sich ihre Rührung während meiner ganzen Informationsreise zu progressiven Frauenorganisationen und -bewegungen Großbritanniens auf mich.

Hunderte neue Freunde habe ich gefunden, die sich selbstlos für den Frieden engagieren. Wir trafen mit Dina Aldridge, der Gattin des bekannten Schriftstellers, und mit Hilda Wyatt zusammen. Sie berichteten von der fast 20jährigen Tätigkeit des Komitees für medizinische und wissenschaftliche Hilfe an Vietnam, Laos und Kampuchea. Während der



US-Aggression gegen Vietnam hatte Dina Aldridge das Komitee mit Unterstützung des Labourparlamentsabgeordneten René Short, von Wissenschaftlern und Kirchenvertretern mit eigenem Geld und Privatspenden gegründet. Anfangs schickten sie Antibiotika und andere teure Medikamente an vietnamesische Kinder und Mütter. Die Zahl der Förderer des Komitees nahm zu, es stellte internationale Verbindungen her und festigte die Kontakte zu vietnamesischen Medizinerinnen und Regierungsmitgliedern. „Zweimal traf ich mit Präsident Ho Chi Minh zusammen“, berichtete Dina stolz. Seit 1967 hat das Komitee systematisch mit Blutkonserven für Verwundete und vietnamesische Opfer von US-Bombenangriffen geholfen.

„Nicht leicht wurde uns jeder Schritt gegeben“, erinnerte sich Dina. „Eine unabhängige Blutspender-

vereinigung war aufzubauen. Wir spendeten natürlich in erster Linie unser eigenes Blut, klärten die Jugend, die Studenten auf. Kompliziert war auch der Transport des Bluts, doch wir schickten an die 2000 Liter nach Vietnam. Nach dem Volkssieg haben wir unsere Anstrengungen auf das Schicken von Medikamenten, Milch, Kindernahrung und medizinischer Fachliteratur nach Vietnam, Kampuchea und Laos konzentriert. 2000 freiwillige Helferinnen stricken für unsere kleinen Schützlinge. Wir helfen Kindern, Bomben- und Kriegsopfern, Invaliden, Blinden und Gelähmten.“

„Unsere Arbeit hat noch einen weiteren, nicht weniger wichtigen Aspekt“, meinte Hilda. „Ich denke da an die internationale Solidarität, an wirksame praktische Hilfe. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß die einfachen Menschen verschiedener Länder gemeinsam über ihre Sorgen und Nöte sprechen müssen. So wird Vertrauen aufgebaut.“

Diesen Gedanken äußerten in London fast alle, mit denen ich länger sprach. Er wurde auch auf der Versammlung im Unterhaus klar und deutlich formuliert, zu der Führer und Vertreter von Antikriegs- und Antinuklearorganisationen aus ganz Großbritannien am Abend des 8. März zusammenkamen. Sie sprachen von der Notwendigkeit, einander besser zu kennen, die Wahrheit über die Ziele und Absichten der Menschen, über ihre leidenschaftliche Ablehnung des

men gegeben. In der Webabteilung der dortigen Tuchfabrik stellte sich Ljubow Parfjonowa, eine Textilarbeiterin aus Kalinin, zusammen mit einer schottischen Kollegin an die Werkbank. Wir erklären, daß Ljubow Held der Arbeit ist und für ihre Arbeitserfolge eine hohe Regierungsauszeichnung erhalten hat.

Bei den Begegnungen ging es immer wieder darum, wie unsere Erde, wie die Kinder, die Familien vor einem neuen entsetzlichen Krieg geschützt werden können. Doch für unsere Gesprächspartnerinnen war es nicht leicht, durch die unzähligen von Presse und TV im Westen verbreiteten Desinformationen über die Sowjetunion zur Wahrheit zu finden. Wir berichteten, daß die Sowjetregierung in den letzten Jahren über 100 Vorschläge zur Beendigung des Wettrüstens unterbreitet hat. Sehr aufmerksam lassen sich unsere Gesprächspartnerinnen von der Friedensbewegung in der UdSSR berichten.

Gemeinsam sangen wir „Immer lebe die Sonne...“ und „We shall live in peace“.

Besonders interessant waren die Be-

gegnungen mit Kindern und Jugendlichen. In einer Schule in Leeds bedrängten uns Schüler der Oberklassen über zwei Stunden mit Fragen.

Was wissen die Schüler über die Sowjetunion? Sehr wenig, gestehen unsere Gesprächspartner, Mütter und Lehrer, ein. Die Kinder haben eine unklare Vorstellung vom Leben der sozialistischen Gesellschaft, der sowjetischen Geschichte, lesen keine russische und sowjetische Literatur. Unkenntnis ist der ideale Nährboden für Desinformationen und diverse Erfindungen, von denen Schulbücher wie Zeitungen nur so strotzen.

Die Kinder sind unser aller Zukunft. Viel hängt davon ab, wie sie erzogen werden: im Geiste der Freundschaft und des gegenseitigen Verständnisses oder aber des Hasses, des Mißtrauens und des Nationalismus.

Mit diesem Problem wurden wir oft konfrontiert. Wir tauschten mit britischen und amerikanischen Kollegen pädagogische Erfahrungen aus. Delegationsmitglieder berichteten von Klubs der internationalen Freundschaft, von internationalen Jugendlagern, dem obligatorischen Erlernen einer Fremdsprache in den sowjetischen Schulen

und von der Beteiligung der Schüler an der Friedensbewegung.

Bei ihnen sei alles schwieriger, sagten die amerikanischen und britischen Mütter. Einige enthusiastische Lehrer versuchen in der Schule, von der Sinnlosigkeit und Gefährlichkeit des Wettrüstens zu sprechen. Dafür muß man Mut haben. Friedenserziehung wird von der Schulleitung skeptisch betrachtet, für solche Aktivitäten kann man seine Stelle verlieren.

Doch das Gewissen erlaubt es nicht zu schweigen. Eine amerikanische Lehrerin berichtete, daß Kinder ihrer Klasse an einer Friedensdemonstration teilnahmen, daß sie gern Briefe Freunde in der Sowjetunion hätten.

Wir verlangen von der Abrüstungs-sondertagung der UNO-Vollversammlung konkrete Maßnahmen, die zu einer Festigung des Weltfriedens und zur Beendigung des Wettrüstens führen würden. Einen solchen Brief sandten sowjetische, amerikanische und britische Mütter, bewegt von der gemeinsamen Sorge um das Wohl ihrer Kinder, ihrer Familien, nach New York.

Kurses der militaristischen Kreise zu kennen.

Joan Ruddock von der Labour Party, eine elegante junge Frau, die kürzlich Vorsitzende der größten und stürmisch wachsenden Bewegung Großbritanniens, der Kampagne für nukleare Abrüstung, wurde, äußerte berechnete Empörung über die Taktik der Ignorierung oder, was noch schlimmer ist, der Verdrehung der Wahrheit, die die Massenmedien,

besonders das Fernsehen Großbritanniens, gegenüber den Aktionen der Friedensanhänger verfolgen.

Ein charakteristisches Beispiel: Die neue, immer stärker werdende Bewegung der „Frauenfriedenslager“ entstand im Grunde gerade dadurch, daß die offizielle Presse die wahren Sorgen der Briten verschweigt.

Als im August v. J. 50 Frauen mit ihren Kindern 110 Meilen (198 km) von Cardiff zum US-Militärstützpunkt in Greenham Common marschierten, wo im kommenden Jahr Cruise Missiles stationiert werden sollen, wollten sie anfangs eine Erklärung von der Regierung verlangen.

„Wir wollten nur allen unsere Angst vor der zunehmenden nuklearen Bedrohung zeigen“, erklärte später Alison Jinks, Mitgründerin des Lagers. „Wir trugen Plakate ‚Frauen für das Leben auf Erden‘ und am Stützpunkt selbst überreichten wir dem Kommandanten die Forderung, eine Fernsehdiskussion zwischen Regierungsvertretern und Abrüstungsanhängern zu veranstalten. Eben das war das Hauptziel des Marsches. Doch die Massenmedien ignorierten ebenso wie die politische Spitze unsere Forderungen und überhaupt uns völlig. Da entschlossen wir uns zu einer überzeugenderen Aktion. Wir schlugen ein Zeltlager des Friedens gegenüber dem Haupteingang von Greenham Common auf und werden hier so lange campen, bis wir unser

Ziel erreichen. Uns helfen dabei immer mehr Menschen im ganzen Land. Unser Lager ist zu einem Symbol des Kampfes gegen die Bomben geworden...“

Jetzt gibt es neue Lager vor US-Stützpunkten, obgleich die Regierung harte Maßnahmen ergreift, um diese Bewegung zu stoppen und Friedenslager zu verbieten.

...Kathleen Tacchi-Morris, ehemalige Ballerina mit einer Fußverletzung, opfert all ihre Zeit dem Friedenskampf. Der Präsident und Gründer der Organisation für weltweite Abrüstung, sie und Eileen Bernal, die Witwe des bekannten Wissenschaftlers John Bernal, unterstützen nach Kräften die auf ihre Initiative entstandenen Bewegungen „Familien gegen Bomben“ und „Kinder gegen Bomben“.

„Die Stimmen jeder von uns allein würden von niemandem gehört werden. Doch wenn wir unsere Stimmen zum Protest vereinen, können sie nicht mehr ignoriert werden“ — das ist ihre Devise.

„Wir wählen das Leben, nicht aber den Nukleartod. Unsere Kinder sollen nicht die letzte Generation Erdenbürger sein“ — unter solchen Aufrufen finden Demonstrationen statt, werden Unterschriften gesammelt. Die Einwohner der britischen Inseln wollen zur Politik der Bomben auf der zweiten Abrüstungs-sondertagung der UNO-Vollversammlung ein entschiedenes nein sagen.

Einladung zur Versammlung der Öffentlichkeit im Unterhaus zur Unterstützung der zweiten Abrüstungs-sondertagung der UNO

UNITED NATIONS ASSOCIATION AND WOMEN FOR WORLD DISARMAMENT

**OUR CHILDREN
MUST NOT BE
THE LAST
GENERATION**

A Public Meeting on 8th March 1982
at the Grand Committee Room,
House of Commons at 7.30 pm.
Questions will be invited. Come and
pledge your support for the UN
Second Special Session on
Disarmament, June 1982.

SPEAKERS Renée Short MP
Malcolm Harper ... Director, UNA
Lord Farmer ... Secretary
Felicity Baker ... UNA Sec Gen, GDR
Friedrich Jentsch ... Joan Ruddock ... CND
and guest speakers from the Soviet Union
Gordon Schaffer

CHAIR

ADMISSION FREE ALL WELCOME

FOR WORLD DISARMAMENT Founder: Mrs. Kathleen Tacchi-Morris
Hon. Secretary: Eileen Bernal, 25 Barkhway, Barkhway Street, London NW11 3LR, England

PUPPEN UND PUPPENSPIELER IM ANTIKAMPUCHEANISCHEN SPEKTAKEL

Juri KUSMITSCHOW

Die in Peking ersonnene Operation zur Vereinigung der drei Gruppen von Khmer-Konterrevolutionären, um eine „Koalitionsregierung“ des schon seit langem nicht mehr bestehenden „Demokratischen Kampuchea“ zu bilden, konnte wie erwartet bislang nicht abgeschlossen werden. Alle Versuche, diesen von der US-Administration und der Reaktion in den ASEAN-Ländern unterstützten Plan der chinesischen Führung zu verwirklichen, scheitern. Die Gründe dafür liegen viel tiefer als nur im Gerangel um die Posten der Führer der Konterrevolutionäre, von Marionetten, mit denen niemand ernsthaft rechnet. In dem Gezerr um die Bildung einer „Koalition“ aus den Henkern und Verrätern des kampucheanischen Volkes sind wohl eher jene realen Widersprüche ihrer Drahtzieher hervorgetreten.

Erstens braucht Peking eine solche „Koalition“ nur als Tarnung für die blutbefleckte prochinesische Clique Pol Pot—Ieng Sary—Khieu Samphan mit Emigrantengruppen des Ex-Prinzen Sihanouk und des Ex-Premiers Son Sann, die sich nach Westen orientieren. Die tatsächliche Führung der „Koalition“ aber will man in Peking nicht an irgendwen abtreten. Obgleich US-Außenminister Haig bei seinem vorjährigen Besuch in der chinesischen Hauptstadt auch von einer „Übereinstimmung der strategischen Interessen“ der USA und Chinas sprach, verfolgt jeder der Partner letztlich seine eigenen Ziele.

Zweitens vertrauen die führenden Politiker der fünf Länder der Vereinigung südostasiatischer Nationen (ASEAN) Peking nicht. Sie sind sich der Gefahr der chinesischen Expansion bewußt. Überdies spüren sie auch jetzt ständig in ihren Ländern aus Peking gelenkte subversive Aktivitäten. Indem sie in der geplanten „Koalition“ die kompromittierte Pol-Pot-Bande in den Hintergrund drängen, wollen sie im Grunde eine Verstärkung des Einflusses der Pekinger Herren dieser Bande nicht nur auf die „lokale“ antikampucheanische Operation, sondern auch auf die Region insgesamt verhindern.

Es gibt noch einen anderen, nicht weniger wichtigen Grund, weswegen die „Koalition“ der Feinde des

kampucheanischen Volkes einstweilen nicht zustande gekommen ist.

In den ASEAN-Ländern verstärkt sich immer mehr der Trend für einen Dialog mit den drei Staaten Indochinas — Vietnam, Laos und Kampuchea. In politischen und gesellschaftlichen Kreisen der ASEAN versteht man immer besser, daß für eine Gesundung der Lage in Südostasien die Beziehungen zwischen den beiden Ländergruppen der Region normalisiert werden müssen. Dafür aber ist alles zu vermeiden, was zu einer Aufrechterhaltung der Spannungen beiträgt und die Anbahnung von Beziehungen der guten Nachbarschaft und der Zusammenarbeit stört. Das künstliche Hochspielen der inexistenten „Kampuchea-Frage“ und das Zusammenzimmern der berichtigten „Koalition“ — dieses, wie sich die indonesische Zeitung „Merdeka“ ausdrückte, „Bündnis des Tigers, der Kobra und des Schakals“ — sind gerade das Haupthindernis hierbei. Ebendeshalb läßt selbst in Regierungskreisen der meisten ASEAN-Länder das Interesse an Pekings und Washingtons Unterfangen spürbar nach.

Die Stimmungen gegen eine fortgesetzte Unterstützung der Pol-Pot-Vertretung in der UNO werden auch in einigen westeuropäischen und anderen Ländern stärker. Ob manche Regierungen das wollen oder nicht — die Weltöffentlichkeit überzeugt sich immer mehr von der Lebensfähigkeit der VR Kampuchea. Die Bevölkerung unterstützt die Veränderungen im Land, und das Volk ist fest entschlossen, eine Rückkehr weder der blutbefleckten Pol-Pot-Clique noch der anderen Verräter der nationalen Interessen zuzulassen.

Immer lauter sind in der Welt Stimmen zu vernehmen, die verlangen, die Gerechtigkeit wiederherzustellen und die Pol-Pot-Vertreter aus der UNO zu vertreiben. Eine solche Wendung beunruhigt die chinesische Führung, die US-Administration und die reaktionärsten Kreise einiger ASEAN-Länder, insbesondere Thailands und Singapurs. Eben dadurch erklärt sich die erneute Aktivierung ihrer Anstrengungen, um die Khmer-Konterrevolutionäre zusammenzuführen und wieder Lärm

über die „Kampuchea-Frage“ zu schlagen.

Anfangs erhielten die Marionetten selbst das Wort. Mitte April erklärte Norodom Sihanouk: „Ich stimme einem Gipfeltreffen in der Hauptstadt eines beliebigen ASEAN-Landes oder in einer beliebigen anderen Stadt zu. Ich bin bereit, persönlich an einem solchen Gipfeltreffen teilzunehmen, wenn es China oder in Nordkorea stattfinden wird.“ In der zweiten Aprilhälfte besuchte Son Sann einige ASEAN-Hauptstädte. Anschließend stattete US-Vizepräsident George Bush, der dann auch China aufsuchte, Singapur einen Besuch ab. In einer Rede in Singapur entwickelte Bush die üblichen US-Thesen: von einer Vereinigung der Anstrengungen der Länder des Pazifik-Raums zum „Widerstand gegen die kommunistischen Staaten“, von der Entschlossenheit Washingtons, seine militärischen Kräfte in dieser Region zu verstärken und zugleich den „Pazifik-Staaten bei der Hebung ihrer Verteidigungsfähigkeit zu helfen“. Der US-Vizepräsident sagte ferner, die Vereinigten Staaten würden auch in Zukunft der ASEAN bei der Lösung der „Kampuchea-Frage“ fol-



Am 1. Juni wird Westsamoa 20. Jahrestag seiner Unabhängigkeit begehen. Auf diesen Tag werden die Feierlichkeiten aus klimatischen Gründen verlegt. Im Groll der 20. Jahrestag dieses kleinen Inselstaates im Südwestpazifik (Fläche 2800 km², Bevölkerung 160 000) auf den Jahresanfang. Selbständigkeit Westsamoa war am 1. Januar 1962 proklamiert worden. Als erster Staat Ozeaniens verwarf Westsamoa die Herrschaft der Kolonialherren ab.

Der Samoa-Archipel war seit langem Gegenstand von Rivalitäten imperialistischer Mächte — Deutschlands, Großbritanniens und der USA. Ende des 19. Jh. errichteten sie ein gemeinsames Protektorat, und 1914 wurde der Westteil des Archipels

gen. Wer da wem zu folgen hat, ist im Grunde verständlich. Nach diesem Signal auf hoher Ebene begannen die hektischen Aktivitäten für eine „Koalition“ wieder.

Meldungen der bürgerlichen Nachrichtenagenturen zufolge soll bereits eine Vereinbarung erzielt worden sein, die „Führer“ der drei Gruppierungen der Feinde des kampucheanischen Volkes im Mai in Malaysia zu versammeln und die „Koalitionsregierung“, wenn diese letztlich gebildet wird, in Singapur zu installieren. Mitte Mai reiste der thailändische Außenminister Savetsila nach Peking.

Der Mai ist bald zu Ende, doch das „Gipfeltreffen“ von Kuala Lumpur, wie Sihanouk es bezeichnete, hat nicht stattgefunden. Hatte ja auf ihm eine „Koalitionsregierung“ gebildet werden sollen, um auf der im Juni bevorstehenden Beratung der ASEAN-Außenminister in Singapur weitere Schritte der Staatengruppe zur „Kampuchea-Frage“ zu erörtern. So könnte man die Regierungen jener ASEAN-Länder, die jetzt viel geringeres Interesse an einer Teilnahme als deren Kollegen aus Thailand und Singapur demonstrieren, tiefer in das antikampucheanische Abenteuer verstricken.

Verständlich sind auch Überlegungen, Malaysia zum Treffpunkt der kampucheanischen Konterrevolutionäre zu wählen. Hatte ja die Führung dieses Landes vor einiger Zeit eine mögliche Revision ihrer Haltung bei der Unterstützung der Pol-Pot-Vertretung in der UNO angekündigt. Das Treffen der kampucheanischen Reaktionäre gerade in Malaysia soll diesem Land die Hände binden und verhindern, daß es die Teilnahme an dem antikampucheanischen Komplott verweigert. Die Absicht, die „Koalitionsregierung“ in Singapur zu installieren, nicht aber im an Kampuchea grenzenden „Frontstaat“ Thailand, ist gleichfalls erklärlich. Die Öffentlichkeit dieses Landes erhebt immer deutlicher ihre Stimme gegen eine Konfrontation mit den drei Staaten Indochinas. Dort beginnt man sich offenbar bewußt zu werden, welche schwerwiegenden Folgen für Thailand jene heraufbeschwören können, die Pol-Pot-Banden Unterschlupf gewährt und die Schaffung von Stützpunkten auf thailändischem Boden zugelassen haben, von denen aus die Banditen Überfälle auf die VR Kampuchea verüben.

Das feindselige Treiben um Kampuchea nimmt also kein Ende. Ob es letztlich gelingen wird, eine „Koalition“ zu bilden oder nicht, ist nicht so wichtig. Außer der Pekinger Führung glaubt wohl kaum jemand daran, eine Veränderung der Entwicklung in Kampuchea und in ganz Indochina auf militärischem Weg über eine Marionetten-„Koalition“ zu erreichen. Früher oder später wird die junge Volksrepublik unweigerlich ihren rechtmäßigen Platz in der UNO und in anderen internationalen Organisationen einnehmen.

Die Zeiten ändern sich. Die stärker werdenden positiven Tendenzen erschweren die Manöver der Imperialisten, Hegemonisten und ihrer freiwilligen oder unfreiwilligen Helfershelfer. Die Völker aller Länder Südostasiens sind nicht an einer Verewigung der gefährlichen Konfrontation beider Staatengruppen interessiert, sondern daran, diese Region in eine Zone des Friedens und der Stabilität zu verwandeln. Eben dazu rufen Vietnam, Kampuchea und Laos, deren konstruktive Initiativen in den ASEAN-Ländern ein immer größeres positives Echo finden, konsequent und beharrlich auf.

WESTSAMOA

ERSTER UNABHÄNGIGER STAAT OZEANIENS

Die deutsche, der Ostteil eine amerikanische Kolonie. 1914 wurde Westsamoa durch Neuseeland erobert, das die Inseln seit 1920 anfangs im Auftrag des Völkerbundes und nach dem zweiten Weltkrieg als UNO-Treuhandterritorium verwaltete. Ostsamoa steht bis heute unter US-Herrschaft.

Die Regierung Westsamoa erwartet, sie wolle die Beziehungen zu den Ländern auf gleicher Grundlage entwickeln. Doch die fortbestehende finanzielle und wirtschaftliche Abhängigkeit des Insellandes von kapitalistischen Staaten, vor allem von Neuseeland, erschwert die Verwirklichung dieses erklärten Kurses. Soilen doch von den 1982 für die wirtschaftliche Entwicklung vorgesehenen 80 Mio Tala (1 Tala=1 neuseeländischer Dollar) mehr als zwei Drittel mit Auslandshilfe und -krediten gedeckt werden. Imperialistische Kreise aber, insbesondere die USA, bemühen sich, über solche Hilfe, Länder der Pazifik-Region in die Verwirklichung ihrer globalen Militärstrategischen Pläne zu ziehen. In Westsamoa wächst das Verständnis dafür, daß man zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen

Aufgaben die Kontakte ausbauen und mit anderen Staaten, vor allem mit den Entwicklungsländern, enger zusammenarbeiten muß.

Diese Aufgaben aber sind nicht leicht zu lösen. Die Landwirtschaft ist die ökonomische Grundlage. Kopra, Kakaobohnen und Bananen sind die wichtigsten Exportartikel. Ein Teil der Plantagen gehört der staatlichen Bodengesellschaft, die zudem als Propagierungszentrum der modernen Landwirtschaftstechnik

Junger Samoaner



dient. In den kleinen Industriebetrieben erfolgt die Primärverarbeitung von Edelhölzern für den Export, werden Möbel, Kleidung hergestellt und Früchte konserviert. In letzter Zeit wird der Fischerei mehr Aufmerksamkeit gewidmet. Eine wichtige Einnahmequelle ist der Tourismus. Der vierte Fünfjahrplan (1980-1984) sieht insbesondere den Bau einiger Wasserkraftwerke vor.

Die Staatsordnung Westsamoa beruht auf einer Verbindung der traditionellen Macht der Stammesführer (Matai) mit dem parlamentarischen System. Der Stammesführer Malietoa Funumafili II. ist Staatsoberhaupt auf Lebenszeit.

Anfang d. J. errang die bislang oppositionelle Vereinigte Partei des Schutzes der Menschenrechte die Mehrheit bei den Parlamentswahlen zur gesetzgebenden Versammlung. Ihr Führer Va'ai Kolone bildete im April die Regierung, die erklärte, sie wolle die staatliche Kontrolle über die Tätigkeit der ausländischen Konzerne verstärken, eine Bodenreform durchführen und die Gelder wirksamer einsetzen.

Diplomatische Beziehungen zwischen der UdSSR und Westsamoa wurden 1976 aufgenommen, allerdings diplomatische Vertretungen nicht ausgetauscht. Sowjetische Fischerei- und Forschungsschiffe laufen von Zeit zu Zeit Apia, die Hauptstadt des Landes, an.

M. WLADIMIROW

LÖSUNGEN GESUCHT

Von unserem ständigen Berichterstatter
Leonid CHARKOW

In einer Sendung des Fernsehens Belgrad wurde folgendes berichtet. Auf der Strecke Ljubljana—Skopje mußte ein Zug mehrmals die Diesellok wechseln, nicht wegen Pannen, sondern wegen der Grenzen zwischen den Bundesrepubliken. In Slowenien zog ihn eine slowenische Diesellok mit slowenischer Bedienung, an der Grenze der SR Kroatien trat eine kroatische an ihre Stelle, und diese wurde später von einer serbischen abgelöst.

Die nur 700 km lange Strecke war in mehrere Abschnitte eingeteilt, und obwohl in den Waggons mit großen Lettern „Jugoslawische Eisenbahn“ stand, wollte keine Bundesrepublik mehr Masut als unerlässlich verbrauchen, um Güter in eine andere Bundesrepublik zu befördern.

Die Sache wurde von jugoslawischen Journalisten und Wirtschaftsexperten oft als Schulbeispiel für die Autarkie, die zunehmende wirtschaftliche Abkapselung der einzelnen Bundesrepubliken, angeführt. Der Ausdruck „Wirtschaftsnationalismus“ kam in Gebrauch. Streng wissenschaftlich hat er kaum Existenzberechtigung. Trotzdem wird er öfter von Wirtschaftspraktikern und -experten gebraucht.

* * *

Das Tendieren zur Autarkie wird von manchen Wissenschaftlern und im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten als jeder Logik widersprechend bezeichnet. Andere fragen, ob das Problem des „Wirtschaftsnationalismus“ überhaupt bestehe, ob darunter nicht fälschlich die in der Bundesverfassung verbrieft weitgehende politische und wirtschaftliche Selbständigkeit der Bundesrepubliken und Autonomen Gebiete verstanden werde.

Trotzdem meinen viele, insbesondere der namhafte jugoslawische Wirtschaftsexperte Borisav Jović, daß das Problem wirklich existiere, daß man damit rechnen, seine Ursachen aufspüren und Lehren daraus ziehen müsse. Dieser Meinung ist auch Prof. Miroslav Pečujlić, der dem ZK des BdKJ angehört. Ende Dezember v. J. sagte er auf einem Plenum des ZK besorgt, daß die Dezentralisierung der Volkswirtschaft, die desintegrierenden Prozesse immer bedrohlichere Ausmaße annähmen. In der Wirtschaft kom-

me es zu Zusammenstößen zwischen Konkurrenten, die in den Bundesrepubliken und Autonomen Gebieten Rückhalt hätten. Solche Zusammenstöße hätten eine Zersplitterung der nationalen Mittel, eine wirtschaftliche und politische Spaltung der Arbeiterklasse und der Produktivkräfte überhaupt zur Folge.

Von diesen Tendenzen war auch in der Kammer der Republiken und Gebiete der Bundesversammlung am 12. April die Rede. So konstatierte der serbische Delegierte Predrag Gligorić, daß die Bundesrepubliken und Autonomen Gebiete in den letzten Jahren mehr ihre ausschließlich eigenen Interessen berücksichtigt hätten. Viele träten für die Einheit Jugoslawiens ein, das jedoch aus völlig unabhängigen territorialen Einheiten bestehen müsse. Es komme sogar die Meinung auf, daß in diesen Einheiten ein eigener Sozialismus unter Schmälerung der gesamtjugoslawischen Interessen aufgebaut werden müsse.

Sorgen macht den jugoslawischen Genossen auch die Schwächung der Handelsverbindungen zwischen den Bundesrepubliken und Autonomen Gebieten und die Teilung des Binnenmarktes in regionale Sektoren. Nach der amtlichen Statistik nimmt der Anteil des Warenaustausches zwischen ihnen am Handel des Bundes ab. Über zwei Drittel ihrer Erzeugnisse setzen die Betriebe in ihren eigenen Bundesrepubliken ab und bemühen sich um eine Einschränkung der Zufuhr gleicher Waren aus anderen Landesgebieten. Die Banken der Bundesrepubliken und Autonomen Gebiete beschränken den Geldumlauf in ihrer territorialen Einheit. Oft werden ohne Rücksicht auf die Wirtschaftsinteressen des ganzen Landes Betriebe gebaut, die nur auf den lokalen Bedarf orientiert sind. Wie unlängst vor einer Aktivtagung der Stadt Karlovac Milutin Baltić, der damalige Sekretär des ZK-Präsidiiums des BdK Kroatiens, erklärte, „versuchen die Republiken und Gebiete, jede und jedes vom eigenen Standpunkt aus eine Konzeption der wirtschaftlichen Entwicklung zu formulieren“.

Bereit man das Land, so stößt man auf Unterschiede der Einzelhandelspreise. Eine Ware wird z. B. in Serbien zu einem Preis verkauft

und, sagen wir, in Montenegro oder Kroatien zu einem anderen. So ist es mit Milch, Butter, Fleisch, Brot, Konfektion, Schuhen und anderen Massenbedarfsartikeln. Ungleich sind die Abgaben für Strom und Wasser, die Mieten und die Fahrgelder im Stadtverkehr. Das erklärt sich mit den verschiedenen Selbstkosten der Waren und Dienstleistungen. Bekanntlich könne, so schreibt Jović in der Zeitschrift „NIN“, der Gewinn am leichtesten durch eine Preiserhöhung gesteigert werden. Deshalb strebe jede Bundesrepublik danach, daß ihre Erzeugnisse teurer als die der Nachbarn sind.



Zagreb, die Hauptstadt der Sozialistischen Republik Kroatien, ist die zweitgrößte Stadt Jugoslawiens. Auf dem Bild: der Platz der Republik

Foto: A. Jakowlew (TASS)

Man sehe ohne weiteres, daß hierbei die kurzgesteckten Ziele der Regionen in Gegensatz zu den sozialen Interessen des ganzen Landes geraten.

Hier ein Beispiel aus jüngster Zeit. Am 1. März d. J. wurden die Stromgebühren in Serbien um 20, der Preis für Kohle um 25 und der für Fleisch um 16% heraufgesetzt. Das haben die Behörden der Republik beschlossen, ohne sich mit dem Bundesausschuß für Preise ins Einvernehmen zu setzen, sowie unter Umgehung des gesamtjugoslawischen Vertrags über die Begrenzung der Erhöhung von Einzelhandelspreisen im Jahre 1982 bei 15%. Die zunehmende Teuerung würde die Werktätigen belasten, deren Lebensstandard seit zwei Jahren allein um 13% gesunken sei.

Dem Beispiel Serbiens folgten andere Bundesrepubliken. Eine Erhöhung der Stromgebühren (um 25%) hat Montenegro angesagt. Danach will man sie im Autonomen Gebiet Vojvodina um 26% erhöhen.

Der jugoslawischen Presse zufolge ist es letzthin öfter als bisher vorgekommen, daß Betriebe einer Bundesrepublik, wenn sie Devisen brauchen, ihre Erzeugnisse im Aus-

land absetzen, während andere Republiken die gleichen Waren dringend brauchen und ihre spärlichen Devisen auf dem Weltmarkt ausgeben müssen. Die Waren kehren also von der Reise nach Jugoslawien zurück, aber mit Importetiketts und viel teurer.

Immer mehr Verbreitung finden Verrechnungen in Dollar, DM und Franc zwischen Bundesrepubliken, Vereinigungen und Betrieben. So müssen alle jugoslawischen Käufer von Stahlblech, Walzgut, Stahlarmaturen und anderen Erzeugnissen des Hüttenkombinats Zenica (Republik Bosnien und Herzegowina) ab 13. Januar die Rechnungen zu einem Drittel in Dollar begleichen, mit anderen Worten: Jede Tonne verkaufter Erzeugnisse bringt dem Kombinat neben einer bestimmten Summe in Dinar 150 Dollar ein. So machen es auch mehrere Betriebe des Maschinenbaus, der elektrotechnischen Industrie und der Chemie sowie Firmen, die Ersatzteile für Autos, Traktoren und Haushaltsmaschinen verkaufen.

* * *

Wie wird die Gesamtleitung der Wirtschaft Jugoslawiens denn nun gehandhabt? Wie sieht der Mechanismus aus, der den Bedarf der Republiken und Autonomen Gebiete abzustimmen, die Integrationsprozesse zu fördern und die Interessen ganz Jugoslawiens wahrzunehmen hat?

Jugoslawische Genossen haben mir das wie folgt erklärt. Jede Republik setzt ihre Wirtschaftsstrategie selbständig fest, sie bestimmt, welche Mengen sie produzieren wird. Die gemeinsamen Interessen der Republiken und Autonomen Gebiete werden auf Bundesniveau aufeinander abgestimmt, wo für alle Teile annehmbare Beschlüsse formuliert und entsprechende Vereinbarungen getroffen werden. Die unterzeichneten gesellschaftlichen Verträge (über die gesamtjugoslawische Preispolitik, die Belieferung des Binnenmarktes mit Massenbedarfsartikeln, die Exportpolitik usw.) sind für alle Republiken und Gebiete bindend. Eine unerlässliche Voraussetzung für ihr Funktionieren ist, daß alle Interessenten mit ihnen einverstanden sind.

Es ist jedoch keine Seltenheit, daß einzelne Republiken oder Gebiete den unterzeichneten Verträgen nicht nachkommen. Zudem geht die Koordinierung der Interessen sehr langsam vor sich. So waren von den 47 Verträgen über die Erfüllung des Bundesplanes für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 1976—1980 bis zum Herbst 1977 nur 14 unterzeichnet, manche erst 1979, und von den 44 Verträgen, die die Bundesbehörden für die

Erfüllung der Auflagen des laufenden Fünfjahrplans vorgesehen haben, konnten bis Ende 1981 nur zwei vereinbart werden.

Deshalb muß der Bundesexekutivrat zu vielen Fragen zeitweilige Gesetze annehmen. Sie gelten, solange sich die Republiken und Gebiete nicht geeinigt haben. Derartige Beschlüsse des Rates werden öfter kritisiert, der Regierung wird ein „Voluntarismus“, eine „Einnischung in den objektiven Wirkungsbereich der Wirtschaftsgesetze“ vorgeworfen. Die Anhänger der zentrifugalen Tendenzen in der Wirtschaft Jugoslawiens meinen, der Staat dürfe nur die lokalen Pläne und Programme passiv registrieren.

In der „Politika“ schreibt der Wirtschaftskommentator Blagoje Komlenović: „Die Dezentralisierung der Macht führt zur Dezentralisierung der Volkswirtschaft. Wir haben sogar Branchen geteilt, die kein anderes Land der Welt geteilt hat: Post- und Telegrafämter, Bahnverkehr, Stromnetz usw. In anderen Ländern reicht die Integration auf diesen Gebieten oft über die Staatsgrenzen hinaus.“

Die Diskussion darüber, wie man die wirtschaftliche Entwicklung koordinieren, die Planung in die Selbstverwaltung einbauen und ob der jugoslawische Markt geeint sein oder aus separaten Märkten der Republiken, Gebiete und Gemeinden bestehen soll — diese Diskussion wurde während der Vorbereitungen zum XII. BdkJ-Parteitag wiederaufgenommen, und das ist begreiflich. Der Parteitag Ende Juni wird den Kurs der Partei in sämtlichen Bereichen der wirtschaftlichen Entwicklung abzustecken haben.

Auf der Tagung des ZK vom April betonte dessen Präsidialvorsitzender, Dušan Dragosavac, daß „für die SFRJ ein geeinter Markt eine wichtige Voraussetzung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und eines reibungslosen Funktionierens des Selbstverwaltungssystems ist“. Für umfangreichere Integrationsprozesse nahmen die Kommunisten Montenegros auf ihrem Parteitag Stellung. Sie sehen den Ausweg aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes in einer Behebung der autarkischen Tendenzen in den Republiken. Wie Vojo Srzentić, der bis vor kurzem Vorsitzender des ZK des Bdk Montenegros war, ausführte, hat ein fehlender Widerstand gegen diese Prozesse Komplikationen in der Wirtschaft und eine Erschütterung der Gesellschaft in ihren Grundfesten zur Folge.

Gegen die Schaffung autarker Wirtschaftsstrukturen äußerten sich Delegierte der Skupschtina der SR

Bosnien und Herzegowina. In einer Sitzung der Skupschtina von Anfang April konstatierten sie, daß die Republik ihre Erfolge der Brüderlichkeit und Einheit der Völker Jugoslawiens zu verdanken hat. Deren Fortentwicklung können sich die Delegierten ohne einen Ausbau der Verbindungen zwischen den Republiken und ohne eine vertiefte Zusammenarbeit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens nicht denken. Raif Dizdarević, Präsidialvorsitzender dieser Republik (jetzt Vorsitzender der Bundesskupschtina), wies auf die Unzulänglichkeit des Mechanismus für die Abstimmung der Interessen aller hin und schlug vor, ihn nicht zu ändern, sondern zu perfektionieren und den Republiken und Gebieten eine größere Verantwortung für die Befolgung der gemeinsamen Beschlüsse aufzuerlegen.

Auch andere Meinungen werden laut. In der Kammer der Republiken und Gebiete der Skupschtina fragte der serbische Delegierte Gligorić an, ob man den Vertragsschluß auch weiter praktizieren solle, ob es nicht sinnvoll wäre, nach einer besseren Lösung für das brennende Problem zu suchen.

In den Diskussionen wird immer deutlicher der Gedanke laut, daß der Plan die Frucht einer allgemeinen Vereinbarung und eine starke Handhabe zur Förderung der Wirtschaft zu sein habe. Viele Wirtschaftsexperten sind der Ansicht, daß der Staat ein aktiver Teilnehmer des Selbstverwaltungssystems sein muß und die Arbeitsteilung in diesem System zu regulieren hat; es sei falsch, auf das Ansetzen der staatlichen Hebel zu verzichten, falls es notwendig sei. Ohne die Rolle des Marktes zu leugnen, finden sie, man müsse sich von der Illusion frei machen, daß der Markt an sich, ganz automatisch eine stete Entwicklung der Wirtschaft gewährleisten könne.

Das Finden neuer Lösungen und ihre Effektivität wird direkt von der ideologischen und politischen Einwirkung des BdkJ, der Gewerkschaften und der anderen gesellschaftlichen Organisationen auf die Gesellschaft abhängig gemacht. Bei einem Gespräch sagte mir Dragosavac, der Vorsitzende des ZK-Präsidiums des BdkJ:

„Die enggesteckten Ziele einzelner Regionen oder Betriebe dürfen nicht in Gegensatz zu den weitgefaßten gesellschaftlichen Interessen treten. Wir müssen für die entsprechende Meinung darüber sorgen. Wir müssen erreichen, daß der BdkJ als Verfechter der Grundinteressen der Arbeiterklasse, als Bindeglied der Gesellschaft eine größere Rolle spielt.“

Belgrad

Johan Borgens letzter Glaube

Juri NAGIBIN

Der norwegische Schriftsteller Johan Borgen ist durch sein dreiteiliges Werk „Kleiner Lord“, „Trübe Quellen“ und „Jetzt entgeht er uns nicht“ in der UdSSR sehr bekannt geworden. Er schrieb soziale und psychologische Romane, Bühnenstücke, Artikel, Rezensionen, Humoresken, Satiren und später Hörspiele, die sein Wort bis in entlegene Fischerdörfer trugen, aber seine Liebe zur Kurzerzählung hat er sich während seiner ganzen langjährigen Laufbahn bewahrt. Darin unterscheidet er sich von den meisten großen westlichen Schriftstellern. Mit Kurzerzählungen beginnen viele, in reifen Jahren aber geben sie sie auf und schreiben monumentale Romane.

Ich lernte Johan Borgen kennen, als sich schon die Stille auf ihn herabsenkte. Er wohnte mit Frau und Sohn in einem einsamen Hause auf einer kleinen Insel etwa 100 km von Oslo entfernt, wo sie den Winter zubringen. Ich mußte mit dem Wagen Fredrikstad und einige Brücken passieren, dann ein Motorboot bis zu der primitiven Anlegestelle auf der Insel nehmen, von der ein steiler steiniger Pfad zu dem einstmalen roten Holzhaus führt, das von salzigen Spritzern, Sonne und Wind gebleicht, aber bei seinen über 100 Jahren noch stabil ist. Über der Insel flogen Möwen, Wildenten und -gänse und schwebten Raubvögel. Die wohlthuende Stille wurde von anderen Raubvögeln gestört, Überschalljägern der NATO, die in der Nähe stationiert sind. Aber die große Stille in der Seele des Schriftstellers konnten sie nicht stören. Er nahm von ihnen keine Notiz. Damit soll allerdings nicht gesagt sein, daß der kranke, hinfällige Johan Borgen das Gehör für die Laute des Lebens, für alle Stimmen aus dem Weltall verloren hätte. Nein, er verachtete das bössartige, aufdringliche Dröhnen, er überhörte es, aber er vernahm sehr wohl die viel leiseren Laute aus der Ferne, die ihm nicht die altersgeschwächte Erinnerung zutrug. Er war ihnen aufgetan.

Bevor er ein Inselbewohner wurde, war Borgen ein rühriger Teilnehmer der sozialen Kämpfe. Im Krieg und zur Zeit der Okkupation war er Verbindungsmann zwischen den die norwegische Résistance anführenden Kommunisten und der Londoner Exilregierung, wofür er eingesperrt wurde. Noch früher be-



reiste er Europa, Amerika und Afrika (er zieht dem Wort reisen das Wort vagabundieren vor). Seine Zurückgezogenheit auf der Insel ist keine Weltflucht. Ihm schien es (nicht ohne Grund), daß ihn seine Landsleute allmählich vergaßen, und so trat er in den Schatten. Mit einem leichten, traurigen Spott sagte er mir, daß er schöne Städte wie Frauen geliebt habe und jetzt oft an sie denke. Er sieht sie vor sich: Paris, London, Rom, Athen, Kopenhagen, San Francisco. Er könne nicht glauben, daß er wirklich einmal dort gewesen ist. Er habe sie in der Jugend wohl im Traum gesehen, oder jemand habe so anschaulich von ihnen erzählt, daß er das Gefühl hatte, dort gewesen zu sein. Wie schön, daß er sich so viele Städte

vergegenwärtigen kann. Er könnte hinzufügen: und so viele Gesichter von Männern, Frauen und Kindern, so viele große und kleine Geschehnisse, so viele Berge, Felsen, Bäume, Gräser, Blumen, Vögel und Vierfüßer! So viele Laute und Farben, so viel Liebe und Zärtlichkeit, Spott und Zorn und Interesse an den wichtigen Vorgängen in der Welt. Er hat sich unbesehen verausgabt und es dennoch fertiggebracht, nichts einzubüßen. Seelisch war er nach wie vor stark und schöpfte wie einst mit beiden Händen aus dieser Kraftfülle.

Johan Borgen ist ein Mensch mit zerschundener Haut. Er ist ungeschützt vor der rauen Wirklichkeit, es sei denn durch seine Gabe. Ohne diese Gabe, jede Empfindung, alles Qualvolle und Schreckliche, das ihn im „Zeitalter der Wölfe“ heimsuchte, nicht nur bei Stürmen, sondern auch bei Windstille in Verse zu kleiden, hätte er das alles nicht durchstehen können.

Jeder von uns hat schon vernachlässigte, von hohem Gras überwucherte Friedhöfe mit schief stehenden Kreuzen, bemoosten Grabsteinen und schimmeligfeuchten Gräbern gesehen. Nichts ist so tot wie ein verlassener Friedhof, nichts so hoffnungslos, und die zerstreut vorübereilenden Passanten schenken ihm nur einen kurzen traurigen Gedanken und einen Seufzer aus dem kurz stockenden Herzen. Auf Johan Borgen aber hat der Anblick eines solchen Friedhofs durchs Waggonfenster wie ein Volltreffer gewirkt. Die Novelle „Glück auf den Weg“ ist in der Ich-Form geschrieben. Aber nicht nur das und auch nicht die Ähnlichkeit des Charakters und der Lebensumstände bringen einen auf den Gedanken, daß die Zentralgestalt der Verfasser selbst ist. Vielmehr seine fast krankhafte Empfindlichkeit, sein Mitgefühl und seine Verwundbarkeit. Vorbei fliegt der vergessene Friedhof, auf dem längst Verstorbene, dem Erzählenden Unbekannte ruhen, ihm, der mit Mitbringseln und Reiseproviant (nicht einmal das Stückchen teurer, aromatischer Lachs ist vergessen) zur Familie ins gemütliche Heim fährt, und sogleich ist sein Gleichgewicht, seine gute Laune verfliegen, ihm blutet das Herz für alle Gestorbenen, im Krieg Gefallenen, zugrunde Gegangenen und Gehenden, Opfer von Hunger und Elend und einer Politik, ja auch für alle Lebenden, denn sie werden sterben und vergessen werden. Der

Mann im Abteil hat vergessen, wohin er fährt und wozu, er denkt nicht mehr an das Motorboot, das ihn zur Insel übersetzen soll, an die Familie, die Mitbringsel, den würzigen Lachs, die Wolle, aus der seine Frau warme Sachen stricken wird, und macht sich zu dem vergessenen



Die „Zwei“ von Munch, dessen Werke einen merklichen Einfluß auf Johan Borgen ausgeübt haben

Friedhof auf, obwohl weder er noch andere, die er fragt, genau wissen, wo er sich befindet. Nur ein Alter in einem Hafenspeicher scheint zu empfinden, daß der müde alte Mann wie auf geheimen Befehl auf die Suche gegangen ist, und sagt rätselhaft „Glück auf den Weg!“ Und dieser geht, ohne zu wissen, wohin. Sein Weg ist so ungegangen und holprig, daß ihm die Beine versagen und er kriecht, sich auf die Hände stützend wie bettelnde Krüppel, seine und unser aller Menschenbrüder. In seinem Weltschmerz bewegt er sich hartnäckig fort, um die Verstorbenen zu erreichen, die nicht vergessen werden dürfen. Kein Friedhof darf verlassen daliegen. Das Gedenken an die Toten ist die Rettung der Lebenden. Die Erzählung ist eindringlich, sie kommt von Herzen und ist trotz manchem Gekünstelten die Quintessenz von Borgens Wesen, das für menschliches Leid nie taub ist.

Und doch kann ich nicht sagen, daß ich rückhaltlos mit dieser Erzählung einverstanden bin, ebensowenig wie mit dem „Geißblatt“, der „Dezembersonne“ und dem „Brief von Ives“. Kein skandinavischer Schriftsteller ist von Hamsun unbeeinflusst geblieben, nicht von dem Hamsun, der „Neue Erde“, „Redakteur Lynge“, „Benoni“ oder „August“ schrieb, sondern vom Verfasser der „Mysterien“ und der sonderbaren Erzählungen und Stücke, in dem Symbo-

lisches mit Ironie, Absurdes mit Romantik verschmolzen ist. Borgen ist vor diesem Einfluß auch nicht bewahrt geblieben. Stark beeinflusste ihn auch die Malerei Edvard Munchs. Das ist mit den Jahren nicht schwächer, sondern — so meinte ich — noch merklicher geworden. Bei aller seiner Begabung und Urwüchsigkeit ist Munch doch ein typischer Moderner, und obwohl dieser Stil, der zuerst die Herzen im Fluge eroberte und später in Acht und Bann getan wurde, wieder modern wird, muß ich sagen, daß er wie Wurmfraß Skurrilitäten aufweist. Munch erkennt man an den genannten Novellen Borgens, da ist nichts zu machen, und das hindert mich daran, sie so zu lieben wie seine Triologie und seine anderen, nicht symbolisch vernebelten Novellen. Aufschluß-

reich war, daß er meine Fragen nach seiner Einstellung zu Munch beharrlich überhörte. Oder er verstand nicht, was ich eigentlich wollte, weil er sich völlig unbeeinflusst von seinem älteren Freund glaubt (stolz zeigte er mir Arbeiten, die Munch ihm geschenkt hatte), oder aber das Thema schien ihm zu schwerwiegend für unser kurzes Beisammensein und zu ernst für unser Geplauder.

Das Schuldgefühl vor den Toten, den Ermordeten, den zugrunde Gerichteten peinigt das überempfindliche Gewissen Johan Borgens. Das Gefühl der furchtbarsten Schuld, der Schuld vor dem Kind, hat die erschütternde Novelle „Ein Brief von Ives“ entstehen lassen. Borgen macht aus der Verbundenheit seiner Novelle mit dem „Tagebuch der Anne Frank“ gar kein Hehl. Sie tut den sonderbar purzelnden Worten des kleinen Ives, die seine hohe Begabung verraten, keinen Abbruch. Der Junge, ein Mischling, wird von den Nazis drangsaliert und höchstwahrscheinlich wie Anne Frank von ihnen vernichtet. Die Qual des Erzählers beginnt, als er einen Brief bekommt, der 30 Jahre unterwegs war — aus dem okkupierten Frankreich in das okkupierte Norwegen. Der unleserliche Brief, dessen Inhalt sich nur halbwegs erraten läßt, ist ein Hilferuf und zugleich ein Hoffnungsschimmer aus reiner Kinderseele für das alte, gequälte Herz. Der dem Tod geweihte kleine Ives rettet den

Mann, der die Kriegsschrecken überlebt hat, aber in einer halbwegs ruhigen Zeit unter dem Leid der Menschheit ächzt. Das ist sie, die Verbundenheit der Menschen, das Letzte, woran Johan Borgen noch glaubt.

In der zur absurden Literatur tendierenden Novelle „Dezembersonne“ kommt Borgen wie schon oft auf ein ihm sehr wichtiges Thema — Individuum und Allgemeinheit — zu sprechen. Die altersschwache, kranke Zentralgestalt ist der Inbegriff eines schrankenlosen Individualismus. Er suchte sein Leben lang, sich abzukapseln, alle Fäden zu zerreißen, die den Menschen mit seinesgleichen verbinden. Es wäre ihm aber nie gelungen ohne eine Bande, die ihn aus einem Café entführte, wo er, wie um die verdächtige Kumpanei (sicher unbewußt) herauszufordern, mit Geld um sich warf und viel aufschnitt. Sie locken ihn mühelos in einen Hinterhalt und wollen ihn so lange dort halten, bis sie ihm alles Geld abgenommen haben, um ihn dann zu ermorden. Sie haben ihn in eine gewöhnliche Wohnung in einem modernen Apartmenthaus eines Vororts gesperrt. Eine glänzende Gelegenheit für den Individualisten, die erwünschte Einsamkeit einmal auszuprobieren. Zu seiner größten Verwunderung merkt er, daß ihm das Alltagsstreben der Menschlein da draußen, die ihm keinen Heiler wert waren, plötzlich sehr wichtig ist. In seiner Einsamkeit ist er weder glücklich noch unbeschwert. Eine früher unbekannte Todesangst packt ihn. Seine Überzeugung läßt ihn im Stich. Umsonst sucht er sich einzureden, daß ihn das Gewimmel draußen nichts angeht, immer mehr setzt ihm der Gedanke zu, daß ihm jemand zu Hilfe käme, wenn ihn jemand nötig hätte. Niemand kommt. Was er gesät hat, das erntet er jetzt. Wie gern möchte er sich mit der Welt vereinen, die er mit seinen von der Dezembersonne geblendeten Augen kaum unterscheiden kann. Wer aber anderen nie etwas Gutes getan hat, kann keine Hilfe erwarten. Er ist preisgegeben.

Für Johan Borgen ist das Leben eine endlos variierende Kombination von Fesseln. Der Mensch ist ständig ein Gefangener bald anderer Menschen, bald seiner eigenen unklaren Bestrebungen, seiner Verirrungen, Ängste und unterdrückten, plötzlich hervorbrechenden Leidenschaften. Nicht selten erkennt er erst, wenn er in eine wirkliche oder nur bildliche Gefangenschaft gerät, sich selbst und seine Umgebung. Den Knaben aus der Novelle „Geißblatt“ lockt auch ein Versuch mit einer Loslösung vom gewohnten Alltag. Ihm ist die Welt seiner Altersgefährten, ihr wildes Spiel fremd, um aber völlige Abgeschlossenheit zu erlangen, wagt er eine Tat, zu der kaum die waghalsigsten Schlingel fähig sind: Er klettert an dem Spalier, an dem das Geißblatt rankt, so hoch, daß er den Blicken der anderen entschwindet, nicht mehr er selbst ist, aufge-

löst in dieser Umgebung, in der er die Unendlichkeit und die eigene Ohnmacht verspürt. Der gefährliche Versuch überzeugt ihn von etwas, das er insgeheim schon früher wußte: Hinter der berausenden Erschöpfung und dem köstlichen Entsetzen steckt die gleiche Einsamkeit wie im Alltäglichen da unten. Jene Einsamkeit, gegen die sich Johan Borgen sein Leben lang gestemmt hat: in seinen Werken, im Kampf, auf seinen Wanderungen, durch Adoptieren verlassener Kinder, und die er doch nicht überwinden zu haben scheint. Aus der Novelle spricht tiefe Hoffnungslosigkeit. Der Knabe, der dem Alltäglichen zu entkommen sucht, bleibt zwischen zwei Einsamkeiten in der Luft hängen.

Diese Novelle schrieb Borgen 1948, vier Jahre später eine ähnliche, „Führ mich mit Liebe aus der Enge der verschwundenen Kindheit“, deren Zentralgestalt durch Liebe aus ihrer muffigen Kindheit erlöst wird, die sie von Nostalgie befangen hielt. Hier klingt Hoffnung an: Ein Mensch kann durch einen anderen erlöst werden.

Diese Hoffnung scheint Borgen später lange verloren zu haben. Wiedererwacht ist sie in der erschütternden Novelle über den kleinen Ives, dessen schwaches Stimmchen das Schweigen der Welt bezwang. Ives sprach Worte falsch aus, so daß ihn sogar seine Umgebung nicht verstand. Aber nicht auf die Worte kommt es an, sondern auf das Sehen eines Menschen nach einem anderen.

Ich durfte einen ganzen Tag bei Johan Borgen in seiner Inselbehauung weilen. Was hätte näher gelegen, als Erinnerungen an sein Leben und sein Haus auszupacken, das angefüllt ist mit alten Gegenständen, mit Bildern, Zeichnungen, Kunstgewerbeartikeln und Fotos; an seinen Garten, in dem jedem Fleckchen Erde zwischen den Feldsteinen Rosen, Tulpen, Astern, Weidenbüsche und Hagebuttensträucher abgerungen sind; an seine schöne, schweigsame, stattliche Frau, die wie eine Indianerin aussieht; an den tüchtigen, fleißigen Sohn. Nachdem er aber meine Reporterfragen beantwortet hat, möchten wir daran nicht rühren. Borgen hat das Interview geschickt auf die schöne Literatur umgeschaltet. Ich aber habe mich in dem langgehegten Gedanken bestätigt gefühlt, daß die Gegenstände, Kunstwerke, die organisch scheinende Umgebung eines Schriftstellers nicht immer etwas über sein Wesen auszusagen brauchen, denn sie sind durch Zufall und nicht durch bewußte Auswahl zusammengetragen. Auch das Erlebte kann seine Kunst unberührt gelassen haben. Besser erkennt man einen Schriftsteller aus seinen Werken, aus Geständnissen, auch nur angedeuteten, aus fallengelassenen Bemerkungen und nicht aus den Staubfängern in seiner Wohnung, nicht aus dem banalen Alltag.

OPEC: POSITIVE ENTSCHEIDUNG

Die 64. OPEC-Konferenz beschloß am 20. und 21. Mai in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito, für das ganze Jahr 1982 den jetzigen offiziellen Preisstand für arabisches Leichterdöl in Höhe von 34 Dollar pro Barrel (250 Dollar pro Tonne) aufrechtzuerhalten. Dazu kam man überein, die Erdölförderung eisen zu regulieren. Erinnern wir daran, daß die vorangegangene Außerordentliche OPEC-Konferenz im März in Wien allen ihren 13 Mitgliedern auferlegt hatte, die Erdölförderung insgesamt von 1025 auf 875 Mio t pro Jahr zu senken. In der Praxis wurde die Gesamtförderung in der OPEC-Gruppe auf 792 Mio t reduziert.

Die kapitalistischen Industriestaaten waren angesichts des Lieferungs-rückgangs von OPEC-Erdöl gezwungen, die sogenannten Plusreserven anzubrechen, die über den normalen Verbrauch von drei Monaten hinausgehen. Inzwischen hat sich die Marktsituation eingeepegelt, Überschüsse sind verschwunden.

Man kann sagen, daß die OPEC eine wichtige Reifeprüfung bestanden und die komplizierteste Situation seit Beginn der wesentlichen Heraufsetzung der Erdölpreise 1973 überwunden hat. Diese ungünstige Situation in den ersten Monaten d. J. durchzustehen, fiel der OPEC umso schwerer, als sie das Ergebnis einer komplexen Einwirkung verschiedener Faktoren war: der Wirtschaftskrise im Westen, des Fortschritts bei der Energieeinsparung, der Anti-OPEC-Politik der kapitalistischen Industriestaaten und der Konzerne.

Die erzwungene Einschränkung der Erdölförderung in den OPEC-Ländern führte zu einem starken Rückgang ihrer Deviseneingänge. Besonders empfindlich traf das die bevölkerungsstarken Staaten (Indonesien, Nigeria, Algerien, Venezuela). Ein Positivsaldo in der Zahlungsbilanz konnte faktisch nur eine kleine Gruppe von arabischen Petrolmonarchien mit Saudi-Arabien an der Spitze halten. Nach Einschätzung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel war die OPEC insgesamt im 3. Quartal v. J. auf den internationalen Kreditmärkten nicht mehr als Kapitalexpporteur zu verzeichnen, sondern wurde zum Kreditnehmer.

Im vergangenen Winter schrieb die bürgerliche Presse von einem Schock in der OPEC und sagte einträchtig eine Krise und sogar den Zusammenbruch der Organisation voraus.

Gegen die OPEC wurde ein ausgemachter psychologischer Krieg geführt. Man wollte ihre Mitglieder einschüchtern und ihren Widerstandswillen schwächen. Auch rechtswirtschaftliche Offensiven der Konzerne gingen weiter. Im März erklärte ein Konzernkartell (Shell, Mobil und Gulf), es werde kein nigerianisches Erdöl mehr erwerben, solange Nigeria nicht die Preise auf den von Großbritannien festgelegten Stand, also von 35,5 auf 31 Dollar pro Barrel, herabsetzt.

Angesichts des neokolonialistischen Diktats, das im Erfolgsfall die gesamte Preisstruktur der OPEC und ihre Rolle auf dem Weltmarkt hätte erschüttern können, zeigten die OPEC-Mitglieder Einhelligkeit. Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Kuwait warnen die Konzerne, man würde hart Maßnahmen gegen sie ergreifen, wenn sie Nigeria zum Preisnachlass zwingen. Er-Riad drohte sogar mit einer „schwarzen Liste“ und mit Kollektivsanktionen der OPEC. Gleichzeitig sagte Saudi-Arabien Nigeria eine Anleihe von einer Milliarde Dollar zu. Die Monopole nahmen schließlich den Ankauf nigerianischen Erdöls zu den bestehenden Preisen wieder auf.

Die britische Zeitschrift „Petroleum Economist“ mußte im April zugeben, daß „die Konsumenten nicht ohne OPEC-Erdöl auskommen“. Allerdings hofft diese Zeitschrift wie andere westliche Presseorgane darauf, daß die interneren Differenzen der OPEC letztes Endes doch zum Ausbruch kommen.

Differenzen zwischen den OPEC-Mitgliedern bestehen tatsächlich. Sie hängen mit dem unterschiedlichen Erdölpotential, mit dem uneinheitlichen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsniveau sowie mit den Unterschieden in der Innen- und Außenpolitik zusammen. Es ist auch kein Geheimnis, daß insbesondere die Regierung Irans, die zunehmende Erdölleinnahmen benötigt, ihre eigenen nicht immer den Gesamtinteressen der OPEC unterwirft. Obendrein drückt die andauernde Inflation unausbleiblich das faktische Preisniveau.

Dennoch läßt sich feststellen, daß das antiimperialistische Erdölkartell der OPEC dem Druck der Konzerne widerstehen konnte. Das zeigt erneut die zunehmende Bedeutung der Entwicklungsländer in der kapitalistischen Weltwirtschaft und ihre Entschlossenheit, den Neokolonialismus zu bekämpfen.

R. ANDREASSIAN

„NEUE ZEIT“ 22. 82

Wenn die Arbeiterklasse die revolutionärste Klasse ist, warum stammen dann viele Arbeiterführer in den kapitalistischen Ländern aus dem Kleinbürgertum? Warum sind Studenten nicht selten weit aktiver im revolutionären Kampf als Arbeiter!

Juan PARRA
Havanna, Kuba

Es diskutiert
der Verantwortliche
Sekretär
der „Neuen Zeit“
Wladimir
SCHELEPIN



Die von Ihnen gestellten Fragen sind besonders für die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas aktuell.

Bei allen Unterschieden weisen diese Länder viele gemeinsame Momente auf. Hier möchte ich mindestens zwei davon hervorheben: erstens das relativ niedrige sozialökonomische und kulturelle Entwicklungsniveau, eine gewisse Unabgeschlossenheit der gesellschaftlichen Klassendifferenzierung; zweitens die sich mehr oder minder erhaltende Abhängigkeit vom Großkapital der kapitalistischen Industrieländer und folglich auch von den neokolonialen Ausbeutungsformen.

In vielen Ländern Lateinamerikas und erst recht Asiens und Afrikas ist die Arbeiterklasse noch sehr jung und in ihrer Lebensweise und Mentalität mit dem Dorf — der Hauptquelle ihrer Rekrutierung — verbunden. Außerdem gehören ihre Arbeitsbedingungen, verschiedenen Epochen an. Auch die Ausbeuter sind unterschiedlich: ausländisches Kapital, der eigene Staat, der kleine einheimische patriarchalische Unternehmer. All das erschwert das Zustandekommen der Aktionseinheit und verlangsamt das Formen des Selbstbewußtseins des Proletariats als Klasse, obwohl diese Klasse zahlenmäßig erstarkt und z. B. auf Ihrem Kontinent über 50 Millionen erfaßt.

Unter diesen Umständen spielt die fortgeschrittene Intelligenz eine große und relativ selbständige Rolle. Gebildete Menschen stammen in der Tat aus der kleinen und auch anderen Bourgeoisie, aus denen, die heute als städtische Mittelschichten bezeichnet werden. Wenn vielleicht auch nicht in dem Maße wie die Arbeiter, tragen auch sie das erniedrigende Joch des fremdländischen Willens und sind den parasitären Oligarchien untergeordnet. Da sie aber einen weiteren Blick haben, verstehen

sie häufig besser, daß dies nicht sein muß. Diejenigen, die nach den Wegen zur Befreiung vom Joch suchen, wenden sich der politischen Literatur zu, gründen revolutionäre Organisationen und tragen das fortschrittliche Bewußtsein in die Reihen der werktätigen und ausgebeuteten Klassen. Auf diese Weise bilden sich Arbeiterführer heraus, die nicht aus der Arbeiterklasse kommen. Und welche Führer! Ich möchte Sie daran erinnern, daß Wladimir Iljitsch Lenin und viele seiner Mitstreiter, die die sozialistische Oktoberrevolution vollbrachten, Vertreter der Intelligenz Rußlands waren.

Ähnlich ist es um die Studentenschaft bestellt. Besser als ich wissen Sie, daß Studenten und junge Absolventen der kubanischen Universitäten unter Führung Fidel Castros den Sturm auf die Moncada-Kasernen unternahmen und später den Kern der Aufstandarmee in der Sierra Maestra sowie der Untergrundbewegung gegen die Diktatur in den kubanischen Städten bildeten. Vielleicht erinnern Sie sich auch an die Ereignisse vom Mai 1965 in Santo Domingo. Die Truppen der Gorillas drangen damals in die nördlichen Viertel der kämpfenden Stadt ein und erschossen ohne Verhör alle, bei denen sie einen Studentenausweis fanden. Auch heute wirken die Studenten in El Salvador, Guatemala und anderen lateinamerikanischen Ländern aktiv am Befreiungskampf mit. In Afrika traf ich zahlreiche revolutionär-demokratische Politiker, die aus der Studentenschaft kamen. In diesem Frühjahr marschierten die Studenten in den ersten Reihen der machtvollen Aktionen gegen das volksfeindliche Nimeri-Regime in Sudan. In Südkorea stellen sich Studenten ebenfalls kühn den Kugeln der Polizei, weil es ihnen um den Sturz des US-hörigen Regimes geht.

Wie man sieht, beteiligen sich Studenten nicht nur aktiv am revolutionären Kampf, sondern wirken oft heldenhaft und selbstaufopfernd: Sie sind nicht einfach Angehörige der Intelligenz, sie sind ja ein Teil der Jugend mit der ihr eigenen Leidenschaftlichkeit und spontanen Ablehnung aller Ungerechtigkeit und Erniedrigung. Mehr noch, sie sind eine organisierte oder leicht zu organisierende Jugend, weil sie studieren und in Universitätsstädten konzentriert sind. Schließlich sind die Studenten am beweglichsten, sie müssen weniger als

die anderen gesellschaftlichen Schichten, auch als die Arbeiter, an das tägliche Brot für die Familie denken.

Das bestimmt über das hohe revolutionäre Potential der Studentenschaft. Doch bleibt sie eine zeitgebundene, unbeständige Zwischenschicht der Gesellschaft. Studenten gehen beim ersten Aufruf auf die Barrikaden, sind jedoch nicht immer zu einer langwierigen, geduldigen Arbeit zur Vorbereitung der Revolution und nach dem Sieg zur Verankerung der revolutionären Errungenschaften geneigt. Ich würde ihren revolutionären Elan mit dem Anlassen eines Autos vergleichen. Der kurze, aber starke elektrische Impuls bringt den Motor und den Wagen in Bewegung. Ist aber der Funke zu schwach oder die Spritmenge für den Motor zu gering, versagt der Anlasser nach einigen Versuchen. Ähnlich ist es mit den zahlreichen Niederlagen der Studentenbewegung. Ähnlich ist es auch mit den hervorragenden Siegen der Revolution in Ländern, in denen der heldenhafte Kampf der Studenten die Massen der Arbeiterklasse, aller ausgebeuteten Schichten in Bewegung bringt und letzten Endes mit ihrem Kampf verschmilzt. Ein überzeugendes Beispiel dafür ist die kubanische Revolution, aus welcher der erste sozialistische Staat Amerikas hervorgegangen ist.

In Ihrem Land wurde die Revolution von einer nichtproletarischen Avantgarde eingeleitet. Aber sie bekräftigte trotzdem die volle Richtigkeit der marxistisch-leninistischen These von der entscheidenden revolutionären Rolle der Arbeiterklasse. Ohne diese Klasse ist weder der Sieg über die Ausbeuter noch seine endgültige Verankerung möglich. Denn für die Arbeiterklasse ist die soziale Revolution, wie der Grad ihrer Bewußtheit in der einen oder anderen Periode auch sein mag, nicht eine Emotions- oder Stimmungssache, sondern die Lebensnotwendigkeit, die Realisierung ihres unbestreitbaren Rechtes, darüber zu verfügen, was sie erzeugt. Deshalb sind dem revolutionären Proletariat die Inkonzessenz, Schwankungen und das Verfallen in das eine oder das andere Extrem, was sich nicht selten bei anderen werktätigen Klassen und Schichten zeigt, fremd.

Kurz, Sie haben absolut richtig solche Erscheinungen wie die nichtproletarische Herkunft vieler Arbeiterführer und die politische Aktivität der Studentenschaft festgestellt. Diese Erscheinungen haben, wie wir gesehen haben, ihre Erklärung. All das mindert jedoch in keiner Weise die historische revolutionär-umgestaltende Rolle der Arbeiterklasse herab. Von dieser Rolle sind Sie wohl ebenso fest wie ich überzeugt.

PS

Schändlich und gefährlich

Die Militärgefängnisse in der RSA füllen sich immer mehr mit Weißen. Von diesen Häftlingen sind 90% im Rekrutenalter und verweigern die Dienstpflicht. Es sind laut Verteidigungsminister Malan Hunderte, sie bilden aber nur die Spitze des Eisbergs, schreibt die südafrikanische Zeitschrift „Resister“. Jedes Jahr weigern sich zwischen 3000 und 5000 Rekruten, den Militärdienst anzutreten und sich zu stellen. Wer aber unter den Waffen gestanden habe, sei „enttäuscht und entmutigt“. Sie sähen „in dem heiligen Krieg gegen den allgemeinen Vorstoß des Weltkommunismus“, zu dem die Regierung aufruft, „eine schandliche, aufreibende und gefährliche Sache“.

Wenn's nach ihm ginge



José Antonio Segurado, Vizepräsident des Verbandes der spanischen Unternehmerorganisationen, ist mit der Regel „Eine Person — eine Stimme“ nicht einverstanden. Wie die Zeitung „País“ (Madrid) berichtet, hält er es für ungerecht, daß seine Haushaltshilfe genau das gleiche Stimmrecht wie der Generaldirektor einer Großbank hat. Es gebe viel mehr Köchinnen und Taxifahrer als Bankdirektoren. Wenn es nach ihm ginge, würde er den „Plebs“ überhaupt nicht an die Wahlurnen heranlassen.

Knüppel aus dem Sack



Rhodes Boyson, Staatsminister für Schulwesen und Wissenschaften Großbritanniens, hat, wie die Londoner „Times“ schreibt, den labouristischen Stadtvätern von Abington vorgeworfen, daß sie „in den Schulen die Freiheit und die Sittenbegriffe unterminieren“. Manche von Labourleuten geleitete Magistrate treten nämlich dafür ein, daß die Körperstrafen, eine Grundlage des britischen Schulwesens, abgeschafft werden. Nach Boysons Ansicht wird dadurch die Disziplin erschüttert. Wie man sieht, ist der Toryminister für Disziplin, genauer für Knüppeldisziplin.

Trick geklaut

In der Filmwelt Amerikas kam es wieder einmal zu einem Skandal. Die Firma Universal Pictures inszenierte die Greuelfilme „Kiefer“ und „Kiefer II“. Sie verklagte die Firma Film Ventures wegen eines Plagiats. In einem neuen Film der Ventures, betitelt „Great White“, soll eine Trickaufnahme aus dem „Kiefer“ vorgekommen sein, auf der ein Haifisch eine Wasserskiläuferin verschlingt. Universal Pictures verlangt, daß der Film der Konkurrenz entzogen wird und daß diese ihr 1 Mio Dollar Schadenersatz zahlt. Ob sie damit durchkommen wird, ist noch nicht heraus.

Wer will, der kann

Wer sich ein Kind kaufen will, der könne es — der Polizei von Taipeh (Taiwan) zufolge — in den USA, in Australien sowie in einigen Ländern Westeuropas tun. Die Abfertigung der „Ware“ aus Taiwan in diese Länder besorgt eine thailändische Firma seit mindestens 10 Jahren. Folgender Preis ist angegeben: rund 2000 Pfund Sterling das Stück.

Lesermeinung

Eine Leserin des britischen „Guardian“, Polly Toynbee, fragte an, ob die Politik anders wäre, wenn im Unterhaus eine vernünftige Zahl von Frauen säße. Ein anderer Leser, D. Thornton aus Newcastle, beantwortet das in einem Schreiben an die Redaktion wie folgt: „Nein. Bestimmt wäre die Politik aber anders, wenn wir im Unterhaus eine gewisse Zahl vernünftiger Frauen hätten.“

Triftiger Grund



Barbara Schantz, Polizeiagentin aus Springfield (Ohio), entschloß sich zu einem Nebenverdienst und ging als Fotomodell zum „Playboy“. Bald darauf erschienen auf acht Seiten Fotos der Hüterin von Ordnung und Sitte — im Evakostüm. Fräulein Schantz sagt, sie brauche das Honorar, um eine Anzahlung für ein kleines Haus zu leisten und Anschaffungen für ihre bevorstehende Hochzeit zu machen.

Letzter Versuch



Dennis Warlow, Bürgermeister einer kleinen Insel in der Nähe von Florida, verkündete deren Unabhängigkeit von den USA. Das Sternenbanner weht aber nach wie vor über der Insel. Die Erklärung des Bürgermeisters hat sich als ein origineller Protest dagegen erwiesen, daß Kriegsschiffe in den Küstengewässern stationiert werden. Sie schneiden die Insel fast ganz vom Festland ab.

Ideen muß man haben

Ein junger Fleischer aus Manchester, John Osbourne, ist den Verehrern der Jazzmusik in England mehr unter dem Namen „Ozzy“ bekannt. Als die Begeisterung für sein Gebrüll nachließ, fand er eine Methode, sich wieder an die Rampe vorzuspielen. Der „Messaggero“ (Rom) berichtet Osbourne habe das Gerüch verbreitet, er habe bei einer Darbietung eine Fledermaus verschluckt und sei daran erstickt. Eine Zeitung brachte sogar einen Nachruf. Seine Verehrer vergossen bittere Tränen, aber nicht lange. Bald erschien er wieder auf dem Podium, quietschlebig und stimmungsgewaltig — und noch beliebter als zuvor. Er hat seinen Zweck erreicht.

Rekorde, Rekorde...

In Milwaukee (USA) trat eine 6133 Musiker umfassende Kapelle auf. Die Veranstalter des Konzerts rechnen darauf, daß das ins Rekordbuch Guinness eingetragen werden wird.

Zeichnungen:
V. Trintschenko

NEUE ZEIT

НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ